Syrien-Schlag: Ein Verbrechen, Seite 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 18 – 4. Mai 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Seitdem darf jeder herein: Grenzpolizistin beobachtet Asylsucher am Übergang Passau 2015

Bild: Mauritius

Polizei fordert Grenzschutz

GdP-Vize Radek kritisiert Grenzöffnung für jeden – Seehofer in Erklärungsnot

Während für Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) alles rund läuft, gerät sein Parteifreund Horst Seehofer ins Gedränge.

Für Markus Söder läuft alles nach Plan: Sein Erlass, Kreuze in bayerischen Amtsstuben aufzuhängen als Ausdruck für die kulturelle Identität Bayerns und Deutschlands (siehe Seite 3), hat exakt die Reaktionen ausgelöst, die sich der bayerische Ministerpräsident erhofft hatte. Der Aufschrei von der „Mitte" bis ganz links lässt seine CSU so konservativ erscheinen wie lange nicht mehr.

Genau das wollte Söder erreichen, um Wähler bei den Landtagswahlen am 14. Oktober von der AfD zurückzuholen. Multikulti-selige Kirchenfürsten, empörte Rot-Grün-Anhänger oder nach links blinzelnde CDU-Chargen sind ihm dabei herzlich egal. Ein ähnlicher Effekt dürfte auch Söders mächtigsten Parteifreund in Berlin, Bundesinnenminister Horst Seehofer, vorgeschwebt haben, als er, auf einen Koalitionsbeschluss pochend, die Bildung von „Ankerzentren" forderte, in denen Asylsucher so lange festgehalten werden sollen, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist. Vielen Deutschen ist es ein ungeheuerliches Ärgernis, dass abgelehnte Asylbewerber einfach abtauchen oder Ausreisepflichtige schlicht nicht aufzufinden sind.

> Ankerzentren nicht nötig, wenn Gesetze befolgt würden

Doch Seehofers Vorstoß verläuft nicht so reibungslos wie Söders Kreuz-Aktion. Die Bewachung solcher Lager soll offenbar die Bundespolizei übernehmen. Der für die Bundespolizei zuständige Vize-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, weist das zurück: Dafür seien seine Kollegen weder zuständig noch verfügten sie über freie Kapazitäten.

Vor allem aber verweist Radek auf einen wunden Punkt: Seit 2015 gelte eine Weisung des damaligen Innenministers Thomas de Maizière (CDU), wonach die Bundespolizei Asylsucher selbst dann nicht an der Grenze zurückweise dürfe, wenn das Asylgesuch offensichtlich unbegründet wäre – etwa, wenn sie aus einem sicheren Land wie Österreich einreisen, wo ihnen keine Verfolgung droht.

Radek fordert, dass die Bundespolizei endlich wieder ihre grenzsichernde Arbeit machen darf, dann seien keine „Ankerzentren" mehr nötig. Für einen Minister, der „konservatives Profil" zeigen will, ist eine solche Forderung nach dem Selbstverständlichen mehr als peinlich.

Versperrt Kanzlerin Merkel eine Rücknahme der Anweisung von 2015? Dann muss Seehofer es ausbaden. Auch auf einem anderen Gebiet fällt Merkel Seehofer offen in den Rücken und macht ihre Beraterin im Kanzleramt, Eva Christiansen, plötzlich für Digitalpolitik zuständig. Ein Affront gegen die CSU-Staatsministerin Dorothee Bär, die eigentlich dieses Feld bearbeiten soll. Dieser Pfeil geht direkt gegen CSU-Chef Seehofer.

Warum tut die CDU-Vorsitzende das? Fast scheint es, als habe Merkel die um ihr Profil ringende CSU schon abgeschrieben und ziele heimlich auf eine schwarz-rot-grüne Koalition. *Hans Heckel*

Florian Stumfall:

Im Glied

Zwar fehlt es an jeglichen Beweisen, doch die Lesart der System-Medien ist: Syriens Präsident Assad habe in Duma wieder einmal Giftgas auf seine Landsleute geworfen. Soweit entspricht die Nachrichtenlage der Üblichkeit und kann weiter nicht erstaunen. Ungewöhnlich ist aber, dass der Nahost-Korrespondent des ZDF, Hans-Ulrich Gack, erhebliche und begründete Zweifel an der Schilderung hat erkennen lassen, die er zuvor zu verbreiten selbst mitgeholfen hat. Er ließ Zeugen zu Wort kommen, die den strittigen Vorgang beobachtet hatten und beteuerten, der vorgebliche Gasangriff sei inszeniert gewesen. Islamisten hätten Kanister mit Chlorgas aufgestellt und darauf gewartet, „dass dieser hochinteressante Ort von der syrischen Luftwaffe bombardiert wird. Zudem berichteten Ärzte, dass man ihnen zwar Chlor-Opfer angekündigt habe, aber niemand mit einschlägigen Verletzungen zu finden gewesen sei. Gack: „Die Leute haben uns in einem Ton der Überzeugung erzählt, dass diese ganze Geschichte inszeniert wurde."

Bis hierher spielt die Geschichte in Syrien, die Fortsetzung folgt beim ZDF in Mainz. Kaum hatten Gacks Chefs seinen Bericht gesehen, schritten sie ein. Er habe, so wurde eingewandt, gar keinen Zugang zu Duma gehabt und könne „deshalb die ihm vermittelten Informationen nicht durch eigenen Augenschein überprüfen". Solange Gack wie gewünscht alle Schuld Assad zuschrieb, galten derlei Bedenken nicht. Jetzt aber, so die ZDF-Oberen, gehe „die Wertung des Korrespondenten in dieser Sendung zu weit". Gack ist ein erfahrener Journalist, und er weiß, dass der Ober den Unter sticht. So lenkte er sofort nach diesem Rüffel ein und schreitet nun wieder im Glied.

»Nägel mit Köpfen machen«

Bayern baut als einziges Bundesland eine landeseigene Grenzpolizei auf

Das bayerische Kabinett hat am Dienstag vergangener Woche die Wiedererrichtung der 1998 aufgelösten Bayerischen Grenzpolizei beschlossen. Zur Koordination wird Innenminister Joachim Herrmann eine neue zentrale Direktion mit Dienstsitz in Passau einrichten, die zum 1. Juli – also noch vor der Landtagswahl – ihren Betrieb aufnehmen soll und organisatorisch an das Polizeipräsidium Niederbayern angebunden wird. Die neue Einheit soll eine Stärke von 1000 Beamten haben und über 160 Einsatzfahrzeuge verfügen. Außerdem soll sie mit Smartphones mit Messengerdiensten, hochmodernen tragbaren Computern (Convertibles), mobilen Dokumentenprüfgeräten und Fingerabdruck- scannern sowie mit tragbarer Nachtsicht- und Wärmebildtechnik und Drohnen ausgestattet werden. Zwar nicht einsatzentschei- dend, aber für die Identifizierung der Grenzpolizisten mit ihrer Truppe nicht ohne Bedeutung: Die neue Einheit bekommt ein eigenes Abzeichen.

Ihre Direktion wird die Führung der Einsatzkräfte innehaben und die Zusammenarbeit mit der Landespolizei, den Gemeinsamen Zentren Schwandorf/Petrovice und Passau sowie mit der Bundespolizei und dem Zoll koordinieren. Dazu werden ihr auch die bisherigen Fahndungsdienststellen und Fahndungsgruppen der Polizei entlang der Bundesgrenze zu Österreich und Tschechien bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern unterstellt werden. Das betrifft derzeit rund 500 Beamte, die schon jetzt fahndungs- und grenzbezogene Aufgaben wahrnehmen. Mit diesen Maßnahmen soll von Passau aus der gesamte Grenzschutz bayernweit gelenkt werden.

> Söder: »Grenzkontrollen in vernünftiger Form auf Dauer notwendig«

Hauptaufgaben der Grenzpolizei werden die Bekämpfung von illegalen Grenzgängern, Schleuserbanden und grenzüberschreitender Kriminalität sowie die Verstärkung von Schleierfahndungsmaßnahmen und Schwerpunkteinsätzen der Landespolizei sein. Weiter soll die neue Grenzpolizei auch direkt an der Grenze grenzpolizeiliche Aufgaben wie Passkontrollen durchführen. Das zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Bayerischen Staatsregierung geschlossene „Verwaltungs- abkommen über die Wahrnehmung von Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes in Bayern" vom 16. Juli 1975 soll entsprechend angepasst werden. Darin sind – wenn auch wenig konkret – die Zuständigkeiten von Bundespolizei und Grenzpolizei festgelegt.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hält „Grenzkontrollen in vernünftiger Form auf Dauer für notwendig" und will mit diesem Schritt „Nägel mit Köpfen machen". Er ist davon überzeugt, dass die neue Bayerische Grenzpolizei einen „ganz großen Beitrag" leisten werde, „die Sicherheit in den bayerischen Grenzräumen zu verbessern". Zwar werde die unmittelbare Zuständigkeit für die Grenze weiterhin bei der Bundespolizei liegen, aber „einen Zentimeter dahinter sind wir mit unserer Grenzpolizei", so der Ministerpräsident weiter.

Als einziges Bundesland verfügte Bayern bereits von 1946 bis 1998 über eine eigene Grenzpolizei. Diese bildete neben der Landespolizei und der Bereitschaftspolizei die dritte Säule der bayerischen Polizei und war für die Sicherung der Bundesgrenze in Bayern zuständig. Durch den Beitritt Österreichs zur EU und zum Schengener Abkommen änderte sich die Situation an der bayerisch-österreichischen Grenze grundlegend, sodass die Grenzkontrollen hier stufenweise aufgehoben wurden. Mit ihrer Eingliederung in die Landespolizei hörte die Grenzpolizei mit Ablauf des 31. März 1998 zu existieren auf. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

IS-Telefonterror in Moskau

Moskau – Seit Monaten leidet Russland unter einer Welle falscher Bombenwarnungen, die per Telefon unter Verwendung von Computerstimmen ausgesprochen werden. Da auch in Russland die Behörden verpflichtet sind, allen derartigen Ankündigungen nachzugehen, mussten zeitweise sämtliche großen Bahnhöfe Moskaus und verschiedene größere Einkaufszentren der Hauptstadt aus Sicherheitsgründen geräumt werden, wovon mehrere Millionen Menschen betroffen waren. Jetzt stellte sich heraus, dass ein Großteil dieser Anrufe aus Syrien heraus und dabei offenbar durch die Terrorgruppe IS generiert wurde. Weitere stammten vor allem aus der Türkei, der Ukraine, den USA und Kanada. *T.W.W.*

Milliarden für das Morgenland

Berlin – Wenn es um die Entwicklungshilfe geht, sitzt der Bundesregierung das Geld der Steuerzahler seit jeher äußerst locker. Allein in den Jahren zwischen 1991 und 2016 hat sie für die Entwicklungszusammenarbeit mit Jordanien Mittel in Höhe von 1,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Und die Bundesregierung bleibt weiter großzügig. Für das vergangene Jahr beziffert sie die Höhe der Unterstützungsleistungen aus den Ressorts Entwicklung und Auswärtiges auf mehr als 587 Millionen Euro. Für 2018 seien bisher zudem Mittel in Höhe von knapp 24 Millionen Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfen in Jordanien zugesagt worden. Auch der Libanon bekommt etwas aus dem Entwicklungshilfe-Füllhorn ab, nämlich rund eine Milliarde Euro in der Zeit von 1991 bis 2016. Auch hier fließt das Geld weiter. Die Höhe der Unterstützungsleistungen aus den Ressorts Entwicklung und Auswärtiges beziffert die Bundesregierung für das Jahr 2017 auf 374 Millionen Euro, die für 2018 bisher bereitgestellten Mittel für Maßnahmen der humanitären Hilfe auf 28 Millionen Euro. *J.H.*

Waldfläche wird weniger

Rom – Der Waldstatistik der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zufolge nimmt die Waldfläche weltweit kontinuierlich ab, auch wenn sich die Geschwindigkeit der Entwaldung verlangsamt hat. Zwischen 2010 und 2015 betrug der Netto-Verlust im Durchschnitt 3,3 Millionen Hektar pro Jahr. Der aus der Summe der von den Ländern gemeldeten Waldflächenabnahmen berechnete Verlust an Naturwaldfläche lag im Minimum bei 8,8 Millionen Hektar pro Jahr. Dieser Verlust ist durch natürliche Wiederbewaldung in Höhe von rund drei Millionen Hektar pro Jahr und Aufforstungen von 2,5 Millionen Hektar pro Jahr zum Teil kompensiert worden. Nur 35 Prozent der sogenannten Naturwälder sind nach Schätzungen der FAO noch Primärwälder. Am stärksten vom Waldverlust betroffen sind Indonesien, Burma, Nigeria, Tansania und Brasilien. Die weltweite Entwaldung trägt zu einem gravierenden Verlust biologischer Vielfalt bei. Die Umkehr dieser Entwicklung betrachtet die FAO als eine der größten globalen Herausforderungen. *J.H.*

»Ein Verbrechen gegen den Weltfrieden«

Die Bombardierung Syriens und die Rechtslage

Die Bombardierung des syrischen Territoriums ist ein geradezu schulbuchartiges Beispiel für die Verletzung des Gewaltverbots gemäß Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta in Verbindung mit der Verletzung des Aggressionsverbotes gemäß der Aggressionsdefinition der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974.

Am 14. April 2018 bombardierten die Streitkräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs Chemiewaffeneinrichtungen auf dem Territorium Syriens. Begründet wurde die Aktion damit, dass vorher Giftgas gegen die syrische Zivilbevölkerung eingesetzt worden sei, wofür die syrische Regierung verantwortlich gemacht wurde. Die Bombardierung sei eine Strafaktion, die zugleich weitere Giftgaseinsätze verhindern beziehungsweise zumindest verringern solle.

Beweise dafür, dass der behauptete Giftgaseinsatz tatsächlich stattgefunden hat, das heißt, die in den Medien gezeigten Fotos echt sind, und dass bejahendenfalls die syrische Regierung und nicht eine Bürgerkriegspartei dafür verantwortlich ist, wurden nicht vorgelegt. Es wurde auch nicht das Ergebnis der Inspektionsgruppe der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) abgewartet, die ab dem 15. April das Vorliegen einer Verletzung der Konvention über das Verbot chemischer Waffen (CWK) vom 3. September 1992 untersuchen sollte. Es ging also den USA und ihren Verbündeten nicht darum, vor dem Einsatz militärischer Gewalt Gewissheit über den wahren Sachstand zu erlangen, sondern nur darum, verlorenen Einfluss im Nahen Osten wieder zu gewinnen und den russischen zurückzudrängen. Überdies hatten alle drei Regierungen wohl auch Gründe, von erheblichen inneren Problemen abzulenken.

Es fällt auf, dass die drei Regierungen die Militäraktion vom 14. April hauptsächlich mit politischen, weniger mit rechtlichen Argumenten zu rechtfertigen versuchen.



Für eine völkerrechtskonforme Vorgehensweise fehlte seine Zustimmung: Der UN-Sicherheitsrat

Außenminister Heiko Maas lobte die Militäraktion vom 14. April überschwänglich als „angemessenes und erforderliches Signal“ und wertete sie damit als völkerrechtskonform. Nachdem er, obwohl Volljurist, bereits als Justizminister seinen defizitären juristischen Kenntnisstand unter Beweis gestellt hat, offenbart er nun auch als Außenminister gravierende Wissenslücken im Völkerrecht.

Die tatsächliche Rechtslage nach dem Völkerrecht ist nämlich eine andere: Die Bombardierung des syrischen Territoriums ist ein geradezu schulbuchartiges Beispiel für die Verletzung des Gewaltverbots gemäß Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta in Verbindung mit der Verletzung des Aggressionsverbotes gemäß der Aggressionsdefinition der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974. Nach der UN-Charta ist die militärische Gewaltanwendung nur unter zwei Bedingungen rechtmäßig. Erstens darf ein Staat von seinem Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 UN-Charta Gebrauch machen, wenn er vorher von einem anderen Staat militärisch angegriffen worden ist. Die USA, Großbritannien und Frankreich können sich hierauf nicht berufen, weil sie von Syrien vorher nicht militärisch angegriffen worden sind.

Der zweite Fall der rechtmäßigen Anwendung bewaffneter Gewalt liegt vor, wenn der UN-Sicherheitsrat die Bedrohung oder den Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung feststellt und darauf fußend militärische Maßnahmen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beschließt (Artikel 39 UN-Charta). Ein solcher Beschluss erfordert in dem mit 15 Staaten besetzten Sicherheitsrat eine Mehrheit von neun Stimmen, unter denen in jedem Falle die Stimmen der fünf ständigen Mitglieder des Rates (Russland, China, USA, Großbritannien und Frankreich) sein müssen. Macht nur eine der fünf Mächte von ihrem Vetorecht Gebrauch, dann kommt kein Beschluss dieser Art zustande. Im Falle Syriens wurden vor dem 14. April 2018 im UN-Sicherheitsrat sowohl von US-amerikanischer als auch von russischer Seite Resolutionsentwürfe eingebracht, die aber jeweils am Veto der anderen Seite scheiterten. Auf diese Weise hat der für solche Fälle einzig zuständige UN-Sicherheitsrat vor dem 14. April keine Ermächtigung zur militärischen Gewaltanwendung erteilt. Somit war die einseitige militärische Gewaltanwendung durch die drei Staaten gegen Syrien völkerrechtswidrig, denn sie hatten nicht das dafür notwendige Mandat des UN-Sicherheitsrates. Sie können für das Fehlen des Mandats nicht einfach Russland verantwortlich machen, denn in vielen anderen Fällen haben die USA und ihre Verbündeten ihrerseits durch ihr Veto das Zustandekommen von Entscheidungen des Rates verhindert, die von der anderen Seite für wichtig gehalten wurden.

Die Aggressionsdefinition von 1974 ist eine allgemein anerkannte Konkretisierung der UN-Charta. Nach deren Artikel 3b ist „die Bombardierung des Territoriums eines anderen Staates oder der Einsatz jeglicher Waffen durch einen Staat gegen das Territorium eines anderen Staates“ ein Akt der Aggression.

Daraus ergibt sich der eindeutige Befund: Die USA, Großbritannien und Frankreich haben mit der Bombardierung Syriens eine Aggression begangen.

Artikel 5 der Aggressionsdefinition bestimmt, dass keinerlei Erwägungen als Rechtfertigung für eine Aggression dienen dürfen. Damit laufen die von den Aggressorstaaten vorgetragenen Rechtfertigungsversuche ins Leere.

Schließlich zeigt Artikel 5 der Aggressionsdefinition auch die Konsequenzen auf, indem er in Absatz 2 festlegt: „Ein Aggressionskrieg ist ein Verbrechen gegen den Weltfrieden. Die Aggression hat die völkerrechtliche Verantwortlichkeit zur Folge.“

Das Völkerrecht enthält zwar ein umfangreiches Reglement für die Verantwortlichkeit sowohl der Staaten als auch ihrer politischen Entscheidungsträger für Verbrechen, aber dessen Anwendung ist in der vorliegenden Konstellation derzeit wohl nicht zu erwarten.

Wie geht es nun weiter? Die Truppen des Assad-Regimes erobern gegenwärtig die letzten von den Aufständischen besetzten Gebiete. Bei den zu erwartenden Verhandlungen über die Befriedung des Landes wird kein Weg daran vorbeiführen, neben den Hauptakteuren auch das Assad-Regime mit einzubeziehen. Ungeachtet großer Worte des deutschen Außenministers wird Deutschland dabei kaum eine Rolle spielen. Dennoch: Statt weiterhin – nunmehr auch auf dem Luftweg – syrische Bürger nach Deutschland zu holen, sollte die Bundesregierung rechtzeitig die Rückführung von Syrern vorbereiten, die hier Schutz gefunden haben. Asyl ist ein zeitlich begrenztes Recht. Diese Menschen werden sehr bald schon dringend für den Wiederaufbau ihrer Heimat benötigt. Dazu ist es erforderlich, schon jetzt Kontakt zu den syrischen Behörden aufzunehmen, um einen geordneten Rücktransport zu sichern. Solche Kontakte sind auch deshalb wichtig, weil die syrische Seite Hinweise zur Identifizierung von Personen geben kann und schließlich Garantien für eine Nichtverfolgung von zurückgeführten Syrern geben muss. Für die Herstellung einer derartigen Zusammenarbeit mit syrischen Behörden wären gute Beziehungen zu Russland als dem Verbündeten Syriens gewiss vorteilhaft.

Gerd Seidel

Maas auf Nato-Kurs

An der Russlandpolitik des Ministers scheiden sich die Geister

Seit 2014 ist Russland aus der Gruppe der führenden Industriestaaten ausgeschlossen. Aus G8 wurde wieder G7. Forderungen nach einer Rückkehr Russlands erteilte Außenminister Heiko Maas (SPD) nun eine Absage und erntete dabei auch viel Kritik aus den eigenen Reihen. Denn sein Amtsvorgänger Sigmar Gabriel hatte sich zuletzt für eine Annäherung des Westens an Russland ausgesprochen.

Auch Politiker von FDP und Linkspartei hatten sich dafür ausgesprochen, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Gruppen-Gipfel im Juni nach Kanada einzuladen. „Wenn der Westen es wirklich ernst meint, mit Russland wieder in einen konstruktiven Dialog treten zu wollen, wäre jetzt die passende Gelegenheit. Aus G7 sollte wieder G8 werden“, sagte Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht. Der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff äußerte sich zwar etwas zurückhaltender, will Russland aber auch unbedingt wieder an den Verhandlungstisch zurückholen: „Es ist sinnvoll, den Dialog mit Russland zu verstetigen und besser zu strukturieren. Dafür wären die G7 plus 1 das richtige Format“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Tageszeitung „Die Welt“.

Die „Frankfurter Allgemeine“ hatte zuvor berichtet, Maas könne parteiintern die Zuständigkeit für die Ostpolitik entzogen werden, was eine gravierende Beschneidung seiner Kompetenzen zur Folge hätte. Maas wolle mit der Ostpolitik der SPD brechen, schrieb die Zeitung unter Berufung auf Partei- und Fraktionsführung: „Für diesen Kurs hat er keine Mehrheit.“ Achim Post, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der einflussreichen NRW-Landesgruppe, übte gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“ scharfe Kritik gegenüber Maas’ Plan, Russland weiterhin vom Verhandlungstisch fern zu halten: „Ich halte diese Linie nicht für zielführend.“ Das Verhältnis zu Russland sei derzeit ohne Zweifel schwierig und spannungsgeladen. „Umso mehr“, so Post, „ brauchen wir aber gerade jetzt Formate für Dialog und Diplomatie, statt Ausgrenzung und rhetorisches Kräftemessen.“

Kritik kam nicht nur aus der Bundestagsfraktion, sondern auch aus den Ländern. So hatten die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, Stephan Weil, Manuela Schwesig und Dietmar Woidke ein Festhalten an der Entspannungspolitik aus den Zeiten Willy Brandts und Egon Bahrs verlangt. „Die SPD legt Wert auf ein gutes Verhältnis zu Russland. Das ist seit Langem unsere Haltung und entspricht dem Verständnis einer überragenden Mehrheit unserer Mitglieder und auch Wähler“, erklärte Weil.

Die neue SPD-Vorsitzende Andrea Nahles versuchte unmittelbar nach der Wahl, den Konflikt in der Partei zu entschärfen. Wenn Russland per Veto die Aufklärung von Chemiewaffeneinsätzen blockiere, müsse das kritisiert werden, sagte sie. Im Gegensatz zu manchen Darstellungen bedeute das aber „keine Abkehr von der Politik des Dialogs und des Ausgleichs“.

Unterstützung erhielt Maas dagegen aus Frankreich und der Ukraine. So äußerte das französische Außenministerium Zustimmung zu den Plänen des Deutschen, forderte ebenfalls, Russland nicht zum Gipfel einzuladen. Und der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin lobte: „Ich schätze seine Position sehr. Ohne eine solche Haltung kommen wir leider nicht nach vorne.“ *Peter Entinger*

Lukrative 2. Reihe

»Parlamentarische« sind Großverdiener

Stiften mehr Kosten als Nutzen.“ Das Urteil des Bundes der Steuerzahler (BdSt) über die Parlamentarischen Staatssekretäre ist vernichtend. Diese Position gibt es seit 1967. Die Staatssekretäre sind in Personalunion Amtsträger der Regierung und zugleich Bundestagsabgeordnete. Sie fungieren als Schnittstelle zwischen Fraktionen und Ministerien. Ursprünglich sollten auf diesem Weg begabte Nachwuchspolitiker auf eine spätere Ministertätigkeit vorbereitet werden. Doch im Laufe der Jahre sei das Amt „mehr und mehr zu einem machtpolitischen Instrument geworden, das sich vorzüglich zur Ämterpatronage und Pfründenwirtschaft eignet – allerdings auf Kosten der Steuerzahler“, kritisiert der BdSt.

Die AfD-Fraktion wollte es genau wissen und hat zu den Amtsbezügen der Parlamentarischen Staatssekretäre eine Kleine Anfrage gestellt. Die Antwort der Bundesregierung: Die Amtsbezüge betragen derzeit monatlich 10 651,55 Euro zuzüglich eines Ortszuschlags in Höhe von 965,01 Euro (Ortszuschlag Stufe 1; abhängig von den familiären Verhältnissen kann sich ein höherer Betrag ergeben). Hinzu kommt die steuerfreie Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von derzeit 2760,98 Euro jährlich. Die genauen Auszahlungsbeträge hängen allerdings „von den individuellen Verhältnissen der Amtsträger ab“, wie die Regierung ausführt.

Als Bundestagsabgeordnete bekommen die Parlamentarischen Staatssekretäre auch noch ihre Abgeordnetenbezüge, wenn auch gekürzt. Das sind die halbe Diät in Höhe von 4771 Euro sowie eine verminderte, aber ebenfalls steuerfreie Kostenpauschale in Höhe von 3238 Euro. Alles in allem kommt ein Parlamentarischer Staatssekretär nach Berechnungen des BdSt ganz schnell auf Gesamteinkünfte in Höhe von über 20 000 Euro im Monat.

Und nicht zu vergessen: Jedem der Parlamentarischen Staatssekretäre stehen rund 300 000 Euro jährlich für ein eingerichtetes Büro samt Referenten, Sekretariatspersonal sowie einen Dienstwagen mit Fahrer zu.

Bei 35 Parlamentarischen Staatssekretären und damit so vielen wie nie zuvor hat nahezu jeder 15. Bundestagsabgeordnete der derzeitigen Regierungsparteien dieses lukrative Amt in den Schoß gelegt bekommen – ganz unabhängig von seiner Eignung und Leistung. *J.H.*

Meinungsfreiheit im Buchladen

»Mehr als Nazi geht nun mal nicht« – Eine Buchhändlerin gegen vereinnahmende Ideologisierung

Die streitbare Dresdner Buchhändlerin und treibende Kraft der „Charta 2017“ Susanne Dagen betreibt neben ihrer Buchhandlung das „KulturHaus“. Auftaktgäste der neuesten Veranstaltungsreihe „ZeitZeuge. Ein Leben zwischen Diktatur in Demokratie“ waren Angelika Barbe und Siegmar Faust.

„Mehr als Nazi geht nun mal nicht“: Susanne Dagen nimmt es gelassen, wenn sie via Internet wüst beschimpft wird. Das „zieht nicht mehr“. Die streitbare Dresdner Buchhändlerin ist als eine der treibenden Kräfte der „Charta 2017“ auch überregional wahrgenommen geworden. Die Initiative war eine Reaktion auf die Ereignisse während der Frankfurter Buchmesse im letzten Oktober. Anlass war die gewaltsame Zerstörung von Verlagsständen im vorgeblichen „Kampf gegen Rechts“. Besorgniserregend war jedoch vor allem das – vorsichtig ausgedrückt – ambivalente Verhalten der Messeveranstalter und großer Teile der Medien zu den Vorgängen. Nicht nur bei diesen Vorfällen wird denjenigen, welche Moral und „das Gute“ auf ihrer Seite wähnen, vieles großzügig nachgesehen, sogar dann, wenn Menschen verletzt werden. Das Stichwort „Linkslastigkeit“ dürfte hier eher untertrieben sein.

Buchhändlerin Dagen kämpft im besten demokratischen Sinne gegen vereinnahmende Ideologisierung an. Sie ist der Ansicht, dass die Frage nach der Meinungsfreiheit durchaus im Raum steht. Es nütze wenig, wenn diese zwar theoretisch gegeben sei, Akzeptanz, Reaktionen oder die Bereitschaft, den anderen gelten zu lassen, jedoch sehr ungleichgewichtig ausfielen.

In unmittelbarer Nachbarschaft der als „Blaues Wunder“ bekannten Elbbrücke, im idyllischen Dresdner Stadtteil Loschwitz, betreibt Dagen neben ihrer – mehrfach ausgezeichneten – Buchhandlung das „KulturHaus“. Über das hier angebotene literarisch-musikalische Programm hinaus lädt sie in nunmehr drei abendlichen Veranstaltungsreihen in dichter Folge regelmäßig Persönlichkeiten ein, deren Zugang zu aktuellen politischen oder mit der jüngsten Vergangenheit verbundenen Fragen nicht immer dem entspricht, was der GEZ-finanzierte Fernsehschirm verlautbart.

Auftaktgäste der neuesten Veranstaltungsreihe „ZeitZeuge. Ein Leben zwischen Diktatur in Demokratie“ am Freitag vorletzter Woche waren Angelika Barbe und Siegmar Faust. Beide wirkten im SED-Staat oppositionell. Barbe war Mitbegründerin der DDR-Sozialdemokratie im Oktober 1989, Faust wurde, nach mehrjähriger Haftstrafe, 1976 von der Bundesrepublik freigekauft. Sowohl Barbe als auch Faust dürften mit gemeint gewesen sein, als der „Spiegel“ im Januar raunte, dass einige der früheren DDR-Dissidenten nun „zu den Rechten“ übergelaufen seien.

Faust, der am eigenen Leib erfahren hat, was es heißt, in einer Diktatur eigenwillig zu sein, gibt für den größeren Teil des Abends die Impulse. Er liest eigene Texte und berichtet von seiner Gefängniszeit. Faust gab sich allerdings auch unter diesen Umständen unbeirrt. In Anspielung auf die Zeitung „Neues Deutschland“, das „Zentralorgan der SED“, verfasste er unter dem Titel „Armes Deutschland“ gedeckt von Mitgefangenen eine DDR-kritische „Gefängniszeitung“. Real handelte es sich um ein handschriftliches, äußerst eng beschriebenes Blatt. Immerhin erschienen 13 Nummern. Als eine dieser „Zeitungen“ sehr viel später in einem Buch abgedruckt wurde, waren 22 Seiten gefüllt, um sie wenigstens einigermaßen bequem lesbar zu machen.

Hunderte Tage Einzelhaft hatte Faust zu verbüßen – die DDR war nicht zimperlich mit Verfassern kritischer Wortbeiträge. Er spricht auch über seine Ernüchterung, als er im „Westen“ ankam: Von Kritik am „real existierenden Sozialismus“ wollte man wenig wissen. Angesagte Feindbilder im kulturintellektuellen Bereich seien Franz Josef Strauß, Axel Springer und Gerhard Löwenthal gewesen. Inhaltlich hier anknüpfend unterstreicht Barbe, dass die DDR-Opposition mit „1968“ den „Prager Frühling“ verbunden habe, niemals die zu dieser Zeit „alles niederbrüllenden Chaoten“ in der Bundesrepublik, deren heutige Verklärung unverständlich sei.

Das Gespräch ist damit in der Gegenwart angekommen. Faust hält den Islam nicht für vereinbar mit einer „offenen Gesellschaft“. Für die Atmosphäre im „KulturHaus“ spricht, dass niemand vom Stuhl fällt, als er zudem betont, er sei stolz auf Pegida und die regierungskritischen Demonstrationen in Cottbus. Dort war auch Barbe unlängst als Rednerin aufgetreten.

Andererseits bekennt ein Besucher in der Diskussion, „seit 15 Jahren“ „Taz“-Leser, dass er Pegida-Veranstaltungen als „beängstigend“ empfunden habe.

Der momentan rare Raum für freie Diskussionen scheint gefragt zu sein. Über Besuchermangel kann das „KulturHaus“ nicht klagen. Störungen, so Susanne Dagen, habe es bislang nicht gegeben. Ihr Schutz sei Transparenz, Öffentlichkeit und inzwischen natürlich auch die größere Bekanntheit. Gespräche wie die „ZeitZeuge“-Reihe, Aktionen wie die „Charta 2017“, die Stellungnahmen des Schriftstellers Uwe Tellkamp zur Asylpolitik (übrigens auch auf einem Dresdner Podium), die Vehemenz der nachfolgenden Reaktionen sowie die „Erklärung 2018“ sind Wegmarken – Wegmarken hin zu einem freien, unbelasteten Meinungsklima, das auch Abweichendes und Inopportunes „gut und gerne“ auszuhalten in der Lage ist. *Erik Lommatzsch*



Mit ihrem Ehemann Michael Bormann: Susanne Dagen

Bild: Dörte Gerlach

MELDUNGEN

Kreuzpflicht in Bayern

München – Der bayerische Ministerrat hat eine Änderung der allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats beschlossen. Demnach ist im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes „als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns“ deutlich wahrnehmbar „ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern und Deutschland“ anzubringen. Das Kreuz sei das grundlegende Symbol der kulturellen Identität christlich-abendländischer Prägung, heißt es zur Begründung. Die Verpflichtung gilt für alle Behörden des Freistaats ab dem 1. Juni 2018. Für die Behörden der Gemeinden, Landkreise, Bezirke und des Bundes in Bayern gilt die Kreuzpflicht nicht. Ihnen wird lediglich empfohlen, entsprechend zu verfahren. *J.H.*

Keine erhöhte Infektionsgefahr

Berlin – Die Bundesregierung sieht „keine relevant erhöhte Infektionsgefährdung“ der Bevölkerung durch den Zuzug von Asylsuchern. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion dazu beruft sie sich auf die Auswertung der Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI). Der Schutz der Bevölkerung werde durch Gesundheitsuntersuchungen auf übertragbare Krankheiten bei Asylbewerbern sichergestellt. Dadurch werde insbesondere eine Weiterverbreitung in Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen verhindert. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des RKI unter anderem 78 Fälle von Typhus und 956 Fälle von Malaria registriert. Für Krätze, über die in Zusammenhang mit der Asylwelle wiederholt in den Medien berichtet wurde, liegen nach Angaben der Bundesregierung keine Daten vor, da keine krankheits- oder erregerspezifische Meldepflicht gemäß Infektionsschutzgesetz besteht. *J.H.*

Linke »Stammtischkämpfer«

Sachsen fördert Anti-AfD-Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«

Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag hin musste die Staatsregierung in Dresden jetzt zugeben, dass sie drei Organisationen, die sogenannte „StammtischkämpferInnen“ ausbilden, mit insgesamt schon 630 000 Euro bezuschusst hat (siehe *PAZ* vom 27. April). Damit unterstützte sie ein Prestige-Projekt des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR). Dieses war im März 2016 gegründet worden – unter anderem auf Initiative von Anton Hofreiter, Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Ralf Stegner, Manuela Schwesig und Katarina Barley (SPD). Ebenso wenig abseits stehen wollten aber auch Frank Bsirske (Chef der Gewerkschaft Ver.di) und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek.

Erklärter Gegner von AgR ist die AfD. Diese solle praktisch überall und mit den verschiedensten Mitteln bekämpft werden, denn sie sei die „Speerspitze des gegenwärtigen Rechtsrucks in der Gesellschaft“. Eine tragende Kraft innerhalb des Bündnisses ist dabei die Interventionistische Linke, also jene gewaltbereite extremistische Gruppierung, die maßgeblich für die Krawalle beim G-20-Gipfel in Hamburg verantwortlich zeichnete und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht.

Als das probateste Mittel im Feldzug gegen die AfD preist das linke AgR-Bündnis die geplanten 25 000 „StammtischkämpferInnen“, von denen bisher freilich nur reichlich 6500 rekrutiert und ausgebildet werden konnten – und zwar, wie man nun weiß, auch auf Kosten des Steuerzahlers. Diesem Personenkreis obliegt es, in der Kneipe an der Ekke und überall sonst, wo es sich anbietet, AfD-Mitglieder und andere „Rassisten“ in Alltagssituationen niederzudiskutieren. Darüber hinaus sollen die „StammtischkämpferInnen“ Veranstaltungen der AfD stören oder schon im Vorfeld verhindern sowie Gegenveranstaltungen organisieren.

> Initiatoren sind Grüne, SPDler, Bsirske und Mazyek

Damit sie das auch alles können, halten AgR-Mitglieder wie die DGB-Jugend und die Naturfreundejugend entsprechende Schulungs-Seminare ab, für die es die genannten staatlichen Zuschüsse gibt. Immerhin schlägt eine sechsstündige Ausbildungseinheit mit bis zu 600 Euro zu Buche, die dann in die Taschen dubioser Trainer von zweifelhafter Qualifikation fließen.

Das Wirken dieser Personen beschränkt sich in der Regel darauf, mit den Teilnehmern kleine Rollenspiele zu veranstalten und ihnen in diesem Zusammenhang beizubringen, vorgestanzte Floskeln in den Raum zu werfen. Deren Zweck besteht darin, jedwede Kritik an der Asylpolitik der Regierung oder am Verhalten der „Geflüchteten“ als Ausdruck von „sozialem Neid“ und „sozialer Angst“ zu denunzieren.

Interessanterweise weigerte sich die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping (SPD) rundheraus, auf die ebenfalls gestellte Frage der AfD-Fraktion zu antworten, ob die Ausbilder der „StammtischkämpferInnen“ ihre Einnahmen versteuern. „Auskünfte über vom Steuergeheimnis geschützte Verhältnisse der die Beiträge für die genannten Seminare vereinnahmenden Körperschaften“ werde sie nicht erteilen. *Wolfgang Kaufmann*

Zeitzeugen



Bild: Continentaleurope

Daphne Caruana Galizia – Die Ermordung der Investigativ-Journalistin und Bloggerin im Oktober 2017 sorgte weltweit für Aufsehen. Galizia war maßgeblich an der Auswertung der Panam Papers beteiligt. Sie galt als „Frau-WikiLeaks“, die einen publizistischen Kreuzzug gegen Intransparenz und Korruption führte.



Bild: Imago

Joseph Muscat – Der 44-jährige Sozialdemokrat ist der zweitjüngste Premierminister in der Geschichte Maltas und der jüngste seit dem Ende der britischen Kolonialherrschaft 1964. Seine politische Laufbahn begann er als Parteisekretär und Mitglied einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des EU-Beitritts seines Landes. 2004 wurde er Mitglied des EU-Parlaments und 2008 Oppositionsführer im maltesischen Repräsentantenhauses. Seit den Parlamentswahlen im Herbst 2013 ist er Regierungschef. Im Mai 2017 wurden im Rahmen der Veröffentlichung der sogenannten Malta Papers Korruptionsvorwürfe gegen ihn und seine Familie erhoben. Aufgrund der Kritik der Opposition setzte Muscat vorgezogene Neuwahlen an, bei denen seine Partei ihre absolute Mehrheit verteidigen konnte und er für eine zweite Amtszeit gewählt wurde.

Philippe de Villiers de l'Isle-Adam – Der französische Adelige war der 44. Großmeister des Malteserordens. Nach dessen Vertreibung von der Insel Rhodos durch die Osmanen und mehreren Jahren mit Ordensdomizil in Candia, Messina, Viterbo und Nizza gelang es Philippe, 1530 von Kaiser Karl V. die Herrschaft des Ordens über Malta und Tripolis als von Sizilien abhängiges Lehen zu erhalten. Hierfür war ein jährlicher Tribut in Form eines Malteser Falken fällig. In den folgenden Jahren widmete Philippe sich der Festigung der Ordensherrschaft auf Malta. Er starb 1534 auf Malta.



Bild: Imago

Dunja Mijatovic – Die Bosnierin war von 2010 bis 2017 OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit. Zuvor war sie Rundfunkdirektorin bei der Regulierungsbehörde für Kommunikation in Bosnien-Herzegowina. Als Vorsitzende der Europäischen Plattform für Medienregulierungsbehörden leitete sie zudem die Expertengruppe des Europarats für freie Meinungsäußerung und Information in Krisenzeiten. Seit Januar 2018 ist sie Menschenrechtskommissarin des Europarates.

Regierung unter Mordverdacht

Spuren im Mordfall Daphne Caruana Galizia führen in höchste Kreise

Recherchen eines internationalen Journalistennetzwerkes zum Mordfall Daphne Caruana Galizia führen zu schweren Mordvorwürfen gegen Mitglieder der maltesischen Regierung.

Vor einem halben Jahr wurde die Journalistin Daphne Caruana Galizia in Malta brutal in ihrem Auto in die Luft gesprengt. Galizia galt als das „Gewissen Maltas, hatte über Korruption, Geldwäsche und gekaufte Staatsbürgerschaften auf der kleinen Mittelmeerinsel geschrieben. Nach dem Mord wurden schnell drei Mitglieder eines örtlichen Verbrechersyndikats als Auftragskiller verhaftet und vor Gericht gestellt, aber von den Auftraggebern fehlt bis heute jede Spur.

Vor ihrer Verhaftung waren die drei Auftragskiller allerdings noch gewarnt worden, was die Korrumpiertheit der Polizeibehörden beweist. Nach dem Mord, der europaweit für ein Beben sorgte, bildete sich schnell eine internationale Journalistengruppe aus 15 Ländern, welche die Recherchen von Galizia weiterführt, um deutlich zu machen: „Sie haben eine Journalistin ermordet, nicht ihre Recherchen.“ Die Initiative, an der unter anderem die „Süddeutsche Zeitung“, der britische „Guardian“, die französische Zeitung „Le Monde“, die „New York Times“ und die Nachrichtenagentur Reuters beteiligt sind, war ins Leben gerufen worden, um Galizias Recherchen fortzuführen.

Lukrative Geschäfte mit der maltesischen Staatsbürgerschaft

So hatte die „Süddeutsche Zeitung“ die Vergabe maltesischer Pässe an reiche Ausländer recherchiert – eines der vielen Themen, die Galizia im Visier hatte. Diese Praxis hatte die kleine, aus drei bewohnten Hauptinseln und mehreren unbewohnten Eilanden bestehende Kreuzfahrerfestung nach ihrem EU Beitritt im Jahr 2004 plötzlich für Interessenten aus Russland, China und Saudi-Arabien – viele davon mit kriminellem Hintergrund – interessant werden lassen, die es sich leisten konnten, europäische Pässe aus ihrer Portokasse zu bezahlen.

Malta hat bereits im Jahr 2013 damit begonnen, zahlungskräftige Kunden zu EU-Bürgern zu machen, und sich dabei heftige Kritik zugezogen – unter anderem vom Europäischen Parlament, von der Europäischen Kommission und nicht zuletzt von Europol. Verboten ist diese Praxis allerdings nicht, sie wird bis dato noch von mehreren Staaten wie beispielsweise Zypern und Griechenland ausgeübt. Mit der neuen Staatsbürgerschaft könnten die Passinhaber eventuelle Sanktionen, wie sie jetzt von US-Präsident Donald Trump gegen russische Oligarchen geplant sind, umgehen. Darüber hinaus dienen solche Pässe auch dazu, Steuern zu vermeiden oder Schwarzgeld zu verstecken.

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete konkret von einer Anwaltskanzlei auf der britischen Kanalinsel Jersey, die Maltas Passprogramm angestoßen habe. Galizia, die in der Causa recherchiert hatte, sei von der Anwaltskanzlei und der maltesischen Regierung unter Leitung von Premierminister Joseph Muscat juristisch massiv unter Druck gesetzt worden. Zum Zeitpunkt ihrer Ermordung seien insgesamt 47 Verleumdungsklagen gegen sie anhängig gewesen. Offenbar hatten einige Mitglieder dieses Erpressersyndikats aus Anwälten und Regierungsmitgliedern die Geduld und das Vertrauen in die juristischen Schritte verloren und wollten das Problem Galizia auf andere Weise lösen.

Bodo Bost/J.H.



Professionell geplant und eiskalt ausgeführt: Bombenanschlag auf Daphne Caruana Galizia Bild: pa

Premier heuchelt und Ermittler bleiben tatenlos

Auch ein halbes Jahr nach dem Mord an Daphne Galizia ist die maltesische Polizei noch immer nicht den Spuren nachgegangen, die auf die Verwicklungen von Spitzenpolitikern und Behörden des Landes in den Fall hindeuten. Bisher wurde keiner der Politiker vernommen, mit denen sich Galizia in den Monaten vor ihrem Tod erbitterte journalistische und rechtliche Auseinandersetzungen lieferte. Inzwischen meldeten sich nach Informationen der „Suddeutschen Zeitung“ sogar Zeugen, die Wirtschaftsminister Christian Cardona mit einem der mutmaßlichen Mörder gesehen haben wollen.

Nach der Tat noch hatte Maltas Premier Joseph Muscat, den die Ermordete in ihren Texten hart angegriffen hatte, die Tat als „barbarischen Angriff auf die Pressefreiheit“ gerügt. Er werde nicht locker lassen, bis der Mord geklärt sei. Passiert ist jedoch nichts. Die Ergebnisse des internationalen Recherche-Projekts zeigen jedoch vielmehr, wie die Ermittler Hinweise auf höchste politische Kreise beharrlich ignorieren. Die Polizei hat bisher noch nicht einmal den brisanten Hinweis auf mögliche Kontakte von Cardona zu den mutmaßlichen Auftragskillern, verfolgt, obwohl diese Information nach Erkenntnissen der „Süddeutschen Zeitung“ dem Ermittlungsrichter vorliegt.

»Barbarischer Angriff auf die Pressefreiheit«

Bei dem Gedanken, dass Malta im letzten Jahr noch den EU-Ratsvorsitz innehatte, läuft manchem der EU-Granden ein Schauer über den Rücken. Folglich bekommt man in Brüssel immer mehr ein schlechtes Gewissen, sodass die EU den politischen Druck deutlich erhöht. So fordert unter anderem Dunja Mijatovic, Kommissarin für Menschenrechte im Europarat, verstärkte Bemühungen bei der Aufklärung des Falls: „Sechs Monate nach dem Mord sieht es so aus, als ob Maltas Behörden bei der Identifizierung der Hintermänner keinerlei handfeste Fortschritte gemacht hätten“, erklärte Mijatovic. Dass das die maltesischen Behörden beeindruckt, darf bezweifelt werden. *B.B./J.H.*

Festung an Europas Pforte

Der Weg der Inselrepublik in die EU war lang und steinig

Aufgrund seiner besonderen strategischen Lage im Mittelmeer war Malta Jahrhunderte lang Spielball unterschiedlicher Mächte. Diese wechselhafte Geschichte zwischen Orient und Okzident hat es zu einer besonderen Nation gemacht.

Im Jahr 60 n. Chr. erlitt der Heilige Paulus auf seinem Weg nach Rom vor den Inseln Schiffbruch und brachte Malta das Christentum. Die Araber eroberten die Inseln im Jahr 870 und hinterließen einen bedeutenden Abdruck in der Sprache der Malteser. Bis 1530 gehörte Malta zu Sizilien – die Normannen, die Aragoneser und andere Eroberer, die über Sizilien herrschten, regierten gleichzeitig die maltesischen Inseln. Karl V. übergab Malta dem Souveränen Ritter- und Hospitalorden vom Hl. Johannes zu Jerusalem, der von 1530 bis 1798 über Malta herrschte. Die Ritter führten Malta durch ein neues goldenes Zeitalter und machten das Land zu einem Hauptdarsteller auf der kulturellen Bühne Europas im 17. und 18. Jahrhundert. Das künstlerische und kulturelle Leben der Inseln wurde bereichert durch die Anwesenheit von Künstlern wie Caravaggio, Mattia Preti und Favray, die von den Rittern mit der Ausschmückung von Kirchen, und Residenzen beauftragt wurden.

1798 übernahm Napoleon auf seinem Weg nach Ägypten Malta von den Rittern. Die Gegenwart der Franzosen auf den Inseln war jedoch nur von kurzer Dauer: Die Briten, von den Maltesern zu Hilfe gerufen, errichteten im Jahr 1800 eine Blockade. Die britische Herrschaft dauerte bis 1964, dem Jahr der Unabhängigkeit. Malta übernahmen das britische Verwaltungs, Bildungs- und Gesetzgebungssystem. 1974 wurde Malta Republik.

Bereits 1990 wurde der erste Antrag auf Aufnahme in die EU gestellt. Als im Jahre 1996 die sozialistische Labour-Partei die Wahlen gewann, brach diese die Beitrittsverhandlungen ab. 2003 stimmten 53,6 Prozent der Wähler bei einem Referendum für die EU-Mitgliedschaft, sodass der Inselstaat seit dem 1. Mai formell zur EU gehört. Gemessen an Bevölkerung und Fläche ist Malta der kleinste Mitgliedsstaat der Union. Die Malteser bezeichnen ihr Land gern als die Schweiz des Mittelmeeres. Dies bezieht sich auf die historisch neutrale politische Position zwischen Europa und Nordafrika. Malta betreibt eine mediterran orientierte Außenpolitik. Obwohl es sich für die Mitgliedschaft in der EU entschieden hat, bestehen weiterhin enge Kontakte zu nordafrikanischen Staaten wie Libyen oder Tunesien. *MTA/J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Schinkel feiern!«

Die neue Bauakademie soll Architekturmuseum und Denkfabrik werden – Wettbewerb abgeschlossen



Noch ist sie nur eine Kulisse aus Plastikplanen: Die neue Schinkelsche Bauakademie

Bild: Imago

In der Mitte Berlins soll bis 2023 die Schinkelsche Bauakademie an ihrem ursprünglichen Standort wiederentstehen. Bauherr ist der Bund. Für das Vorhaben hat der Deutsche Bundestag 62 Millionen Euro bewilligt. Dieser Tage entscheidet eine internationale Jury über den oder die Sieger des vom Bundesbauministerium ausgeschriebenen interdisziplinären Programmwettbewerbs. Wenn alles planmäßig verläuft, könnte schon 2023 Eröffnung gefeiert werden.

Auch wenn der große preußische Baumeister Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) Namensgeber der Nationalen Bauakademie werden soll, hält man zu ihm eine gewisse Distanz. So hat die damalige Bundesbauministerin Barbara Hendricks im September 2017 beim Startschuss für das Projekt die Richtung vorgegeben: „Schinkels rekonstruierte Akademie darf keine bloße Kopie des Originals werden, sondern muss eine Denk- und Kreativfabrik sein, die Wissenschaft und Kunst, Forschung und Lehre, Theorie und Praxis unter einem Dach zusammenführt."

Für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), die Staatlichen Museen zu Berlin und die anderen die Bauakademie und das Humboldt-Forum tragenden Institutionen lautet das Motto: „Schinkel feiern!" Allerdings nicht an einem „Ort institutioneller und disziplinärer Grenzziehungen", sondern in einem „offenen, partizipativen Architekturforum, das dazu beiträgt, diese Grenzen zu überwinden". Die neue Bauakademie als Plattform sei „ein Experiment und eine Chance, einen neuen zeitgemäßen Typus eines Ausstellungs- und Veranstaltungshauses in der Mitte Berlins zu erproben".

Gleichzeitig repräsentiert die neue Bauakademie die außergewöhnliche und auch im weltweiten Vergleich herausragende Architekturgeschichte Berlins. Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem sich eine derartige Fülle wichtiger Bauwerke hochkarätiger Architekten betrachten lässt. Sie reflektieren prägende politische Kräfte und gestalterische Ideen der letzten Jahrhunderte, vom preußischen Barock über die frühe Moderne bis zu den Diktaturen im 20. Jahrhundert und dem Neuaufbruch nach 1990.

> Fertigstellung ist für 2023 vorgesehen

In den Augen von Hermann Parzinger, Präsident der SPK, ist die Bauakademie nicht weniger als eine „Ikone der Baugeschichte". Errichtet wurde das Gebäude für die 1799 gegründete Akademie in den Jahren 1832 bis 1836 auf dem Alten Packhof zwischen Kupfergraben und Friedrichswerderscher Kirche nach einem Entwurf Schinkels. Seine Konstruktionsweise sowie die Fassaden- und Innengestaltung galten weltweit als revolutionär und wegweisend für modernes Bauen. Nach einem Bombenangriff brannte das Gebäude 1945 aus. Der Wiederaufbau hatte bereits begonnen, wurde aber 1956 eingestellt. Im Jahre 1962 ließ die DDR-Regierung den Rohbau für den Neubauriegel des Außenministeriums abreißen.

Die Bauakademie war Schinkels Wohnung, Arbeitsstätte und sein Meisterwerk als Staatsarchitekt Preußens. Der revolutionäre „rote Kasten" avancierte als Träger innovativer technischer und gestalterischer Ideen rasch zu einem das Stadtbild Berlins prägenden Zeichen des beginnenden bürgerlichen Zeitalters. Die Bauakademie nahm die Ästhetik und Bautechnik der Moderne in Material, Normierung, Rasterung und „Serialität" vorweg. Sie repräsentierte gleichermaßen den architektonischen Blick in Vergangenheit und Zukunft in einem verdichteten Punkt auf der Zeitachse, mit dem man den Beginn der modernen Architektur in Preußen assoziieren konnte.

Zugleich war sie nach Oper, Bibliothek, Universität und (Altem) Museum der Schlussstein in der Bildungslandschaft von Berlin-Mitte. Sie stand am Ende eines 100-jährigen Prozesses der Formierung des bürgerlichen Staates als Bildungsstaat, der im Zeitalter der napoleonischen Kriege zur Staatsräson Preußens wurde. Friedrich Wilhelm IV. machte sich 1841 die Bildungsideen der Weimarer Klassik und der Brüder Humboldt in seinem berühmten Diktum „die ganze Spree-Insel hinter den Museen zu einer Freistätte für Kunst und Wissenschaft umzuschaffen" zu eigen.

Die SPK stellt zwar keine Ansprüche auf die Räumlichkeiten, kann sich aber eine „Einbeziehung bei der Nutzung der Bauakademie gut vorstellen". Sie möchte Schinkels Erbe in die Programmarbeit der neuen Bauakademie einbringen. Da die Stiftung über den gesamten künstlerischen Nachlass Schinkels sowie umfängliche Archivalien und Schriftquellen zu seinem Leben und Wirken und noch dazu über eine bedeutende Architektursammlung verfügt, ist eine solche Partnerschaft aus Sicht Parzingers „äußerst lohnenswert". Er begrüßt es, wenn die Bauakademie ein Ort wird, an dem „über Bauen und die Stadtentwicklung der Zukunft" nachgedacht wird. Ihm ist aber auch wichtig: „Aber das lässt sich nicht ohne Geschichte tun. Es ist schon wichtig, Bezüge zwischen der Bauakademie, der Museumsinsel und dem neuen Humboldt-Forum im Berliner Schloss herzustellen." Vorstellbar sind für ihn Kooperationen und Sonderausstellungen mit den architekturgeschichtlich bedeutenden Sammlungen Berlins in der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin, der Technischen Universität oder der Berlinischen Galerie.

So könnte die wiedererrichtete Bauakademie mit der Museumsinsel und dem Humboldt-Forum schon in wenigen Jahren die neue Mitte Berlins maßgeblich prägen und als kulturelles Schaufenster eine Visitenkarte der Hauptstadt sein. *J.H./SPK*

Wohnungspolitik à la DDR

Von Theo Maass

Am 14. April haben angeblich 15 000 Menschen in Berlin gegen steigende Mieten demonstriert. Das „Neue Deutschland" (früher SED-Zentralorgan) jubelte über eine neue soziale Bewegung. Gleichzeitig profiliert sich Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) als Bauverhinderungsministerin. Von ihren Versprechungen, den Neubau von günstigen Wohnungen in Schwung zu bringen, bleibt in der Realität wenig übrig.

Stattdessen versucht die Genossin, von ihren Fehlleistungen abzulenken. Sie sorgt sich um Mietsteigerungen, propagiert sogar Enteignungen und jubelt die Vermietung von Wohnungen an Feriengäste zur „Staatsaffäre" hoch. Die 1962 im Ostteil Berlins geborene Bausenatorin ist 1981 in die SED eingetreten, die sich heute „Die Linke" nennt.

Gewiss kann man nicht jedem Linkspartei-Funktionär, der einst in der SED war, pauschal unterstellen, er (oder sie) habe seit 1989 nichts dazu gelernt. Die Ergebnisse von Lompschers Tätigkeit erinnern jedoch fatal an die Verhältnisse in der DDR. Wenn ihr Parteigenosse Michael Nelken in der Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses „Spekulanten" für die Wohnungsnot verantwortlich macht, versucht er mit Dummenfang seine Partei zu popularisieren.

Spekulation ist nämlich zwecklos, wo es Überfluss gibt. Wenn Lompscher beispielsweise in Berlin-Spandau dem Bezirk die Entscheidungskompetenz für Bauvorhaben entzieht, weil nicht genug Sozialbauwohnungen vorgesehen seien, ist das fast schon Sabotage. Selbst Lieschen Müller weiß, dass bei Bezug einer neuen Wohnung für „Besserverdienende" eine andere Wohnung frei wird.

Aber das übersteigt offenbar Lompschers Horizont. Stattdessen jagt die Bausenatorin nun Eigentümer von Häusern, die diese verfallen lassen. Die hoffen offenbar darauf, dass die Mieter – die offenbar wenig Miete bezahlen – ausziehen, damit nach einer aufwendigen Modernisierung mehr Geld verlangt werden kann – ja was denn sonst?

Aber Berlin muss Lompscher mindestens bis 2021 noch als Bauverhinderungssenatorin ertragen – es sei denn, der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) feuert seinen Hauptklotz am politischen Bein. Aber das wird er wegen der Gefahr von Neuwahlen nicht wagen. Denn die SED-Nachfolger könnten dann Rot-Rot-Grün platzen lassen. Schon Karl Eduard von Schnitzler sagte klar heraus: „... und deswegen verstehen wir in der Machtfrage keinen Spaß." Im Ostteil der Stadt kennt man das ja noch, nun haben aber auch die West-Berliner Gelegenheit, etwas DDR kennen zu lernen. Viel Spaß dabei.

Grütters angeschlagen

Stühlerücken bei Berlins Christdemokraten

In der Berliner CDU sind die Machtverhältnisse – wieder einmal – in Bewegung geraten. Landeschefin Monika Grütters, bislang Sprecherin der Landesgruppe der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten und Beisitzerin im Fraktionsvorstand, wird künftig in der Bundestagsfraktion keine Führungsrolle mehr ausüben. Kolportiert wird, dass Jan-Marco Luczak, Kai Wegner und Thomas Heilmann hinter dieser Rochade stecken. Luczak übernimmt das Amt des Landesgruppensprechers, Heilmann Beisitzer im Fraktionsvorstand und Wegner als Vorsitzender des Ausschusses Bauen und Stadtentwicklung. Stellvertretender Landesgruppensprecher soll Klaus-Dieter Gröhler bleiben.

Zunächst war von einem Machtkampf die Rede. Nun heißt es, es herrsche „Übereinstimmung". Grütters hatte die gemeinsame Erklärung mit unterzeichnet. Die Landesgruppe stehe „geschlossen hinter ihrer Landesvorsitzenden", steht da zu lesen. Die Idee für die Postenneuverteilung soll vom Kreisvorsitzenden von Steglitz-Zehlendorf, Thomas Heilmann, gekommen sein, der das aber nicht bestätigen wollte. Grütters habe sich dann den Vorschlag „zu eigen gemacht". Dabei geht es nicht nur um die Posten in der Bundestagsfraktion, sondern auch um Machtoptionen auf Landesebene und die Entscheidung, wen die Berliner CDU künftig ins EU-Parlament schicken will.

> Von rot-rot-grünen Pannen hat die CDU kaum profitiert

Zwar hatte Grütters jüngst im „Tagesspiegel" erklärt, sie „brenne für Berlin", aber vom jämmerlichen Erscheinungsbild des rot-rot-grünen Senats konnte die CDU nur geringfügig profitieren. Kritiker bemängeln, Grütters bringe sich landespolitisch zu wenig ein. Zudem hätte nach den aktuellen Umfragen eine bürgerliche Koalition aus CDU, AfD und FDP keine Mehrheit, und eine „Große Koalition" auch nicht.

Die linke „Taz" vermutet, dass auch der CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Florian Graf, mit Abwahl rechnen muss. Hinter den Bemühungen stehe der umtriebige und als intrigant kritisierte Ex-Sozialsenator Mario Czaja. Während es in der Berliner CDU „spannend" bleibt, bieten AfD und FDP ein Bild der Geschlossenheit. Ob sich Grütters darüber freuen kann, dass Luczak sie als Spitzenkandidatin für die 2021 anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ins Gespräch brachte („Wenn Monika Grütters sagt, sie will Spitzenkandidatin in Berlin werden, dann wird sie das auch"), darf bezweifelt werden. *Frank Bücker*

Bunte Banden

Berlins Gangsterszene ist sehr international

Der Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses beschäftigte sich dieser Tage mit der Kriminalität in der Stadt. Zwangsprostitution und Bandenbildung waren dabei von besonderem Interesse.

Zwangsprostitution (vornehm mit „Nachtleben" umschrieben) macht bei den Ermittlungen des Landeskriminalamtes (LKA) nun einen respektablen Anteil von 16 Prozent aus. Von den 30 bekannten Banden in Berlin bestehen 14 aus „deutschen Staatsangehörigen". Erstaunlicherweise heißt es dann aber im LKA-Bericht – politisch nicht korrekt – davon seien 13 arabische Clans – also eingebürgerte Neubürger.

> Deutsch ist oft kaum mehr als der Pass

Hinter den vier russischen Banden verbergen sich laut dem Bericht Tschetschenen. Sie seien vornehmlich „Vollstreckungsarm" einer kriminellen Rockergruppe wie die „Guerilla Nation". Innenstaatssekretär Torsten Akmann (SPD) musste einräumen: „OK (Organisierte Kriminalität) ist weiterhin eine Bedrohung für die Sicherheitslage Berlins und Deutschlands".

Die italienische Mafia spielt in Berlin seit 2014 kaum noch eine Rolle. Auffällig ist die Beteiligung von acht bulgarischen Banden. Ob sich hinter den Bulgaren Zigeuner verbergen, ließ sich aus dem Bericht nicht entnehmen. Sechs türkische Banden werden für 20 Prozent der Fälle verantwortlich gemacht. Der Anteil von Eigentumsdelikten (30 Prozent) und Drogenhandel (22 Prozent) liegt noch vor dem Kriminalitätsanteil des „Nachtlebens". Das LKA hofft auf eine Zusammenarbeit mit Europol und den Einsatz von verdeckten Ermittlern, sogenannten „V-Leuten". *F.B.*

»Iuventa« bleibt beschlagnahmt

Italiens höchstes Gericht, der Oberste Kassationsgerichtshof in Rom, hat die Freigabe des Schiffs „Iuventa" der Organisation „Jugend Rettet" abgelehnt. Wie eine Sprecherin der Berliner Nichtregierungsorganisation mitteilte, bestätigte das Gericht eine vorinstanzliche Entscheidung zur Beschlagnahme des Schiffes. Eine Revision der Entscheidung des Kassationsgerichtshofs ist nicht zugelassen. Italiens Behörden hatten die „Iuventa" im August 2017 im Hafen von Lampedusa durchsucht und beschlagnahmt. Italienische Staatsanwälte werfen der Organisation „Jugend Rettet" vor, sie habe bei Rettungsaktionen im Bereich der nordafrikanischen Küste Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt geleistet und mit libyschen Schlepperbanden kooperiert. Die Beschlagnahmung des Schiffes hatte in Deutschland seinerzeit hohen Wellen geschlagen. Nach eigenen Angaben konzentriert sich „Jugend Rettet" seit der Beschlagnahme des Schiffes auf die politische Arbeit. *N.H.*

MELDUNGEN

Letztes Ende des Roten Oktober

Bischkek – Kirgisistan war bisher das letzte Land der Welt, das den Tag der Oktoberrevolution ganz in sowjetischer Tradition als staatlichen Feiertag beging. Irgendwie hatte man vergessen, diesen wahrlich obsoleten Brauch abzuschaffen. Kurz vor dem 100. Jahrestag des Roten Oktobers wurde diese Absurdität auch den Lenkern des innerasiatischen Turkstaates bewusst und die den Russen selbst inzwischen lange verhasste Zeremonie durch einen Präsidialerlass abgeschafft. Der 7. und der 8. November werden fortan von den Kirgisen als „Tage der Geschichte und der Erinnerung an die Vorfahren“ begangen. *T.W.W.*

Besseres Deutsch per Gesetz

Wien – Der österreichische Ministerrat hat einen Gesetzentwurf beschlossen, nach dem Volksschüler, die besondere Schwächen in Deutsch aufweisen, ein separates Sprachtraining erhalten. Das heißt, ein Drittel der Unterrichtszeit nehmen sie am gemeinsamen Unterricht in weniger sprachintensiven Fächern, wie zum Beispiel Musik, Werken und Turnen teil. Zwei Drittel verbringen sie in eigenen Deutsch-Förderklassen. In der Volksschule sind dies bis zu 15, in der sogenannten Neuen Mittelschule, also der Schule der 10- bis 14-Jährigen, bis zu 20 Wochenstunden. Das Gesetz soll noch vor dem Sommer beschlossen und bereits mit Beginn des Schuljahres im Herbst in die Praxis umgesetzt werden. Ein Viertel der Schüler in Österreich spricht eine andere Umgangssprache als Deutsch. In Wien beträgt der Anteil bereits 50 Prozent. Die mangelnden Deutschkenntnisse führen dazu, dass sich Zuwanderer besonders schwer tun, einen passenden Arbeitsplatz zu finden. *J.H.*

Erdogans Überraschungscoup

Warum der türkische Präsident sich für vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen entschied

Am 24. Juni und damit schon anderthalb Jahre vor Ablauf der Legislaturperiode lässt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan vorgezogene Neuwahlen zum Parlament und für das Präsidentenamt abhalten. Was sind seine Motive?

Einen Tag nach dem vernichtenden EU-Bericht zum rechtsstaatlichen Zustand und dem Stand den EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei hat dessen Präsident Recep Tayyip Erdogan vorgezogene Neuwahlen zum Parlament und für das Präsidentenamt für Parlament und Präsidentschaft bekanntgegeben. Am 24. Juni und damit anderthalb Jahre vor Ablauf der Legislaturperiode sollen die Wähler ihr Votum abgeben. Es werden die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Verfassungsreform sein, die zukünftigen Präsidenten erweiterte Befugnisse verleiht.

Im April 2017 hatte ein Verfassungsreferendum, das vom Regierungslager knapp gewonnen wurde, das parlamentarische in ein Präsidialsystem verwandelt. Die im Referendum beschlossenen Verfassungsänderungen geben dem nächsten Präsidenten neue Befugnisse, wie die Ernennung von Vizepräsidenten, Ministern, hochrangigen Beamten und Richtern. Sie erlauben dem Präsidenten auch, das Parlament aufzulösen, Exekutivdekrete zu erlassen und den Ausnahmezustand zu verhängen. Das Amt des Premierministers wird abgeschafft. Alle Macht wird dann in den Händen des Präsidenten liegen.

Erdogan, der außer Staats- auch Parteichef der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ist, betonte in seiner Ankündigung die Notwendigkeit, zu einem für die Türkei entscheidenden Zeitpunkt einen Exekutivpräsidenten zu haben. „Die Entwicklungen in Syrien und anderswo haben es entscheidend gemacht, auf das neue Exekutivsystem umzusteigen, damit wir die Zukunft unseres Landes stärker vorantreiben können“, fügte er nach seinem Treffen mit seinem Verbündeten Devlet Bahçeli hinzu, der die Nationalistische Bewegung (MHP) leitet. Ende Januar begannen türkische Streitkräfte und islamische Kämpfer eine Militäroperation auf die nordsyrische Stadt Afrin, um die von den USA unterstützten kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) zu vertreiben. Diese Miliz hatte zuvor den USA geholfen, ar-Raqqa, das Hauptquartier des Islamischen Staates (IS) zu erobern und dessen Kämpfer in die Wüste zu treiben. Erdogan hatte dabei nur zugesehen, benutzte allerdings die Terrorismuskeule um alle seine innen- und außenpolitischen Gegner zu brandmarken und ins Gefängnis zu schicken.

Nach der Bekanntgabe des vorgezogenen Wahltermins erholten sich sowohl die türkische Lira, die sich zuletzt in einem rasanten Abwärtstrend befand, als auch die türkischen Aktienmärkte. Erdogan, der seit über eineinhalb Jahrzehnten als Premierminister oder Präsident an der Macht ist, hat den wirtschaftlichen Übergang der Türkei zu einer aufstrebenden Industrienation in die Wege geleitet und damit für eine gewisse Stabilität gesorgt, die für die Wirtschaft entscheidend ist. Allerdings hatte er auch für eine politische Einmischung in die Währungspolitik gesorgt, was zwar das Wirtschaftswachstum angekurbelt, aber auch die Lira weiter in den Sinkflug getrieben hat. Im Jahr 2001, ein Jahr bevor er Ministerpräsident wurde, lag die Inflationsrate der Türkei bei 70 Prozent. Letztes Jahr lag sie bei zwölf Prozent.

Mehrere Analysten beschrieben die Entscheidung von Erdogan und Bahceli, die Wahlen vorzuziehen, als einen Schritt, die Gunst der Stunde auszunutzen. Wirtschaftliche Sorgen und der Krieg in Syrien könnten die Volksmeinung schnell wieder kippen lassen. Kein anderer Politiker kann Erdogan so gefährlich werden wie sein ehemaliger Mitstreiter Abdullah Gül. Dieser ehemals enge Weggefährte und ehemalige Staatspräsident wurde vor einigen Jahren von Erdogan ausrangiert und könnte sich nun rächen. Meral Aksener, die Chefin der neuen nationalkonservativ bis nationalistisch, laizistisch-kemalistisch ausgerichteten Iyi Parti (Gute Partei), wird von den Kurden abgelehnt, könnte aber in der konservativen Stammwählerschaft der AKP wildern. Der charismatische Chef der kurdenfreundlichen HDP (Demokratische Partei der Völker), Selahattin Demirtas, sitzt im Gefängnis. Kemal Kilicdaroglu, der Chef der sozialdemokratischen und kemalistischen Partei CHP (Republikanische Volkspartei), nominell der Oppositionsführer, ist farblos. Weder Aksener noch Kilicdaroglu könnten alle Erdogan-kritischen Wähler hinter sich vereinen, das könnte nur Gül. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die potenziellen ernsthaften Rivalen im Nachteil, weil ihnen in zwei Monaten nicht genug Zeit bleiben wird, um sich gegen Erdogan zu positionieren.

Etwas Positives hat der kurzfristige Wahltermin für den gesellschaftlichen Frieden in der Bundesrepublik. Er verhindert nämlich, dass Erdogan im Wahlkampf wieder nach Deutschland kommt, denn die Anmeldepflicht für Wahlkampfauftritte beträgt hierzulande derzeit drei Monate. *Bodo Bost*



Informiert die Presse über die vorgezogenen Wahlen: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Bild: Imago

»Marsch der Rückkehr«

Etwa 30 Tote an der Grenze zwischen Israel und dem Gazastreifen

Seit dem 30. März kommt es an jedem Freitag zu gewaltsamen Massenprotesten innerhalb des Gazastreifens gegen Israel, bei denen Palästinenser gewaltsam versuchen, über die Grenze nach Israel einzudringen. Bereits etwa 30 Palästinenser haben dabei ihr Leben verloren. Die Proteste sollen noch bis zum 15. Mai fortdauern, wenn Israel den 70. Jahrestag der Ausrufung des jüdischen Staates feiert. Das Eindringen über die Grenze soll sozusagen der erste Schritt zur Rückkehr nach Palästina werden, denn im Gazastreifen, einer der dichtestbesiedelten Regionen der Erde, leben besonders viele Nachkommen von Palästinaflüchtlingen. Die Hamasführer Ismail Haniyeh und Yehya Sinwar, die sich am 30. März den Massenprotesten entlang der Grenze zu Israel anschlossen, machten sich nicht die Mühe, das wahre Ziel hinter dem „Marsch der Rückkehr“ zu verbergen – Israel zu vernichten.

Die beiden Hamasführer sagten den Demonstranten, die Demonstrationen markierten den Beginn einer „neuen Phase im nationalen Kampf der Palästinenser auf dem Weg zur Befreiung ganz Palästinas, vom Fluss bis zum Meer“. Haniyeh und Sinwar machten außerdem deutlich, dass der „Marsch der Rückkehr“ ein anderes Ziel hatte: alle Versuche der Araber zu durchkreuzen, Frieden zu schließen oder ihr Verhältnis zu Israel zu normalisieren. Denn in den letzten Wochen gab es erstmals Anzeichen, dass einige gemäßigte Araberführer aus der Golfregion bereit sind, mit Israel ihren Frieden zu machen. Erstmals hat Saudi-Arabien der israelischen Fluggesellschaft El Al erlaubt, das Land, das Ort der islamischen Heiligtümer ist, bei Flügen nach Indien zu überfliegen.

> Palästinaflüchtlinge wollen in ihre Heimat zurück

Die eigentliche Blockade des Gazastreifens erfolgt durch Ägypten, nicht durch Israel, weil das Sisi-Regime befürchtet, dass die Hamas den Aufstand der radikalen Moslems im Sinai unterstützt. Seit Beginn dieses Jahres haben die Ägypter den Grenzübergang nur unregelmäßig und immer nur für zwei oder drei Tage geöffnet. Die Grenze zwischen Israel und dem Gazastreifen hingegen war mehr als 280 Tage im Jahre geöffnet. Der „Marsch der Rückkehr“ hat nichts mit irgendwelchen Grenzschließungen zu tun. Israel erlaubt Palästinensern, den Gazastreifen über den Grenzübergang Erez zu betreten und zu verlassen. Im vergangenen Monat betrat der Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde den Gazastreifen über den Grenzübergang Erez und musste erleben, dass sein Konvoi zum Ziel einer Sprengbombe am Straßenrand wurde, kaum, dass er sich im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen befand. Israel gestattet auch Ausländern, den Gazastreifen über den Grenzübergang zu betreten. Dazu gehören Journalisten, Diplomaten und Hunderte Ausländer, die für verschiedene internationale Hilfsagenturen arbeiten, darunter auch die Vereinten Nationen. Vor einigen Wochen wurde dort ein Mitarbeiter der französischen Botschaft verhaftet, der versuchte, Waffen ins Westjordanland zu schmuggeln.

Die Führer von Hamas, Islamischem Dschihad in Palästina und der anderen Gruppen, welche die Massenproteste organisiert haben, beklagen nun die hohe Zahl der Toten und beschuldigen Israel, das Feuer auf „unbewaffnete und friedliche“ Demonstranten eröffnet zu haben. Dieselben Führer hatten ihr Volk gedrängt, zur Grenze mit Israel zu marschieren und zu versuchen, gewaltsam nach Israel einzudringen. *B.B.*

Steinmeier à la Italia

Italiens Präsident will eine Regierung mit den Sozialdemokraten

Rund acht Wochen sind die Wahlen in Italien schon vorbei und noch immer ist keine Regierung in Sicht. Seit einigen Tagen beraten nun die Vertreter der Fünf-Sterne-Bewegung und der eigentlich abgewählten Sozialdemokraten. Diese hatten nach ihrer verheerenden Niederlage bei den Parlamentswahlen ursprünglich angekündigt, sich in die Opposition zurückziehen zu wollen. Nun kam es doch noch zur Kehrtwende. Der geschäftsführende PD-Vorsitzende Maurizio Martina sagte nach einem ersten Treffen mit dem M5S-Politiker Roberto Fico, ein solches Bündnis könnte zustandekommen. Voraussetzung sei allerdings, dass die Fünf-Sterne-Bewegung jeglichen Versuch einer Einigung mit der rechten Lega beende. Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella hatte Parlamentspräsident Fico zu Beginn der vergangenen Woche damit beauftragt, die Möglichkeit einer Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und PD zu sondieren.



Sergio Mattarella Bild: Imago

Das Mitte-Rechts-Lager mit der „Lega“ von Matteo Salvini, der „Forza Italia" von Silvio Berlusconi und den nationalkonservativen „Brüder Italiens“ kann für sich zwar in Anspruch nehmen, nach der Wahl die stärkste Koalition zu sein. Zur Mehrheit reicht es mit um die 37 Prozent zwar nicht. Salvini hatte dennoch in mehreren Gesprächen erklärt, er strebe in einer möglichen Regierung mit den M5S den Posten des Regierungschefs an.

Die „Fünf Sterne“ hatten der Lega ein Gesprächsangebot unterbreitet, die es aber nicht annahm, weil in diesen Modell der „Chefsessel“ für deren Spitzenkandidaten Luigi Di Maio vorgesehen war. „Für mich endet hier jede Diskussion mit der Lega“, sagte Di Maio nach der brüsken Absage durch Salvini. Auf Druck Mattarellas setzen sich die Sozialdemokraten nun doch wieder an den Verhandlungstisch. Auf Grund der wirtschaftlichen Situation Italiens und des Drucks, der von Seiten der Europäischen Union erzeugt wird, fordern zahlreiche Medien, beide Parteien müssten aus „nationaler Verantwortung“ eine Regierung bilden.

Eine solche Koalition hätte im Parlament allerdings nur eine knappe Mehrheit. Die M5S-Spitze teilte unterdessen mit, dass die Mitglieder über eine mögliche Koalition mit den Sozialdemokra-ten abstimmen werden. Ob danach eine stabile Regierung gebildet werden kann, ist allerdings auch noch nicht sicher. Im italienischen Parlament sind Fraktionswechsel an der Tagesordnung. Sollten die Beratungen scheitern, müsse es eine Neuwahl geben, sagte Di Maio: „Wir müssten dann darauf hoffen,

> Dabei wollte die PD nach der Niederlage in die Opposition

dass uns der Wähler ein klares Mandat erteilt. Aktuelle Umfragen beflügeln diese Hoffnung aber nicht. In der vergangenen Woche lagen die „Fünf Sterne“ mit 33 Prozent in etwa bei ihrem Ergebnis der März-Wahl. Die Lega könnte leichte Zugewinne verbuchen. Zwischen den drei Lagern wären bei Neuwahlen allerdings keine entscheidenden Verschiebungen zu erwarten. Die Tageszeitung „Il Tempo“ sieht bereits eine „dauerhafte Unregierbarkeit“ gekommen. *Peter Entinger*

»Die Hochstimmung verfliegt«

Die Konjunktur in Deutschland scheint auf hohem Niveau zu schwächeln

Jahrelang segelte die deutsche Wirtschaft auf einer Euphoriewelle. Doch nun meldet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in seinem aktuellen Report: „Die Hochstimmung in den deutschen Chefetagen verfliegt.“ Der Ifo-Geschäftsklimaindex Deutschland ist von 103,3 Punkten im März auf 102,1 Punkte im April gesunken. Der Indikator zur aktuellen Lage und die Erwartungen seien gesunken. Die deutsche Wirtschaft nehme Tempo raus.

Schon seit fast 70 Jahren macht das Ifo-Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München regelmäßig Konjunkturumfragen. Für die aktuelle Ausgabe des Geschäftsreports wurden rund 9000 Manager befragt. Demnach beurteilten die Manager sowohl ihre Geschäftslage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate weniger optimistisch als zuletzt. Ifo-Präsident Clemens Fuest warnte allerdings vor Panikmache. „Wir sind weit entfernt von einer Rezession.“ Es sei vielmehr eine Normalisierung.

Im verarbeitenden Gewerbe verschlechterte sich das Geschäftsklima. Die Erwartungen lagen auf dem niedrigsten Wert seit August 2016. Auch bei den Dienstleistern und im Handel trübte sich die Stimmung ein. Am Bau hingegen stieg der Index auf ein Rekordhoch. Die Baufirmen korrigierten ihre Erwartungen merklich nach oben, während sie ihre aktuelle Lage nahezu unverändert einschätzen, heißt es in einer Mitteilung.

Wenn die deutschen Unternehmen ihre Lage auch weiterhin sehr positiv einschätzen, so gibt es doch auch mahnende Stimmen. „Der erneute Indexrückgang ist ein klares konjunkturelles Wendesignal. Dieses stellt die Fortsetzung des Aufschwungs zwar nicht infrage. Dass die Bäume aber nicht in den Himmel wachsen, haben gleich mehrere Konjunkturdaten im ersten Quartal gezeigt. Der Stimmungszenit ist überschritten, und der Wachstumshöhepunkt auch“, erklärte Alexander Krüger, Chefvolkswirt des Bankhauses Lampe gegenüber dem Nachrichtensender NTV.

Der monatlich erstellte Geschäftsklimaindex des Münchner Instituts wird an den Finanzmärkten aufmerksam verfolgt, gilt er doch als wichtigster Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Seit April wird seine Berechnung auf eine breitere Grundlage gestellt. Neuerdings werden neben dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und der Bauwirtschaft auch die Dienstleister von dem monatlichen Stimmungsbarometer für Europas größte Volkswirtschaft berücksichtigt. Als Vergleichsjahr wird zudem 2015 statt wie bisher 2005 zugrunde gelegt. Ferner werden die Antworten der befragten Unternehmen anders zusammengerechnet.

„Das Ifo-Geschäftsklima befindet sich formal auf einem Abwärtstrend, doch damit ist weder klar, wie lange dieser anhält, noch wie tief es bergab geht“, sagte der Ökonom Andreas Scheuerle von der Dekabank gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. „Zwar ging jeder Rezession ein Abwärtstrend des Ifo-Geschäftsklimas voraus, aber nicht jeder Abwärtstrend endete in einer Rezession.“ Scheuerle interpretiert diese Entwicklung der Unternehmensstimmung als eine Renaissance des Realismus nach deutlichen Übertreibungen und bleibt daher gelassen: „Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind trotz der Konjunkturdelle zu Jahresbeginn weiterhin robust.“

Der Fondsmanager Thomas Altmann von der Investmentbank QC-Partners erklärte allerdings gegenüber NTV, die vorliegenden Zahlen seien durchaus ein Signal zur Skepsis. Ein ermutigendes Konjunktursignal sehe anders aus. Der aktuelle Aufschwung sei definitiv in der späten Phase angekommen: „Der konjunkturelle Höhepunkt dürfte erreicht oder bereits überschritten sein. Der noch immer drohende Handelskonflikt zwischen den USA und China stimmt die Firmenchefs deutlich skeptischer.“

Ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser hatte bei der Vorlage des Frühjahrsgutachtens in Berlin in der vergangenen Woche ebenfalls vor Risiken der Handelsauseinandersetzungen gewarnt. Zwar gehe der Boom noch ein bisschen weiter, allerdings werde die Luft dünner, da die noch verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten knapper würden. Eine Gefahr der „Überhitzung“ – also eines Kippens der wirtschaftlichen Entwicklung – sei aktuelle noch nicht zu befürchten. „Die Inflationsrate steigt zwar, aber moderat“, sagte Wollmershäuser: „Allerdings wird viel auch von der außenpolitischen Entwicklung abhängen.“

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) teilt in seinem aktuellen Stimmungsbarometer diese Einschätzung. „Der Rückgang der Erwartungen ist vor allem auf den internationalen Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten sowie die aktuelle Situation im Syrienkrieg zurückzuführen“, sagte ZEW-Präsident Armin Wambach dem Portal Businessinsider. Die deutlichen Rückgänge bei Produktion, Exporten und Einzelhandelsumsätzen in Deutschland im ersten Quartal 2018 hätten sich ebenfalls negativ auf die erwartete zukünftige Konjunkturentwicklung ausgewirkt.

Vertreter der Wirtschaftsverbände erklärten allerdings, dass die generell noch gute Lage auch durch innenpolitische Hemmnisse gebremst werden könne. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Joachim Lang, sagte der Wochenzeitung „Die Zeit“, trotz aktuell guter Zahlen machten „Wachstumsbremsen“ den Firmen zu schaffen. Dazu zählten neben dem Fachkräftemangel auch ein schleppender Breitbandausbau sowie ausbleibende Anreize für private Investitionen.

Peter Entinger



Eine erfreuliche Ausnahme bildet die Baubranche, in der die Unternehmen auch im April ihre Lage als unverändert gut einschätzten und ihre Erwartungen merklich nach oben korrigiert haben: Großbaustelle für neue Eigentums- und Sozialwohnungen in Freiburg

Bild: Imago

MELDUNGEN

EU erlässt neue Bio-Vorschriften

Brüssel – Das EU-Parlament hat mit großer Mehrheit die Neufassung der EU-Verordnung über den Biolandbau verabschiedet. Durch die Verschärfung der Qualitätskriterien soll sichergestellt werden, dass „in der EU nur hochwertige Bioprodukte verkauft werden“. Dazu gehören strenge, „risikobasierte“ Kontrollen über die gesamte Lieferkette genauso wie die Sicherstellung, dass alle Einfuhren den EU-Normen entsprechen. Außerdem sollen Bioprodukte in der EU gezielt gefördert werden, indem das Angebot an Saatgut aus ökologischer Produktion verbessert wird und bisher gemischte landwirtschaftliche Betriebe neue Anreize bekommen, um ganz auf Ökolandbau umzustellen. *J.H.*





Positive Berufsbildungsbilanz

Berlin – Die Zahl der 2017 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge beträgt gut 520 000 und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen, heißt es im Berufsbildungsbericht 2018. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage liegt bei 104,6 beziehungsweise 94,8. 100 Ausbildungssuchenden stehen also knapp 105 Ausbildungsangebote gegenüber. Zugleich ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze erneut auf knapp 49 000 gestiegen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.946.265.306.987 €
Vorwoche: 1.964.284.363.101 €

Verschuldung pro Kopf:
27.723 €
Vorwoche: 23.723 €

(Montag, 30. April 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Folgen der Verwandtenehe werden tabuisiert

Von Peter Entinger

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Anfrage gestellt, die sich mit der Anzahl von behinderten Kindern, die aus einer Ehe unter Verwandten hervorgegangen sind, beschäftigt, und damit eine Welle der Empörung ausgelöst. Dabei existiert das Problem tatsächlich.

So gibt es seit Jahren mehrere, allerdings meist englischsprachige wissenschaftliche Studien, die belegen, dass Inzestkinder mit höherer Wahrscheinlichkeit an schweren angeborenen Krankheiten leiden als Kinder von nicht verwandten Eltern. Und: „Viele Kinder mit Erbkrankheiten stammen aus Verwandtenehen. Die sind bei Einwanderern Tradition“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“).

Bei den ägyptischen Pharaonen war die Geschwisterehe die Norm, weil „Gottgleiche“ nur unter ihresgleichen heiraten sollten. Diese Traditionslinie soll es in einigen Kulturkreisen bis heute geben. Die Sozialwissenschaftlerin Yasemin Yadigaroglu ist dem Thema nachgegangen und hat ihre Erfahrungen dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) geschildert. „Ich habe in einem Kindergarten gearbeitet und habe feststellen müssen, leider feststellen müssen, dass sehr viele Kinder, Migrantenkinder, von bestimmten Krankheiten betroffen sind. Sei es Mukoviszidose oder Bronchitis. Und sehr auffallend war, dass wirklich deutsche Kinder diese Krankheiten nicht hatten.“ Später sei sie der Sache auf den Grund gegangen und habe dabei feststellen müssen, „dass die Eltern halt den Cousin und die Cousine geheiratet haben und dass die Kinder daraufhin diese Krankheiten haben“.

Selbst die linksalternative „Taz“ berichtete vor einiger Zeit aus einer britischen Studie, die zu dem Schluss kam, „dass 60 Prozent der Todesfälle und schweren Erkrankungen bei Kindern verhindert werden könnten, wenn die Inzucht beendet werde“.

> Wer das Thema anspricht, den trifft die Faschismuskeule

In der Bundesrepublik hängt die Legalität einer Ehe zwischen Verwandten vom Grad der Beziehung ab. Cousin und Cousine beispielsweise dürfen heiraten. In einigen Adelsfamilie sei dies noch gang und gäbe, sagen Experten.

Wirklich mit dem Thema auseinandersetzen will sich offenbar niemand. Die ehemalige Bundestagsabgeordnete und frühere Gesundheitsexpertin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stefanie Vogelsang forderte bereits vor fünf Jahren: „Wir müssen das Thema Verwandtenehe endlich offen, aber auch sensibel angehen. Wenn Cousin und Cousine heiraten, wissen sie oft nicht, worauf sie sich einlassen.“ Sie plädierte daher für mehr Aufklärung über Verwandtenehen. Wüssten türkische, aber auch libanesische oder irakische Familien mehr über die gesundheitlichen Risiken, meint die CDU-Politikerin, würden sie vielleicht weniger darauf beharren, dass ihre Kinder Verwandte heiraten. Resonanz auf ihren Vorstoß fand sie damals nicht. Aus Immigrantenkreisen schlug ihr Hass entgegen, und als sie dann in ihrer Berliner Heimat noch vor No-Go-Areas warnte, galt sie als „Rechtsaußen“. 2013 schaffte sie es nicht mehr auf einen Listenplatz.

Eine ähnliche Erfahrung macht nun die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst, die für den Antrag ihrer Fraktion verantwortlich zeichnet. Die vierfache Mutter hat selbst einen behinderten Sohn. Dennoch wurde ihr die Thematisierung der Verwandtenehe als NS-Ideologie ausgelegt. In einer großen Anzeige in der „FAZ“ distanzierten sich Sozialverbände vehement von der AfD. „Wir rufen die Bevölkerung auf, wachsam zu sein und sich entschlossen gegen diese unerträgliche Menschen- und Lebensfeindlichkeit zu stellen“, heißt es in der Anzeige von 18 Organisationen. Die AfD-Parlamentarierin reagierte entsetzt: „Die politische Instrumentalisierung von Behinderten für den offensichtlich parteipolitisch motivierten Kampf gegen die AfD durch mehrere Sozialverbände ist unerträglich. Dass mir als Mutter eines behinderten Sohnes zudem ernsthaft unterstellt wird, ich würde behinderten Menschen das Lebensrecht absprechen, macht mich fassungslos.“ Die von den Sozialverbänden in der Anzeige aufgestellte Behauptung, dass ein „Zusammenhang von Inzucht, behinderten Kindern und Migrantinnen und Migranten“ abwegig sei, halte keiner Überprüfung stand. Es sei wissenschaftlich mehrfach nachgewiesen worden, dass Kinder von verwandten Eltern mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit mit einer Behinderung zur Welt kommen. *Peter Entinger*

Im Glashaus

Von Hermann Paul Winter

Sawsan Chebli, Staatssekretärin der Berliner Senatskanzlei, gilt in der SPD als Beispiel für „gelungene“ Integration. Ihr Vater, ein Palästinenser, wurde dreimal aus Deutschland ausgewiesen, kam dreimal illegal zurück. Dennoch erhielt Chebli 1993 die deutsche Staatsbürgerschaft. Einige SPD-Granden förderten ihre politische Karriere tatkräftig. Vorläufiger Höhepunkt: 2014 machte Frank-Walter Steinmeier die praktizierende Moslemin zu einer Sprecherin im Außenamt.

Kürzlich griff sie Horst Seehofer in der Islamdebatte an: „Ich finde, wenn sich Seehofer auf seinen Job konzentrieren würde, dann hätte er genug zu tun.“ Chebli kommen die Debatten über die Unvereinbarkeit des Islam mit der Demokratie und über islamische Gewalttaten ungelegen. Sie steht für den konservativen Islam, den sie bei uns hoffähig machen will. Die Scharia stehe nicht im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz, ließ sie hören. Und: Das Kopftuch sei für sie religiöse Pflicht, wenngleich sie es um ihrer Karriere Willen nicht trage.

Chebli war schon als Sprecherin des Außenamts überfordert, wie auf vielen Pressekonferenzen sichtbar wurde. Vielleicht sollte gerade sie sich auf ihren Job konzentrieren statt Seehofer zu attackieren.



Der Mutter eines behinderten Sohnes wurde die Thematisierung der Verwandtenehe als NS-Ideologie ausgelegt: Die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst

Bild: Screenshot YouTube

Frei gedacht



Eine notwendige Diskussion

Von EVA HERMAN

Wir haben endlich eine Diskussion über die muslimische Judenverfolgung in Deutschland. Derzeit berichten nahezu sämtliche Systemmedien darüber. Das ist gut und richtig. In den Fernseh-Talkshows erleben wir ebenso zahlreiche Diskussionen zum Thema Judenhass in Deutschland. Linke, rote, blaue, schwarze Politiker debattieren, gemeinsam mit geschulten und zielorientierten Moderatoren, über die wachsende Judenverfolgung. Es wird festgestellt, dass mit Beginn der bedingungslosen Masseneinwanderung 2015 zahlreiche kulturell vorgeprägte Muslime, welche Israel als Bedrohung, als potentiellen Feind betrachten, diese verheerende Haltung auch in ihr neues Leben in Deutschland übertragen und Juden, wie übrigens auch Christen, nicht selten mit Hass und Gewalt verfolgen. Sicher, man kann musterhafte Prägungen schwer einfach abstreifen. Es ist eine hochgefährliche Situation geworden, welche die Bundesregierung mit der ungebremsten Einwanderung billigend in Kauf nahm. Denn dass sie von dieser Gefahr nichts gewusst haben wollte, sollten wir nicht unterstellen, hätte damit Kanzlerin Merkel & Co doch ihre völlige Unbedarftheit und Regierungsunfähigkeit klar unter Beweis gestellt.

Dass eine muslimische Masseneinwanderung für Deutschland gefährlich ist, zeigte schon der zehnte Kinder- und Jugendbericht von 1998. Dort nahm die Bundesregierung wörtlich Stellung: „So wie es Fremdenfeindlichkeit der Deutschen gibt, gibt es Deutschenfeindlichkeit bei Zugewanderten, nicht selten unterstützt und geschürt durch fundamentalistische Organisationen. Dazu zwei Klarstellungen: Auch wenn aufgrund der Literaturlage und der öffentlichen Diskussion sich die Beispiele auf die türkischen Zuwanderer richten, sind ähnliche Abwehrhaltungen und Distanzierungen von den ‘deutschen Vorstellungen’ auch bei einem Teil der anderen Zuwanderer vorhanden, bei den Arbeitsmigranten anderer Nationalität und den Flüchtlingen ebenso wie bei den Aussiedlern.“ Also, man wusste in Berlin vom Hass gegen die christlich-jüdische Glaubenskultur, dennoch fällte man die schicksalhafte Entscheidung zur Grenzöffnung.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

So weit, so schlecht. Schauen wir uns die TV-Diskussionen näher an, so haken die Gespräche meist an einem bestimmten Punkt, wo die Kontrahenten, vor allem die konservativ geprägten, unter Druck geraten. Einigen AfD-Politikern wird jetzt vorgeworfen, sie instrumentalisierten die neue Diskussion, um von den deutschen Gräueltaten während des Zweiten Weltkrieges abzulenken. Und in der Tat klingen die Argumente der Konservativen häufig nicht eindeutig. Sie tun sich schwer damit, über die Nazis zu sprechen, über deren verhängnisvolle Haltung gegenüber den Juden. Sie tun sich ebenso schwer, über die heutigen deutschen Extremisten zu sprechen. Dabei wäre eine eindeutige, präzise Haltung hilfreich und der Diskussion mehr als zuträglich: Kein Judenhass, von keiner Seite!

Was ist es also, was etliche AfD-Politiker daran hindert, öffentlich einzuräumen, dass heute existierende deutsche antisemitische Extremisten genauso zu verurteilen sind wie die muslimischen Judenverfolger. Dass man gegen diese ebenso hart vorgehen muss, wie man es auch gegen die muslimischen Judenverfolger tun müsste. Denn, noch einmal: Beide Seiten sind nicht akzeptabel. Keine Ethnie, kein Volk auf dieser Erde darf pauschal verurteilt werden. So natürlich auch nicht die in Deutschland friedlich lebenden Muslime, welche seit mehreren Generationen ihre Integrationsfähigkeit unter Beweis gestellt haben. Oder die Deutschen, die immer öfter unter Generalverdacht gestellt werden, also reflexartig als Nazis bezeichnet werden, wenn sie ihre Sorgen über zum Teil fatale Entwicklungen in Deutschland äußern.

Welcher schwere Schatten liegt über unserem Land? Gewiss, bestimmte Steuerungen sorgen dafür, dass der Deutsche seine Schuld, hierher geboren worden zu sein, niemals vergessen soll. So zeigen die Massenmedien durch stetig sich wiederholende Dokumentationen und Berichte über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte, dass deutsche Schuld offenbar niemals gesühnt werden kann. Es ist richtig, an die Geschichte zu erinnern, wie es ebenso wichtig ist, eine akkurate Aufarbeitung zuzulassen. Doch es wird zum Totschlagargument, welches eine Befreiung nicht erlaubt, wenn man reflexartig die Rassismuskeule zückt, um einen kritischen Gedanken des Gegenübers im Keim zu ersticken. Und natürlich muss man sich in diesem Zusammenhang auch fragen, warum die übrigen Europäer, Engländer, Franzosen, Italiener oder Spanier nicht ebenfalls regelmäßig zur Rechenschaft gezogen werden für ihre Gräueltaten im Laufe ihrer eigenen Geschichte.

Noch einmal zurück zu der offensichtlichen Unfähigkeit so mancher konservativ denkender Menschen wie auch etlicher AfD-Politiker, die heute in Deutschland lebenden wahren Rechtsextremisten genauso zu verurteilen für die unzulässige Judendiffamierung wie auch die muslimischen Hetzer. Es erscheint ja beinahe wie eine innere Sperre, die nur schwer durchbrochen werden kann, dies auszusprechen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Ich habe zu diesem Thema so meine eigenen Erfahrungen gemacht, die vielleicht eine sinnvolle Erklärung liefern könnten. Im Jahr 2006 geschah es zum ersten Mal, dass mir – damals noch als Tagesschausprecherin arbeitend – von den deutschen Systemmedien vorgeworfen wurde, ein Nazi zu sein. Das aber war ich ganz gewiss niemals gewesen, da ich immer eine ernsthafte Kritikerin des Hitler-Regimes war und keinesfalls mit irgendetwas einverstanden bin, was in dieser Zeit geschah. Jahrelang zählte ich zu den Unterstützern der Plattform „Laut gegen Nazis“ und habe zu diesem Thema niemals mit meiner Meinung hinterm Berg gehalten. Wer mich kannte, wusste das. Doch nun hatte ich plötzlich gegen die politische Korrektheit verstoßen, indem ich ein feminismuskritisches Buch veröffentlicht hatte. Es ist kein Geheimnis mehr, dass Kritiker des Regierungssystems inzwischen täglich als Nazis beschimpft werden. Diese Methode gehört stets zu den totalitären Mechanismen, welche geeignet sind, ein Volk zu unterdrücken. Als schließlich die NPD mich gar öffentlich lobte und die DVU mir ihre Solidarität kundtat, ging es mir richtig schlecht. Das war Beifall von der falschen Seite, das tat weh. Denn ich solidarisiere mich keinesfalls mit Judenhassern des Dritten Reiches. Mit diesen Leuten habe ich nichts zu tun.

Mal ganz ehrlich: Wer will sich denn mit den wirklichen Nazis identifizieren, welche einst das ganze Land umkrempelten, die mit Propaganda und Gesinnungsterror die Menschen in Angst und Schrecken versetzten, Juden wie ebenso die Nichtjuden. Das Hitler-Regime verfolgte die Juden, ermordete sie. Durften die Deutschen diesen Vorgang damals wirklich öffentlich kritisieren? Mitnichten, es war gefährlich. Ebenso, wie in der DDR das Regime nicht kritisiert werden durfte. Noch einmal: Das nennt man Totalitarismus, hierbei handelt es sich um Diktaturen.

Die Dogmen müssen aufgeweicht werden, in denen sich unsere moderne Gesellschaft verfangen hat. Neben einer dringenden Sachdiskussion, ohne die permanenten populistischen Methoden ALLER Parteien, sollten wir primär die schlampige Vokabelnutzung des gesamten Systems hinterfragen.

Hier war der Teufel los

Vor 325 Jahren entstand Leipzigs Oper – Ihr heutiger Säulenheiliger Richard Wagner wird im Mai mit Festtagen geehrt

Am 8. Mai 1693 wurde in Leipzig das erste feste Opernhaus eröffnet – nach Venedig und Hamburg das dritte bürgerliche Opernhaus der Welt.

Vor Kurzem hat das Auswärtige Amt bei der UNESCO beantragt, die „Deutsche Theater- und Orchesterlandschaft“ auf die Liste des immateriellen Kulturerbes zu setzen. „Deutschland hat“, so Ulrich Khuon, Präsident des Deutschen Bühnenvereins, „die reichste Theaterlandschaft der Welt. Etwa die Hälfte aller Opernhäuser auf der ganzen Welt ist in Deutschland situiert. Und was Schauspielhäuser angeht, gibt es eine ähnliche Dichte.“ Historisch resultiert dieses reiche Erbe aus der großen Zahl kleiner Staaten und Herzogtümer im 18. und 19. Jahrhundert, die damals mit Fleiß ihr eigenes Theater und Orchester gründeten.

Später baute ein selbstbewusstes Bürgertum diese Vielfalt und Dichte weiter aus. Leipzig war nie Residenzstadt, stets stadtbürgerlich geprägt und hatte – als Gegenmodell zur Dresdner Hofoper – von Anfang an eine Bürgeroper. Die Anfänge waren durchaus holprig. Am 8. Mai 1693 eröffnete der Dresdner Geiger und Hof-Vizekapellmeister Nikolaus Adam Strungk Leipzigs erstes festes Opernhaus am Brühl, heute Ritterpassage. Beim Bau wurde gepfuscht, sodass bereits im Februar 1720 der letzte Vorhang fiel.

Unter der Musikdirektion von Georg Philipp Telemann (1701–1705) erlebte die Oper dennoch ihre erste musikalische Glanzzeit. Telemann schrieb mehr als 20 Leipziger Opern, verfasste dabei die Texte selbst, spielte den Generalbass im Orchester oder sang selber Opernrollen. Bis 1718 können 17 seiner Opern für das Opernhaus am Brühl nachgewiesen werden. Erhalten ist allerdings nur die 1704 komponierte und 2007 rekonstruierte Oper „Germanicus“.



Bild: Kirsten Nijhof

Im Wagner-Fieber: Leipziger Oper schmückt sich zur Premiere der Wagner-Oper „Die Feen“

Als Bach 1723 nach Leipzig kam, gab es schon keine Oper mehr. Über 60 Jahre müssen sich die Leipziger vor allem mit Gastspielen italienischer Operntruppen und provisorischen Spielorten begnügen. In diese Zeit fiel am 6. Oktober 1752 die Premiere des Singspiels „Der Teufel ist los oder Die verwandelten Weiber“. Sie gilt als die Geburtsstunde des deutschen Singspiels. Um seine Truppe vor dem finanziellen Ruin zu retten, hatte Heinrich Gottfried Koch von Christian Felix Weiße Texte und vom Ballettgeiger Johann Georg Standfuß neue Melodien für das damals populäre englische Singspiel erbeten.

Ein Erfolgsrezept! Die Premiere der Neufassung „Die verwandelten Weiber“ am 28. Mai 1766 mit neu eingeschobenen Gesängen von Weiße und der Musik von Johann Adam Hiller, dem Begründer der Gewandhauskonzerte und späteren Thomaskantor, gilt als Höhepunkt der deutschen und internationalen Musiktheatergeschichte. Das Singspiel erlebte in Leipzig seine Blütezeit.

Mit der Eröffnung des Komödienhauses auf der Ranstädter Bastey, heute Richard-Wagner-Platz, bekam Leipzig 1766 wieder ein Opernhaus. 1877 umgebaut, wurde es als „Theater der Stadt Leipzig“ neu eröffnet. Seitdem erhielten alle Musiker und Ensemblemitglieder erstmals ein festes Gehalt. Es entstand sogar ein erster Profichor aus 20 Sängerinnen und Sängern. Der heute über 70 Mitglieder starke Berufschor feierte im vergangenen Jahr sein 200-jähriges Bestehen.

Letzter Standort der Oper ist der Augustusplatz, wo 1868 das Neue Theater feierlich eröffnet wurde. Nachdem am Nachmittag des 3. Dezember 1943 noch der Vorhang zu Wagners „Walküre“ aufgegangen war, wurde es beim Luftangriff in der Nacht zum 4. Dezember zerstört. 1956 begannen die Bauarbeiten für den Neubau. Am 8. Oktober 1960 wurde das „Neue Leipziger Opernhaus“ mit der 5. Sinfonie von Beethoven und dem Violinkonzert von Brahms feierlich eingeweiht. Am Abend des 9. Oktober hob sich der Vorhang für Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg“.

Heute ist die Oper ein städtischer Eigenbetrieb und die Dachmarke der drei Sparten Oper, Leipziger Ballett und Musikalische Komödie mit ihren beiden Spielstätten, dem Opernhaus am Augustusplatz sowie dem Haus Dreilinden im Stadtteil Lindenau, wo sich die Musikalische Komödie mit einem eigenem Ensemble, Orchester, Chor und Ballett der Spieloper, dem Musical sowie der Operette widmet.

Mit rund 650 Angestellten ist die Oper einer der größten Arbeitgeber der Stadt. Unter Intendant Ulf Schirmer werden nicht nur Repertoire-Stücke der deutschen Romantik und italienischen Oper gepflegt. Sein erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2022 sukzessive das komplette Werk Wagners ins Repertoire aufzunehmen. Damit hätte Leipzig ein weltweites Alleinstellungsmerkmal.

Wagner wurde am 22. Mai 1813 in Leipzig geboren. „Heil Leipzig, meiner Vaterstadt, die eine so kühne Theaterdirektion hat“, schüttelreimte der Komponist 1878 anlässlich der ersten szenischen Aufführung seines „Ring der Nibelungen“ außerhalb von Bayreuth. Im Wagnerjahr 2013 begann nach 40-jähriger Abstinenz eine Neuproduktion des „Ring“, die im Mai 2016 mit großem Erfolg zum ersten Mal als Zyklus aufgeführt wurde. 40 Prozent der Besucher kamen dazu aus dem Ausland, aus insgesamt 47 verschiedenen Ländern.

Seit der Spielzeit 2014/15 finden regelmäßig Wagner-Festtage statt, dieses Jahr mit einer kompletten „Ring“-Aufführung vom 10. bis 13. Mai. Neben Wagner ist Richard Strauss Leipzigs zentrale Säule. Mit „Elektra“, „Der Rosenkavalier“, „Die Frau ohne Schatten“, „Arabella“ und „Salome“ hat es fünf seiner Werke im aktiven Repertoire.

In der kommenden Saison 2018/19 stehen mehr als 400 Veranstaltungen auf dem Spielplan: neben 46 Repertoire-Werken 15 Neuproduktionen, je fünf Opern, Ballette und Musikalische Komödien. Erstmals lobt die Oper Leipzig auch einen Kompositionswettbewerb zum Thema „Wie klingt Heimat?“ aus. Die prämierten Kompositionen werden im Rahmen eines Preisträgerkonzerts am 26. Juni 2019 zur Uraufführung kommen.

Als Jubiläums-Oper hat Schirmer am 16. Juni die Premiere von Alban Bergs „Lulu“ auf den Spielplan gesetzt. "Alban Berg hat zu einer Zeit, die zunehmend aus den Fugen geraten ist, noch einmal zusammenzufassen versucht, was Oper ist oder sein soll“, begründet der Intendant die Entscheidung. *Helga Schnehagen*

Spielplan und Karten im Internet unter: www.oper-leipzig.de

Doberlug hat zwei Schönborns

Schloss Doberlug ist ein Renaissancejuwel in der Niederlausitz unweit von Finsterwalde. 2014 fand hier die erste brandenburgische Landesausstellung zum Thema „Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft“ statt, die über die Landesgrenzen hinaus viel Beachtung fand. Seitdem ist das Schloss auch dank seiner Dauerausstellung zur lokalen Geschichte zu einem begehrten Ausflugsziel geworden.

Vom 4. Mai an läuft hier mit „Paralleldörfer – Leben in zwei Schönborns“ eine neue Sonderausstellung. Es geht um zwei Dörfer, die sich denselben Namen teilen: eines in der Niederlausitz, eines in Transkarpatien. Bis auf den Namen verbindet sie auf den



Schloss Doberlug Bild: tws

ersten Blick nicht viel. Das deutsche Schönborn wurde nach einer heute noch sprudelnden Quelle, das ukrainische nach einem fränkischen Grafen benannt.

Die bis 14. Oktober laufende Ausstellung in Doberlug-Kirchhain stellt eine Verbindung zwischen den beiden Welten her und erzählt mit Fotos von Alexa Vachon, Gegenständen aus beiden Dörfern und Klanginstallationen von Christiane Seiler europäische Geschichte von Heimat, Migration und Veränderung. Geöffnet von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 5 Euro, www.kulturland-brandenburg.de *tws*

Thomas Mann ante portas

Das Buddenbrookhaus und die Stadt Lübeck präsentieren sich als »Herzensheimat«

Düsterer kann eine Familiengeschichte kaum ausfallen: Das stolze Patriziergeschlecht der Buddenbrooks, im Getreidehandel zu Geld und Macht gelangt, wird binnen dreier Generationen fast vollständig ausgelöscht. Lange zögert Thomas Manns Verleger, bevor er das Buch Anfang 1901 in den Druck gibt. Nach anfänglich schleppendem Verkauf waren Kritik wie Leser von dem Roman immer begeisterter. Nur in Lübeck, wo der Roman spielt, fühlte man sich von der bedrückenden Verfallsgeschichte beleidigt. Mann wurde fünf Jahrzehnte lang zur Persona non grata. Das Buddenbrook-Haus zeichnet nun in einer großen Jubiläumsausstellung zum 25-jährigen Bestehen als Literaturmuseum die lebenslange Beschäftigung des Schriftstellers mit der eigenen Herkunft nach.

„Er war in Lübeck; ein Dichter, der Heimweh hatte. Ganz aus eigenem Entschluß, aus einer Herzensregung und ohne eine offizielle Einladung ist er in seine Vaterstadt gekommen, nur für ein paar Stunden. Der große alte Thomas Mann ...“ – das schrieben die „Lübecker Nachrichten“ über den Besuch des Schriftstellers und Literaturnobelpreisträgers in seiner Heimatstadt Lübeck am 10. Juni 1953.

Das Verhältnis der Stadt und der Lübecker zu Mann war über viele Jahrzehnte durchaus wechselvoll. Das Erscheinen der „Buddenbrooks“ hatte heftige Kritik und Anfeindungen gegen den Autoren ausgelöst. „Es kursierte eine Liste, die die lebenden Vorbilder identifizierte und die eine Lübecker Buchhandlung ihrer Kundschaft auslieh“, so Birte Lipinski, Leiterin des Buddenbrook-Hauses.

Die Stadt und ihre Bürger – vom Kontor-Angestellten über den Pastor bis zum Zahnarzt – sahen sich im Buch verunglimpft und lächerlich gemacht. Da half es wenig, dass Lübeck im Roman nie explizit genannt wird – und schon gar nicht halfen Thomas Manns Beteuerungen von 1906, es handle sich nur um die „Äußerungen eines Künstlers“, dessen Freiheit man nicht stören möge „mit Klatsch und Schmähungen“.


Bild: Lübecker Museen

Das Buddenbrookhaus in Lübeck

Das daraus resultierende Verhältnis der Anspannung überdauerte sogar die Nobelpreisverleihung und währte alles in allem immerhin gut fünf Jahrzehnte. „Am Ende eines mühsamen Prozesses der Wieder-Annäherung und der Aussöhnung, die von beiden Seiten Zugeständnisse erforderte, stand im Jahr 1955 die Verleihung der Ehrenbürgerwürde, die aber trotz aller Aussöhnung noch immer von erheblichen politischen und gesellschaftlichen Kontroversen begleitet war“, erklärt Lipinski, die seit 2014 die Verantwortung für das Heinrich- und Thomas-Mann-Zentrum trägt. Seitdem sei deutlich Entspannung eingetreten, und heute sähen die Lübecker „ihren“ Mann mit Stolz, Respekt, Bewunderung und Liebe.

An der Mengstraße 4 verwischen heute die Grenzen zwischen Realität und Roman. „Man saß im Landschaftszimmer, im ersten Stockwerk des weitläufigen alten Hauses an der Mengstraße, das die Firma Johann Buddenbrook vor einiger Zeit käuflich erworben hatte“, heißt es zu Beginn der „Buddenbrooks“. Hier setzt die Handlung des Romans an einem Donnerstag im Oktober 1835 ein. Genau in jener Etage, welche Mitte des 19. Jahrhunderts die Großeltern des Autors bewohnten.

Hinter der weißen Barockfassade aus dem Jahr 1758 mit ihren vier hochgezogenen Parterrefenstern verbirgt sich seit 25 Jahren eines der erfolgreichsten Literaturmuseen der Welt, in dem nicht nur die Geschichte der Buddenbrooks lebendig wird, sondern auch das Leben der noch heute faszinierende Dichterfamilie Mann. Das soll vom 7. Mai an mit der großen Jubiläumsausstellung „Herzensheimat. Das Lübeck von Heinrich und Thomas Mann“ ausgiebig gefeiert werden.

Die bis zum 18. November laufende Ausstellung zeigt die lebenslange Beschäftigung Manns mit der eigenen Herkunft. Anschließend wird das Buddenbrookhaus, in dem bis 1990 eine Bank untergebracht war, baulich um sein Nachbargrundstück erweitert und erhält eine völlig neue Dauerausstellung. Hinter den beiden historischen Fassaden soll ein moderner Museumsbau mit rund 2500 Quadratmetern Nutzfläche entstehen. Der Baubeginn ist für das Jahr 2019 geplant, die Kosten werden auf rund 18 Millionen Euro geschätzt.

Der Entwurf zeichne sich durch viel Gefühl für den Standort und die Tradition des Hauses, aber auch durch einen Blick in die Zukunft aus, so Museumsleiterin Lipinski. Thomas Mann wäre heute stolz auf seine Heimatstadt.

Besonders in diesem Jahr lohnt sich ein Besuch an der Trave. Denn Lübeck wird 875 Jahre alt und feiert ein Jahr lang das Stadtjubiläum. Mehr als 100 Veranstaltungen rund um Kunst, Kultur und Geschichte stehen auf dem Jubiläumsprogramm und laden Gäste aus nah und fern zu einem Städtetrip in die Hansestadt ein. Besondere Höhepunkte sind das „HanseKulturFestival“ (8. bis 10. Juni) und die „Lange Nacht der Lübeck Literatur“ am 29. Juni. Herzstück aber ist die Ausstellung „875 Jahre – Lübeck erzählt uns was“, die Lübecks Stadtgeschichte im Museumsquartier St. Annen und im Europäischen Hansemuseum vorstellt (9. September bis 6. Januar). *Andreas Guballa*

Ausführliche Infos unter www.luebeck-hat-geburtstag.de

Lauter Händel in Göttingen

Das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren ist Anlass für die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen, vom 10. bis 21. Mai unter dem Motto „Konflikte“ das Gegensatzpaar „Krieg und Frieden“ musikalisch zu beleuchten.

So inszeniert Regisseur Erich Sidler in Händels "Arminio" vor dem Hintergrund der Varusschlacht große innere und äußere Konflikte. Nach der Premiere am 12. Mai stehen fünf weitere Aufführungen im Deutschen Theater Göttingen auf dem Programm. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Chorwerke Händels über kriegerische Auseinandersetzungen, siegreiche Schlachten und gefeierte Friedensschlüsse. Das Festspieloratorium "Judas Maccabaeus" in der Stadthalle Göttingen eröffnet am 10. Mai mit Kenneth Tarver in der Titelrolle die Festspiele. Mit dem "Utrechter Jubilate" und der "Ode for the Birthday of Queen Anne" im Konzert des NDR-Chors am 20. Mai sowie dem "Dettinger Te Deum" im Galakonzert am 19. Mai stehen weitere Schlüsselwerke zum Thema auf dem Programm. Insgesamt präsentieren die Festspiele in diesem Jahr 75 Veranstaltungen, davon 30 Konzerte und Opern. Mehr als 500 Künstler werden in Göttingen und der Region erwartet.

Eintrittskarten gibt es unter www.haendel-festspiele.de sowie in Göttingen exklusiv beim GT Ticket-Service, Weender Straße 44, bei der Tourist-Information Göttingen, Markt 9, sowie dem Deutschen Theater Göttingen, Theaterplatz 11. Darüber hinaus können Tickets über die kostenpflichtige Kartenhotline (01806) 700733 erworben werden. *tws*

Eine Herausforderung bis heute

Karl Marx – Vor 200 Jahren wurde der Mann geboren, der eine Lunte an die Weltgeschichte legte

3,3 Millionen Zuschauer haben sich vor einigen Jahren an der Abstimmung „Unsere Besten“ im Zweiten Deutschen Fernsehen beteiligt, 778984 dafür gesorgt, dass Konrad Adenauer auf den ersten Platz kam. Für Karl Marx stimmten über eine halbe Million, was ihm – nach Martin Luther – Rang drei einbrachte. Die Bewohner der neuen Bundesländer halten Marx mehrheitlich sogar für „Unseren Besten“.

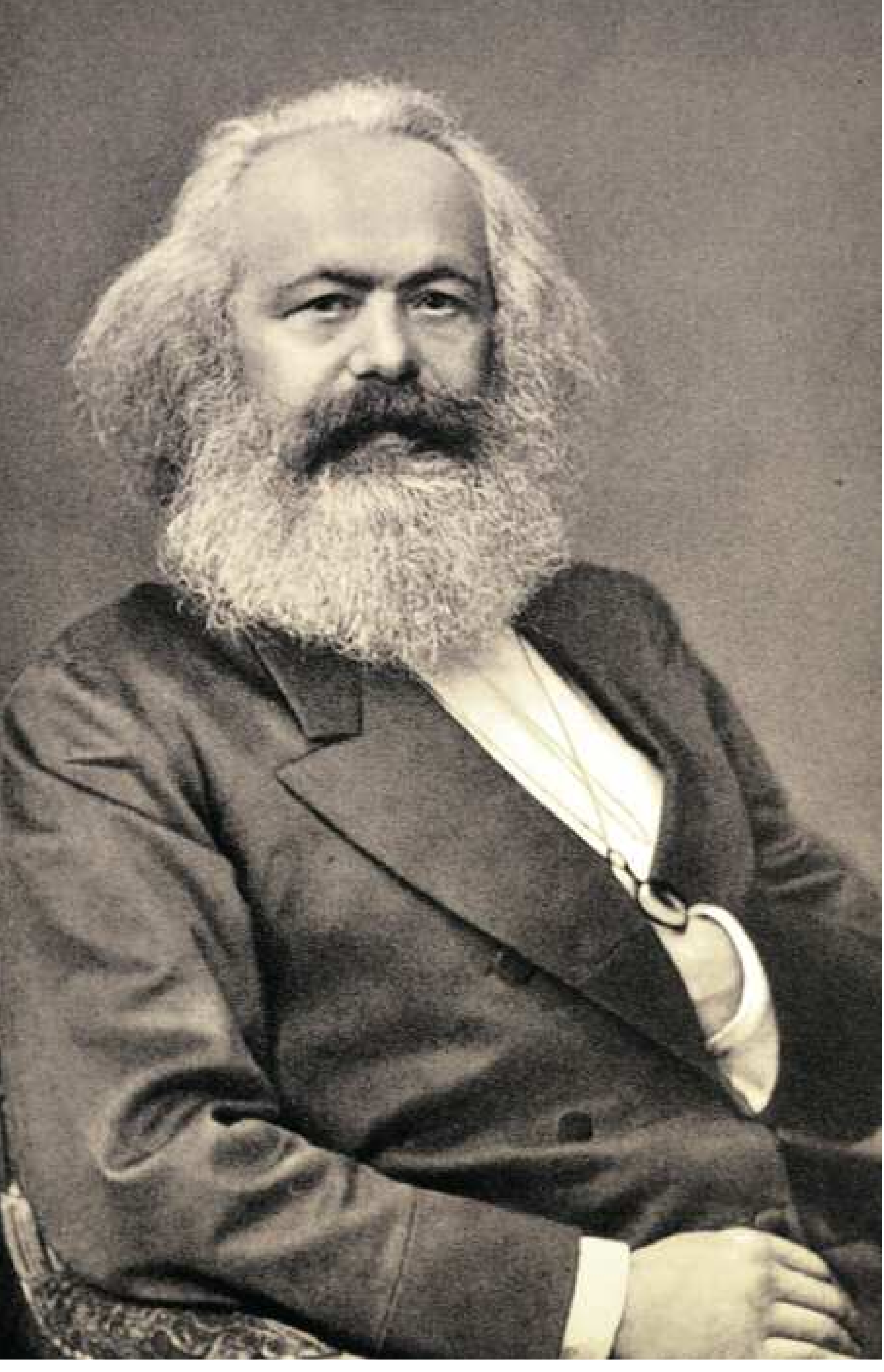
Ist daran etwas anstößig? Bevor man mit Ja oder Nein antwortet, ist es geboten, über Marx und seine Auswirkungen nachzudenken. Schließlich haben – wie heute weitgehend unbestritten – bekennende Marxisten über 85 Millionen Menschen geopfert. Das „Schwarzbuch des Kommunismus“ bietet die Beweise.

Im Folgenden sollen der Mann und sein Werk in der gebotenen Kürze vorgestellt werde. Als Leitfaden diene eine Ansprache Friedrich Engels'. Bei der Bestattung seines Freundes äußerte er vor ziemlich genau 135 Jahren:

„Am 14. März nachmittags ein Viertel vor drei hat der größte lebende Denker aufgehört zu denken ... Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte ... Damit nicht genug. Marx entdeckte auch das spezielle Entwicklungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft ... So war der Mann der Wissenschaft. Aber das war noch lange nicht der halbe Mann. Denn Marx war vor allem Revolutionär.“

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier geboren. 1844 begann die lebenslange Freundschaft mit Engels. Nach Zwischenstationen in Brüssel und Paris begab sich Marx 1849 nach London, wo er am 14. März 1883 starb.

Worum geht es im Historischen Materialismus (Histomat), dem „Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte“, wie Engels ihn in seiner Trauerrede umschrieb? Er benennt die „Gesetze“, nach denen sich die Menschheitsgeschichte vollzogen haben soll und vollziehen werde. Auf die unmittelbar bevorstehende Diktatur des Proletariats werde mit eherner Notwendigkeit der Kommunismus folgen. Die letzten Jahrzehnte haben die Histomat-Vorhersagen total widerlegt.



Einer unserer drei Besten? Karl Marx Bild: Mauritius

Marx hat viel geschrieben: Briefe, Aufsätze, Zeitungsartikel, Bücher. Die Bücher sind höchst polemische Auseinandersetzungen mit den Ansichten einzelner Zeitgenossen und wurden jeweils im Verlaufe weniger Monate verfasst. Eine Ausnahme bildet „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“. Am „Kapital“ arbeitete Marx über Jahrzehnte hinweg, bis dann 1867 der erste Band erscheinen konnte.

Das Werk mit seinen mathematischen Formeln und Gleichungen hat – vom Schlusskapitel abgesehen – ein streng wissenschaftliches Gepräge. Der sensationelle Inhalt lässt sich mit wenigen Sätzen skizzieren: Im Kapitalismus geht alles mit rechten Dingen zu. Trotzdem oder gerade deshalb muss und wird es, wie schon gezeigt, zur Revolution kommen. Zu diesem paradoxen Ergebnis gelangt Marx mit Hilfe seiner „objektiven Wertlehre“. Daraus resultiert die „gerechte Ausbeutung“, die eine Revolution auslöst.

Kritik: Gekauft und verkauft wird nicht nach einem errechneten objektiven Wert, sondern ausschließlich nach subjektiver Wertschätzung. Da die objektive Wertlehre handgreiflich falsch ist, ist es müßig, sie ausführlich zu widerlegen. Nie galt sie auch nur vorübergehend im Alltag eines der sozialistischen Staaten. Damit fällt die Mehrwertlehre wie ein Kartenhaus in sich zusammen und zugleich Marxens ganzes Gedankengebäude.

Warum füllt Marx mit dem Stoff, der sich auf wenigen Seiten darstellen lässt, ein mit 950 Seiten ziemlich dickes Buch, das nicht zuletzt wegen unendlicher Wiederholungen langweilt, ja geradezu ungenießbar ist? Die Antwort ist einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Brief an Engels zu entnehmen: „Ich dehne diesen Band mehr aus, da die deutschen Hunde den Wert der Bücher nach dem Kubikinhalt schätzen.“

Diese und zahlreiche ähnliche Äußerungen machen stutzig, provozieren die Frage nach den Antriebskräften, die das Denken und Handeln des namhaftesten Kommunisten bestimmten. Auch die heiße revolutionäre Sehnsucht, die ihm offenbar seine Theorien und „Gesetze“ eingab, lassen Ausschau halten nach den Motiven, die ihn bestimmten.

Was kann zugunsten des „ganz von Menschlichkeit bestimmten“ Marx vorgebracht werden, außer seinem „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Der Relativsatz „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes ... Wesen ist“, spielt praktisch keine Rolle. Solche „Verhältnisse“ waren für ihn der Staat ganz allgemein und jede Religion, waren die bürgerliche Gesellschaft und das Judentum, waren die Rechtsordnung, insbesondere das Privateigentum, waren Ehe und Familie. Doch die Kampfansage an die alte Welt präzisierte sich erst allmählich. Den Ausgangspunkt bildete maßloses Selbstbewusstsein gepaart mit der Verachtung alles Vorgefundenen, wie bereits dem Abituraufsatz in Deutsch zu entnehmen ist. Er ist in zeitlicher Hinsicht der erste Marx-Text und soll der Veranschaulichung dienen.

Alle Trierer Abiturarbeiten des Jahres 1835 sind erhalten. Karls Aufsatz weist zwei Besonderheiten auf: Er gebraucht sechsmal das Wort „vernichten“, während es in keinem Aufsatz der Mitschüler auch nur einmal Verwendung findet. Ein lebenslängliches Charakteristikum. Ferner meint Karl, wir sollten bei der Wahl des Berufes den Stand anstreben, „der uns die größte Würde gewährt“. „Die Würde ist dasjenige, was den Mann am meisten erhebt, was seinem Handeln, allen seinen Bestrebungen, einen höheren Adel leiht, was ihn unangetastet, von der Menge bewundert und über sie erhaben dastehn lässt.“ Beide Besonderheiten legen den Verdacht nahe, dass er sich selbst maßlos überschätzt und andere als minderwertig eingestuft hat.

Die Zusammenschau aller einschlägigen Tatsachen lässt kaum einen anderen Schluss zu als die Annahme, dass die weltweite Verehrung von Marx nicht dem historischen Marx aus Trier, sondern einem Mythos gezollt wird, an dessen Weiterleben und Entfaltung noch heute Menschen und Institutionen selbst in fernen Ländern wie der Volksrepublik China, teils aus Leichtfertigkeit, teils wider besseres Wissen, mitwirken. *Konrad Löw*

Der Gewaltprediger Karl Marx

Der Trierer war ein totalitärer Denker mit falschem Menschenbild

Schon Karl Marx' „Kommunistisches Manifest“ von 1848 proklamiert Gewalt als notwendig zum Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse. „Despotische Eingriffe“ in das Eigentumsrecht seien ebenso nötig wie die „Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen“. Auch wird „gleicher Arbeitszwang für alle“ gefordert. Und ganz eindeutig heißt es: „Die Kommunisten ... erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“

Wenn Marx die „Diktatur des Proletariats“ propagierte, war das nicht nur metaphorisch gemeint. „Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur“, erklärte er auch. Oder: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“

Dass Marx Gewalt predigte und sein Theoriegebäude Gewaltanwendung implizierte, wird heute gern von Apologeten in Abrede gestellt oder vernebelt. So meinte etwa der Historiker Gerd Koenen – ein früheres Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) –, hier Marx einen Persilschein ausstellen zu können. Auf einer Tagung der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen über „Kommunismus und Gewalt“ erklärte er, dass am „Marxismus niemand gestorben“ sei. Denn, so Koenen, „Gewalt tun nur lebende Menschen anderen Menschen an“. Marx starb ja schon 1883. Doch wie sehr aus Gedanken, Worten und Ideologien Taten folgen können, verkennt Koenen dabei.

> Für Marx ist die Bluttaufe der Revolution nötig

Die Passauer Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig dagegen erklärte auf derselben Tagung luzide, warum sich alle späteren kommunistischen Diktaturen zu Recht auf Marx und seine Theorien beriefen. Sie hob das „ganzheitliche Welterklärungsmodell“ und die „absolute Heilserwartung“ bereits für das Diesseits hervor. So etwas sei mit früheren politischen Systemen nicht verbunden gewesen. Dies habe auch die „absolute Dichotomie zwischen Freund und Feind“ zur Folge gehabt – hier eine Klasse, von der das Heil ausgehe, dort eine zu beseitigende.

Marx gehe von einem quasi automatisch ablaufenden Geschichtsprozess aus. Alles spiele sich gewissermaßen „hinter dem Rücken der Menschen ab“, sei das Ergebnis der Produktionsverhältnisse, „insofern kann im Grunde niemand etwas dafür“. Trotzdem verwende Marx für die angeblichen Profiteure des Klassenkampfes ein „moralisch hoch aufgeladenes Vokabular“. Er spreche von der Habsucht, Gemeinheit und Niedertracht der Kapitalisten und verheiße, dass sie nach der Revolution die Diktatur des Proletariats zu spüren bekämen, bis es sie als Klasse nicht mehr gäbe. „Das Böse in der Geschichte, das eigentlich in den falschen Verhältnissen liegen soll, wird also doch mit einer Gruppe von Menschen identifiziert“, erklärte Zehnpfennig. Und: „Dass die neue, die kommunistische Gesellschaft der Bluttaufe durch die Revolution bedarf, da lässt Marx keinen Zweifel. Es gibt eine Textstelle, wo er in Bezug auf die kommende Revolution der Guillotine schwärmt, die den Takt zu der von den Rebellen gesungenen Marseillaise schlagen wird.“

Die Politologin unterstrich: „Gewalt liegt in der Logik des Marxschen Ansatzes. Niemand wird sich freiwillig sein Eigentum, sein bisheriges gesellschaftliches Sein, sein Existenzrecht nehmen lassen. Eine ganze Klasse als Träger des Bösen zu denunzieren, legitimiert Gewalt und provoziert Widerstand.“ Marx beanspruche, „die ganze Welt“ zu erklären. „Die Gewaltsamkeit, mit der hier alles, was bisher geschah, auf die Eigentumsverhältnisse reduziert wird, trifft auch den Menschen“, so Zehnpfennig.

Marxens Menschenbild sei „sträflich reduziert“, seine Theorie „im Grunde menschenfeindlich“. Sie nehme dem Menschen „sein Eigentliches, sein Inneres, sein geistiges Sein, sein Gewissen, und reduziert alles auf die Erscheinungsweisen der ökonomischen Verhältnisse“. Das Bewusstsein der Menschen bilde bloß ab, „was ökonomisch geschieht“. Doch könne es keine geistige Freiheit geben, wenn der Geist „nichts Selbstständiges ist, sondern nur der Nachhall der Materie“. Marx habe denn auch für den Kommunismus verheißen, dass es nur noch eine Form der Wissenschaft geben dürfe, „die materialistische. Das heißt, jedes andere Denken wird von vornherein ausgeschlossen“.

> Marx schwärmte auch vom Takt der Guillotine

Freiheit bedeutet bei Marx nicht die Freiheit des Individuums. Dieses habe bei ihm nur als Teil der Gesellschaft Existenzberechtigung, „und zwar in einer Gesellschaft, die alle Unterschiede getilgt hat“.

Freiheitssichernde Gewaltenteilung ist für Marx irrelevant. Der Philosophieprofessor Volker Gerhardt schrieb in seinem Beitrag „Das ist doch Murx“: „Das schlimmste Versagen des Marxismus aber besteht darin, dass er die Erbschaft des 18. Jahrhundert ausgeschlagen und den in der amerikanischen und französischen Revolution errungenen parlamentarischen Konstitutionalismus als bürgerliche Ideologie verworfen hat.“ *Michael Leh*

Hommage an den »Befreier-Zaren«

Reformer und Modernisierer: In Moskau erinnert eine Sonderausstellung anlässlich des 200. Geburtstags an Alexander II.

Mit einer Ausstellung im Historischen Museum in Moskau ehrt Russland Alexander II., der als „Befreier-Zar“ nicht nur im eigenen Land verehrt wird, und der als tragischster Regent auf dem russischen Thron gilt.

Am 29. April jährte sich der Geburtstag von Zar Alexander II, dem „zar oswoboditel“ (Befreier-Zar) zum 200. Mal. Das Moskauer Historische Museum widmet dem „herausragendsten Regenten Russlands“, wie es dort heißt, eine Ausstellung, die noch bis zum 15. Oktober zu sehen ist.

Museumsdirektor Alexej Lewykin hob stolz hervor, dass Alexander II. Moskowit war. Er war der erste Imperator nach Peter I., der in der heutigen Hauptstadt geboren wurde. Und im Gegensatz zu Peter liebte er Moskau. Unter den Exponaten befinden sich neben persönlichen Dingen des Zaren Gemälde, Grafiken und Fotoporträts des Herrschers sowie Waffen und Möbel. Besonders stolz wird das Dokument über die Bauernbefreiung präsentiert mit der handschriftlichen Bemerkung des Zaren „So sei es“ vom 19. Februar 1861.

Es ist auch die Gänsefeder zu sehen, mit welcher der Kaiser das Protokoll der Staatsratssitzung unterzeichnete. Sergej Naryschkin, der Vorsitzende der Historischen Gesellschaft, betonte, dass die 25-jährige Herrschaft Alexanders II. für Russland einen „mächtigen Ruck in allen Bereichen der Staatsbildung sowie des wirtschaftlichen und sozialen Lebens“ gebracht habe. „Er hat ein mächtiges fortschrittliches Land mit einer unbestrittenen internationalen Autorität hinterlassen, ein Land, das wirklich in die Zukunft blickt“, sagte er.

Zu den Reformen zählte Naryschkin die Justizreform, die ein unabhängiges Gericht schuf, die Reform der lokalen Selbstverwaltung (zemstwo), die radikale Modernisierung der Armee, die Reform der Schul- und Universitätsausbildung und die Abschaffung der Leibeigenschaft.

So viel zur euphorischen Ehrung des Befreier-Zaren in Russland, wo das Zarentum seit der Bestattung der letzten Romanows im Jahre 2015 eine Rehabilitation erfahren hat. Doch hält diese positive Sicht der Bedeutung Alexanders II. dem Vergleich mit der Wirklichkeit stand?

Das Schicksal Alexanders II. gilt als eines der tragischsten in der Geschichte Russlands. Der Zar, der 1861 die Leibeigenschaft der Bauern abschaffte und weitere Reformen durchführte, fiel am 13. März 1881 mitten im Zentrum von Sankt Petersburg, am Katharinen-Kanal einem Bombenattentat zum Opfer. In der Verfilmung des Ereignisses sagt er noch: „Mir ist kalt, kalt. Schnell in den Palast. Ich will dort sterben.“ Er starb in seinem Kabinett im Winterpalast an Blutverlust. Sein Sohn schrieb später, Alexander II. sei anders gewesen als seine Vorgänger, weil er keine „Neigung verspürte, den König zu spielen“ und „nicht besser aussehen wollte, als er war, dabei war er oft besser, als es aussah.“

Um die Bedeutung der „Großen Reformen“ beurteilen zu können, lohnt ein Blick auf die politische und soziale Lage, wie sie sich darstellte, als Alexander II. nach dem Tod seines Vaters Alexander I. am 2. März 1855 mit knapp 37 Jahren die Regierungsgeschäfte übernahm: Die Niederlage im Krimkrieg zeichnete sich ab, der Pariser Frieden vom 30. März 1856 besiegelte die Niederlage Russlands. Sie verdeutlichte die Rückständigkeit der Russen in vielen Bereichen.

Innenpolitisch zeichnete sich ein ideologischer Wandel ab. Einem radikalen Liberalismus, der westlich orientiert war, stand eine ständisch-konservative Richtung gegenüber. Aufstände in Polen und Litauen wegen einer rücksichtslosen Verwaltung mit Russifizierungsversuchen des gesamten öffentlichen Lebens bereiteten Alexander II. Sorgen. Zudem gab es Streit mit England um Russlands Einfluss auf die Krim und die Türkei. Lediglich Bulgarien war prorussisch. Durch die preußische Unterstützung gelang es, ein militärisches Eingreifen der anderen Großmächte zu verhindern (siehe unten). Nach dem verlorenen Krimkrieg gewann die panslawistische Ideologie Auftrieb: Russlands Ruhm, Ehre und Gewissen stehe auf dem Spiel, und der russische Zar könne nicht unterliegen, wenn er das Banner des Slawentums und der östlichen Christenheit hochhält, so die Logik. Doch mit Alexander II. machte die panlawistische Ideologie einer realistischeren Beurteilung Platz. Alexander II. war nicht gewillt, um ideologischer Postulate willen internationale Verwicklungen zu riskieren.



Er wollte das Gute und erntete das Schlechte: Alexander II. Bild: CF

Alexander II. strebte vielmehr danach, mit der wirtschaftlichen, technischen und militärischen Entwicklung Europas mitzuhalten. Die Motive für die Bauernbefreiung sind daher weniger ethischer Natur, als der Einsicht geschuldet, dass es besser sei, die Leibeigenschaft von oben her aufzuheben, als darauf zu warten, bis sie beginne, sich selbst von unten her abzuschaffen.

So positiv, wie Russen es heute gerne sehen, ging die Bauernbefreiung nicht einher: Adelige, die ihre Pfründe bedroht sahen, übervorteilten die Bauern bei der Landzuteilung. Das Gesetz sah vor, dass die Bauern das Land, das sie zuvor bearbeitet hatten, käuflich erwerben mussten. Dazu gewährte der Staat Kredite mit einer Laufzeit von 49 Jahren. Zusätzlich wurden die Bauern mit Steuern für den Staat und Abgaben an die Grundherren belastet. Für diese Auflagen waren die Flächen viel zu klein. Zudem waren die Bauern in der nun gesetzlich gegründeten Institution der Dorfgemeinde (obschtschina oder mir) gebunden. Die Möglichkeit der Bauern, selbstbestimmt zu wirtschaften, blieb äußerst begrenzt.

Zu den „Großen Reformen“ zählte auch die Justizreform. Es sollte eine Angleichung an das Vorbild des fortgeschrittenen Europas erfolgen. Russland bekannte sich zu den Prinzipien des modernen Rechtsstaates, in dem der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz gilt. Die Finanzverwaltung wurde verbessert, indem die staatliche Haushaltsführung konsequent im Finanzministerium zentralisiert wurde. 1874 wurde die Wehrplicht eingeführt, im Bereich Bildung sollten Volksschulen (1864) und höhere Schulen (1865) an europäische Verhältnisse angepasst werden. Die Pressefreiheit wurde zwar 1865 gesetzlich eingeführt, war jedoch – wie heute – eingeschränkt.

Überschattet wurde die Regierungszeit Alexanders II. von mehreren Attentaten. Am 4. April 1866 schoss Dmitrij Karakosow auf Alexander II., verfehlte ihn jedoch und wurde festgenommen. Nach diesem Attentat verlor der Zar sein Vertrauen in die Gesellschaft wieder, drosselte durch administrative Maßnahmen die Initiativen zur Mitbestimmung.

Die Tragik Alexanders II. bestand darin, dass er die Autokratie nie in Frage stellte sowie liberale und reaktionäre Tendenzen nebeneinander bestehen ließ, ohne sich für eine Seite zu entscheiden. In diesem Spannungsverhältnis brachte Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Bereichen Literatur, Musik und einigen Wissenschaftsbereichen Repräsentanten von Weltgeltung hervor: Beispielhaft seien die Dichter Turgenjew, Dostojewskij, Tolstoj sowie die Komponisten Tschajkowskij und Rimskij-Korsakow genannt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Ein Enkel Königin Luises, ein Neffe Kaiser Wilhelms I. und ein halber Preuße

Alexander II. hat nicht nur in seinem eigenen Land segensreich gewirkt. Davon zeugen die Denkmale in den Metropolen fremder Nationen, die von den dortigen Völkern immer noch in Ehren gehalten werden, ohne dass sie dazu irgendjemand zwingen müsste. Auch die Preußen haben Alexander II. viel zu verdanken. Seine Regierungszeit war eine Hoch-Zeit der bilateralen Beziehungen. Hätte er nicht Preußen den Rükken freigehalten, wäre die deutsche Einigung kaum möglich gewesen. Zweifelsohne hat auch sein Zarenreich von dieser Harmonie profitiert. Preußen half ihm, 1863 der Rebellion der polnischen Separatisten Herr zu werden und 1871 die Ergebnisse des von seinem Land verlorenen Krimkrieges maßgeblich zu revidieren. Allerdings wird es den damaligen preußisch-russischen Beziehungen nicht geschadet haben, dass Wilhelm I. der Lieblingsbruder von Alexanders II. Mutter war und sich diese Harmonie auf das Verhältnis von Onkel und Neffe übertragen hat.

Alexander II. war ein halber Preuße. Das gute Verhältnis zwischen Alexanders II. preußischen Großeltern mütterlicherseits, Friedrich Wilhelm III. und Luise, sowie seinem Onkel Alexander I., dem ältesten Bruder seines Vaters Nokolaus I., ist berühmt. Das hinderte Friedrich Wilhelm und Alexander I. zwar nicht daran, gegeneinander Krieg zu führen, aber die preußische Teilnahme an Napoleons Russlandfeldzug von 1812 war im Jahre 1814 schon längst Vergangenheit und überdeckt durch die Waffenbrüderschaft gegen das napoleonische Frankreich in den Befreiungskriegen. Eine engere dynastische Verbindung zwischen Hohenzollern und Romanows war also durchaus wünschenswert.

1814/15 waren Alexanders I. jüngere Brüder Nikolaus und Michael auf der für junge Aristokraten damals üblichen Grand Tour durch Europa. Dabei war der Besuch Berlins im Herbst 1814 eine besonders wichtige Etappe. Nikolaus sollte nämlich die älteste Tochter des preußischen Königs, Prinzessin Charlotte, heiraten.

Charlotte war eine Mischung ihrer Eltern. Vom Vater hatte sie die Größe, Eleganz und das blonde Haar; von der Mutter Anmut, Charme und strahlend blaue Augen. Dazu war sie nicht dumm, wenn auch etwas oberflächlich. Der Großfürst war auch nicht hässlich: hochgewachsen wie sein Bruder Alexander I., dunkelblond, blauäugig mit feinen Zügen.

Charlottes Eltern hatten sich im Gegensatz zu anderen Fürstenpaaren ihrer Zeit geliebt und ihre Kinder innerhalb einer glücklichen Familie aufgezogen. Davon träumte auch Charlotte, und sie bekam es. Als der Großfürst 1815 zum zweiten Besuch nach Preußen kam, verliebte er sich in sie. Ihre Tagebücher und die Briefe an ihre Geschwister offenbaren, dass sie seine Gefühle erwiderte und sich auf die Ehe mit ihm freute. Noch vor Nikolaus' Abreise verlobte sich das Paar. Es dauerte aber noch zwei Jahre, bis die Formalitäten ausgehandelt waren. Charlotte reiste mit ihrem Bruder Wilhelm nach Russland, wo sie zum russisch-orthodoxen Glauben übertrat und auf den Namen Alexandra Fjordorowna getauft wurde.



Bild: Alexander Palace Forum

Alexander mit seiner preußischen Mutter und seiner ältesten Schwester: Gemälde von George Dawe von ungefähr 1824

Die junge Ehe ließ sich gut an. Das Paar lebte sehr zurückgezogen auf Schloss Peterhof, verbrachte viel Zeit miteinander und erfreute sich an der wachsenden Kinderschar. Auf Alexander II. folgte im darauffolgenden Jahr mit Maria die erste Tochter. Sie war der Liebling des Vaters und daher später fähig, bei ihm ihre Liebesehe mit Maximilian de Beauharnais durchzusetzen, einem Enkel von Napoleons erster Ehefrau, Joséphine de Beauharnais. Nach einer Totgeburt 1820 folgte 1822 Olga, später als Ehefrau Karls I. Königin von Württemberg. Nach einer weiteren Totgeburt 1823 kam abermals zwei Jahre später mit Alexandra die letzte Tochter zur Welt. Es folgten 1827, 1831 und 1832 die drei Jungen Konstantin, Nikolaus und Michael.

Durch die vielen Geburten und das raue Klima in Russland verschlechterte sich die ohnehin angeschlagene Gesundheit der vielfachen Mutter. Zudem war sie durch den Tod ihres Schwagers Alexander I. und den Thronverzicht ihres Schwagers Konstantin als Folge einer nicht standesgemäßen Vermählung 1825 Ehefrau eines Zaren geworden. Das ruhige Leben war vorbei. 1840 wurde die Zarin von ihren Ärzten zur Erholung nach Italien geschickt, und man sagte ihr, sie solle darauf verzichten, weitere Kinder zu bekommen. Das bedeutete damals Enthaltsamkeit, was ihrer Ehe nicht bekömmlich war. Aber sie hatte das Beispiel ihrer früh verstorbenen Mutter vor Augen und hielt sich an die ärztlichen Auflagen, auch wenn das bedeutete, dass sie von da an zu akzeptieren hatte, dass ihr Mann sich eine Geliebte hielt.

Sie betrauerte ihn dennoch sehr, als er 1855 starb. Nachdem sie Witwe geworden war, kränkelte sie noch mehr. Da war es sicher keine Entlastung, dass sie 1860 noch einmal nach Berlin fuhr, um von ihrem sterbenskranken ältesten Bruder Friedrich Wilhelm IV. Abschied zu nehmen. Jedenfalls kam sie sehr geschwächt aus der alten in ihre neue Heimat zurück und verstarb dort noch zwei Monate vor ihrem Bruder. In der Kathedrale der St. Petersburger Peter- und Paulfestung wurde sie neben ihrem Ehemann beigesetzt. *Sibylle Luise Binder/PAZ*

Moment der Woche

Foto: imago

Überlagert von Diskussionen über das Weltklima oder die Gefahren des muslimischen Extremismus ist ein drängendes Problem in den Hintergrund getreten: die Bevölkerungsexplosion, vor allem in Afrika. Bis 2050, also in nur 32 Jahren, werde sich die Bevölkerungszahl des schwarzen Kontinents von derzeit gut 1,2 Milliarden Menschen auf 2,5 Milliarden verdoppeln. So eine Schätzung der Vereinten Nationen, die allerdings auf der Annahme ruht, dass die Kinderzahl pro Frau in den Entwicklungsländern bis dahin im Schnitt um ein Fünftel zurückgeht. Auf einen leichten Rückgang deuten die Zahlen der jüngsten Zeit auch hin. Dennoch provoziert das rapide Wachstum der Einwohnerzahlen schon heute Konflikte und Umweltzerstörung in der Region und erzeugt einen enormen Auswanderungsdruck. 38 Prozent der Afrikaner hegen nach der Umfrage eines US-Forschungsinstituts von 2009 den Wunsch, ihren Kontinent zu verlassen. Das sind mehr als 450 Millionen Menschen. *H.H.*

Bevölkerung bis 2050 verdoppelt

Jeder hört, was er hören will

Alle reden von »Integration« – Aber was mit ist dem Wort eigentlich gemeint?

Kaum ein Begriff hat die Debatten der vergangenen Jahrzehnte so bestimmt wie der der Integration. Er taucht in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen auf, etwa, wenn es um die Eingliederung von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt oder von Behinderten in die Gesellschaft geht. Am gebräuchlichsten ist seine Verwendung jedoch immer dann, wenn über die Aufnahme von Einwanderern diskutiert wird.

Die große Beliebtheit, derer sich der Begriff der Integration erfreut, ist vor allem seiner Unbestimmtheit zu verdanken. Jeder, der dieses Wort benutzt oder hört, hat seine eigene Vorstellung davon, was es bedeutet, wenn ein Ausländer sich in die deutsche Gesellschaft eingliedert.

Seine Unschärfe macht den Begriff so beliebt

Während einige davon ausgehen, dass sie mit einem aus Kabul zugewanderten Moslem schon nach einigen Jahren im Festzelt bei bayerischer Blasmusik gemeinsam eine Maß Bier trinken und eine Schweinshaxe verspeisen werden, reicht es anderen schon aus, wenn der Mann sich nicht unter Allahu-akbar-Rufen im Einkaufszentrum in die Luft sprengt, um von einer gelungenen Integration zu sprechen. Die geringe Schärfe und der hohe Wohlfühlfaktor dieses Zauberwortes dienen vor allem dazu, möglichen Kritikern der anhaltenden Masseneinwanderung von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Anders als in den gesteuerten öffentlichen Diskursen ist der Begriff der Integration in den Sozialwissenschaften, denen er ursprünglich auch entstammt, allerdings sehr viel eindeutiger umrissen. Bei der „Akkulturation" einer ethnischen oder kulturellen Minderheit in eine Mehrheitsgesellschaft unterscheidet man dort zwischen den folgenden vier Formen des Zusammenlebens: Separation, Marginalisation, Assimilation und Integration.

Bei der sogenannten Separation behält eine Gruppe von Eingewanderten ihre kulturellen und sprachlichen Eigenheiten bei und pflegt auch keinen oder nur sehr begrenzten Umgang mit der Gastbevölkerung. Sie schottet sich weitestgehend von dieser ab.

Eine weitere Form des Zusammen- oder vielmehr des Nebeneinanderherlebens ist die sogenannte Marginalisation. Hierbei gibt die Gruppe der Einwanderer ihre Sprache und Bräuche auf, wird aber von der Mehrheitsgesellschaft dennoch an den Rand gedrängt und kann daher nicht gleichberechtigt an den vorhandenen Ressourcen teilhaben.

Anders ist es bei der sogenannten Assimilation. Hier geht die Gruppe der Einwanderer mit der Zeit vollständig in der Mehrheitsbevölkerung auf und nimmt auch deren Sprache und Normen ersatzlos an.

Von Integration im sozialwissenschaftlichen Sinne spricht man wiederum dann, wenn eine Minderheit zwar im regen Austausch mit der gastgebenden Mehrheit steht und gleichberechtigte Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen ausübt, aber eben gerade nicht auf ihre kulturelle Eigenständigkeit verzichtet. Doch insbesondere der letzte Punkt und die hiermit verbundenen Konsequenzen werden in öffentlichen Diskussionen fast nie offen ausgesprochen. An den Vorschlägen zur Integrationspolitik von linken Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbänden erahnt man, dass eine Annahme heimischer Rechts- und Wertvorstellungen gar nicht ernsthaft angestrebt ist. Dieses Urteil fällt möglicherweise anders aus, wenn solche Vorschläge zusätzlich mit der Forderung nach dem Erhalt einer deutschen Leitkultur oder der unbedingten Anerkennung des Grundgesetzes garniert werden, wie aus Teilen von CDU und CSU zu vernehmen ist.

Doch auch in diesen Konzepten ist eine Annäherung der Minderheit an die gesellschaftlichen Normen und Bräuche der Mehrheit nur insoweit vorgesehen, als sie für ein halbwegs friedliches Zusammenleben unabdingbar ist. Deshalb beschränken sich die Kriterien, welche als Faktoren für eine erfolgreiche Integration von Ausländern genannt werden, zumeist auf so Grundlegendes wie die Einhaltung der Gesetze, den Erwerb von Deutschkenntnissen oder die Aufnahme von Arbeit.

Unabhängig davon, dass ein Großteil der Millionen hier lebenden Einwanderer selbst diesen Minimalanforderungen nicht genügt, stellt sich die Frage, ob das Sprechen einer gemeinsamen Verkehrssprache und die Einhaltung grundlegendster Rechtsnormen wirklich ausreichen, um eine Gesellschaft dauerhaft in ihrem Innersten zusammenzuhalten. In der Geschichte jedenfalls gibt es kein Beispiel für eine gelungene Integration. Die hierzu immer wieder gern bemühten Vergleiche zu den nach Preußen eingewanderten Hugenotten und böhmischen Brüdern hinkt auf fast jeder Ebene. Diese Einwanderer waren ihrem neuen Gastvolk kulturell sehr ähnlich. Im Wesentlichen stand nur die Sprachbarriere zwischen beiden Gruppen. Zudem vollzog sich die Immigration innerhalb weniger Jahre und war auf einige zehntausend ausgesuchte Personen beschränkt, während die heutige Einwanderungswelle nun schon seit fast 60 Jahren andauert und Millionen Menschen über die deutschen Grenzen gespült hat.

Vergleich mit Hugenotten hinkt auf allen Ebenen

Doch auch nach sozialwissenschaftlichen Kriterien handelte es sich nicht um eine Integration. Während etwa die Hugenotten zwei Generationen lang überwiegend unter sich blieben, sich also separierten, fand danach eine rasche Assimilation in die deutsche Mehrheitsgesellschaft statt. Eine solche Entwicklung ist bei einem fortdauernden Nachzug von immer mehr Ausländern aus denselben Herkunftsregionen und angesichts der Verfügbarkeit moderner Kommunikationsmittel, mit denen der Kontakt zur alten Heimat problemlos aufrechterhalten werden kann, in heutigen Zeiten illusorisch. *Dirk Pelster*

Südafrikas Aborigines begehren auf

Weder die Weißen noch die Schwarzen waren zuerst am Kap – Die Khoi-San wollen nicht länger im Schatten stehen

Vertreter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika inszenieren ihre Volksgruppe gern als die Urbevölkerung der Region. Doch dieser Anspruch sei ohne Grundlage, entgegnen die Sprecher der Khoi-San, einst Hottentotten genannt. Sie pochen nun auf ihre Rechte.

Als im Jahre 1652 die Niederländer am Kap der Guten Hoffnung landeten, war das Kapland keineswegs menschenleer, wie man später in der südafrikanischen Geschichtsschreibung oft lesen konnte. Wahr ist wohl, dass zu jener Zeit noch keine Schwarzen die Regionen an der Südspitze Afrikas bevölkerten.

Stattdessen lebten in den dünn besiedelten Landstrichen die hellhäutigen Ureinwohner des Kontinents, nämlich die als Jäger und Sammler umherstreifenden San, damals Buschleute genannt. Außerdem zogen die viehhaltenden Khoikhoi oder Khoekhoe (in der Übersetzung „eigentliche Menschen") als Wanderhirten durch die Gegend.

Die Niederländer tauften die Ureinwohner wegen der Schnalz- und Klicklaute in deren Sprachen „Hottentotten". Doch nicht bloß die Sprachen beider Völker sind sehr ähnlich, sie sind auch sonst eng verwandt. Die Schnalz- und Klicklaute wurden später sogar von einzelnen schwarzen Ethnien übernommen, die sich nach ihrer Einwanderung ins südliche Afrika mit der Urbevölkerung vermischten.

Die San verteilen sich vornehmlich auf drei Gruppen, die Khomani, die !Xun und die !Khwe. Die Khoikhoi bestanden ursprünglich aus vier Gruppen, nämlich den Griqua, den Nama, den Koranna und den Cape Khoi. Heute werden beide Volksgruppen, welche sozusagen die Aborigines Südafrikas bilden, unter der Bezeichnung Khoi-San (auch Khoisan oder Khoesan) zusammengefasst, eine Wortschöpfung des Anthropologen Leonhard Schultze, der das Wort 1928 erstmals verwendete.

Doch obwohl vereinzelt noch die alten Sprachen existieren, verständigen sich die Khoi-San untereinander auf Afrikaans, weil sie über Jahrhunderte hinweg Kontakte zu den Niederländern pflegten, aus deren Sprache Afrikaans entstand. Während der Zeit der Apartheid galten die Khoi-San ethnisch als Farbige oder Mischlinge, und auch heute noch werden sie als solche klassifiziert, wogegen sie sich immer wieder wehren.

Schwarze kamen erst ab 1770 ans Kap der Guten Hoffnung

Die Zahl der südafrikanischen Farbigen beträgt derzeit rund vier Millionen (8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung). Die Mehrheit davon besteht aus einer Mischbevölkerung, die sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet hat. Eingeschlossen sind etwa 200 000 Kapmalaien, Nachkommen von Arbeitssklaven, welche die Niederländer ab dem 17. Jahrhundert aus ihren ostasiatischen Besitzungen importierten und die fast ausnahmslos muslimischen Glaubens sind.

Die tatsächliche Zahl der Khoi-San allein in Südafrika ist nicht bekannt und wird statistisch auch nicht erfasst, doch soll es sich nach inoffiziellen Schätzungen um etwa 2400 Khoi und 4500 San handeln, die vornehmlich im Westkap und im Nordkap leben. Im südlichen Afrika insgesamt dürfte es dazu noch ungefähr 100 000 Khoi-San geben, die sich hauptsächlich auf Botswana, Namibia und Angola verteilen. Der Lebensraum aller südafrikanischen Farbigen beschränkt sich weitgehend auf die Provinz Westkap, wo sie fast die Hälfte der Einwohner ausmachen und damit die stärkste Bevölkerungsgruppe bilden.

In der Darstellung Südafrikas bleibt leider immer wieder unberücksichtigt, dass es zunächst die Weißen waren, die am Kap auf die Ureinwohner trafen und sich zum Teil mit ihnen vermischten, während die Masse der Schwarzen erst ab 1770 von Norden her ins Land einwanderte.

Die Forderung der Khoi-San nach Gleichberechtigung ihrer Kulturen ist daher durchaus verständlich. Trotzdem hatte man sie in der Verfassung von 1996 schlichtweg „vergessen", denn unter „traditionellen Völkern" verstand man ausschließlich die Schwarzen, was auch darin zum Ausdruck kam, dass neben Englisch und Afrikaans nur neun Sprachen schwarzer Völker offiziell anerkannt wurden.

Präsident Nelson Mandela gründete erst 1999 den National Khoi-San Council (NKC) als Vertretung der Urbevölkerung. Doch im Volksgruppengesetz (Traditional Leadership and Governance Framework Act) von 2003 fanden die Ureinwohner wieder keine Berücksichtigung. So kämpften sie weiter um die – in der Verfassung garantierten – Rechte, und erst im September 2015 wurde ein entsprechendes Gesetz in die Nationalversammlung eingebracht (Traditional and Khoi-San Leadership Bill), das den Vorläufer von 2003 ersetzte.

Danach sollen auf nationaler Ebene alle Volksgruppen der Schwarzen und der Khoi-San Repräsentanten in die südafrikanische Volksgruppenvertretung „National House of Traditional and Khoi-San Leaders" entsenden, außerdem gibt es entsprechende Vertretungen in den Provinzen sowie auf kommunaler Ebene. Es dauerte dann mehr als zwei Jahre, bis das Gesetz am 7. November 2017 endgültig verabschiedet wurde, doch steht noch die Zustimmung der zweiten Parlamentskammer, des Nationalrats der Provinzen aus.

Obwohl der damalige südafrikanische Vizepräsident und heutige Präsident Cyril Ramaphosa im Dezember 2017 erklärte, dass mit dem Gesetz das Recht der Khoi-San auf ihr Erbe respektiert werde, geben diese sich nicht damit zufrieden, sondern fordern darüber hinaus den Status als „First Nation" oder „First Citizens" („Erstes Volk" oder „Erste Bürger"), wie ihn die „UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker" von 2007 beschreibt. Um schließlich auch eine Rückgabe von Land einzuklagen, wandten sich die Vertreter der Khoi-San im Dezember 2015 an die Südafrikanische Menschenrechtskommission, die eine zweitägige Anhörung anberaumte. Unterstützung kam dabei von einem südafrikanischen Institut, das sich der Wiedereinsetzung von Ureinwohnern in deren Rechte widmet.



Traditionsbewusst: Zeremoniell der Khoi-San Bild: Getty

Weil ihm der Gesetzgebungsprozess zu lange dauerte und die Regierung in Pretoria weitere Zugeständnisse nach wie vor ablehnt, entschloss sich König Khoebaha Calvin Cornelius III, Oberhaupt des Königshauses der Khoi-San, im September 2017 zu einem außergewöhnlichen Schritt: Er rief im Kapstädter Kastell feierlich den „United State of Good Hope" aus und erklärte damit die Abspaltung von der Republik Südafrika.

Das Territorium dieses Gebildes soll die gesamte Westhälfte Südafrikas umfassen, also die ursprünglichen Siedlungsgebiete der Khoi-San bis zur Ankunft der Weißen und der Schwarzen. Sogar eine eigene Flagge existiert schon. In diesem Zusammenhang sei übrigens daran erinnert, dass das Motto des Staatswappens der Republik Südafrika aus dem Jahre 2000 bereits in einer der San-Sprachen, nämlich der /Xam-Buschleute, formuliert wurde. Es lautet: „!ke e: /xarra //ke", was in etwa „Verschiedenartiges, vereintes Volk" bedeutet. *Wolfgang Reith*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 18 – 4. Mai 2018

MELDUNG

Flugverbindung in den Westen

Allenstein – Seit Januar 2016 ist der Flughafen Allenstein-Masuren in Schimanen bei Ortelsburg in Betrieb. Die von dort erreichbaren Zielflughäfen ändern sich allerdings regelmäßig. Die anfangs eingerichteten Verbindungen nach München und Berlin wurden schon bald wieder eingestellt. Mit dem Flugplan des Flughafens für den diesjährigen Sommer gibt es jetzt wieder Flüge in die Bundesrepublik Deutschland. Die ungarische Fluggesellschaft „Wizz Air“ hat ab dem 14. Mai montags und freitags die Strecke ins westfälische Dortmund im Angebot. Abflug in Dortmund ist um 9.15 Uhr, die Ankunft in Schimanen ist planmäßig um 10.55 Uhr. Der Flieger in die andere Richtung startet um 11.25 Uhr und landet um 13.10 Uhr wieder in Dortmund. Die Fluggesellschaft „Small Planet“ fliegt vom 19. Juni bis zum 4. September einmal die Woche dienstags den Flughafen Köln-Bonn an. Gestartet wird in Schimanen um 15.20 Uhr, die Landung in Köln ist planmäßig für 17.05 Uhr vorgesehen. Der Rück-flug hebt um 17.55 Uhr ab und erreicht den Flughafen Allenstein-Masuren um 19.35 Uhr. Der Zubringerbus der Firma „Markus Travel“ aus Allenstein über Passenheim und Ortelsburg fährt ab Allenstein Busbahnhof um 8.30 Uhr für Flüge nach Dortmund und um 11.40 Uhr für Flüge nach Köln. Die Abfahrt am Flughafen erfolgt entsprechend um 11.30 Uhr und um 20 Uhr. Bei einer eventuellen Flugverspätung wird bis eine halbe Stunde nach Ankunft gewartet. Die Fahrzeit beträgt etwa eine Stunde. *U.H.*

»Bring zum Ausdruck, wer du bist«

Viertes Frühlingsseminar der LO für die mittlere Generation der Deutschen Minderheit in Gallingen

Am 14. und 15. April organisierte die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) für die mittlere Generation der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen im Gutshaus und Vorwerk Gallingen bei Bartenstein das diesjährige Frühlingsseminar. Neben der Geschichte der Region sowie der Besichtigung einiger Herrenhäuser stand eine Schulung mit dem Titel „Bring zum Ausdruck, wer Du bist“ auf dem Programm.

Es war das vierte Frühlingsseminar, das Edyta Gladkowska, die Vertreterin der LO in Allenstein, auf die Beine gestellt hat. Zielgruppe war die mittlere Generation von 25 bis etwa 65 Jahren, für die von den Gesellschaften der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen selten extra auf sie zugeschnittene Veranstaltungen organisiert werden. Zum einen geht es der LO um die Förderung von Kontakten und die Weiterbildung der Teilnehmer, zum anderen um die Präsentation der Gutshäuser als besonderer Ausdruck der Kultur der jeweiligen Teilregion im südlichen Ostpreußen.

Bereits der Tagungsort Gallingen erfüllt das zweite Ziel. Das Gutshaus gehörte von 1468 bis 1945 der Familie zu Eulenburg, war zuerst eine Wasserburg und stammt in seiner heutigen Form aus dem 18. Jahrhundert. Das zum Herrenhaus gehörende Gehöft ist heute ein Gestüt und Hotel, die Remise für die Pferdewagen sowie die Orangerie im Gutshaus bieten ein passendes Umfeld für eine Tagung mit bis zu 50 Teilnehmern.

Als Thema der Schulung für die Teilnehmer hatte die Referentin Irena Sosnowska den Begriff „asertywnosc“ (Selbstbehauptung) gewählt. Selbstbehauptung ist die Fähigkeit, sich der eigenen Grenzen bewusst zu sein und das auch in Konfliktsituationen, mit denen Mitglieder einer Minderheit häufiger konfrontiert werden als die Mehrheitsbevölkerung, kommunizieren zu können. Die Teilnehmer formulierten das in ihrer gemeinsamen Arbeit zum Thema als „gesunden Egoismus“, der ein „entschiedenes Ja oder Nein“ zur Folge hat, aber auch „Offenheit und Achtung vor anderen“ beinhaltet. Sie erarbeiteten die Vorteile gegenüber einer unterwürfigen und einer aggressiven Einstellung und übten an konkreten Situation typische Verhaltensweisen der Selbstbehauptung, um die entsprechenden Konflikte zu deeskalieren. Ein letzter Schritt war die Übertragung dieses Verhaltens auf die Arbeit in den Gesellschaften der Deutschen Minderheit.



Besichtigte Objekte: Oben das bereits restaurierte Gutshaus Jäglack, unten Steinort, teilrenoviert Bild: U.H. (1), E.G. (1)

Nach der Besichtigung des weitläufigen Geländes des Herrensitzes Gallingen erzählte Christian von der Groeben aus der Geschichte seiner Familie, die von etwa 1400 bis 1945 mit der Region um Bartenstein – dem zentralen Teil Ostpreußens – eng verbunden war. Er hat bei seinen Forschungen in den Archiven etwa 200 Besitzungen gezählt, die kürzer oder länger einem Mitglied der Familie von der Groeben gehört haben. Sein Zweig der Familie saß auf dem Gut Groß-Schwansfeld, das Friedrich von der Groeben, der mit Johann III. Sobieski vor Wien gekämpft und dort ein Vermögen erworben hatte, 1694 gekauft und in ein Majorat, also einen unteilbaren Grundbesitz umgewandelt hatte.

Genau dort begann am Sonntag, dem 15. April, die Exkursion der Teilnehmer des Frühlingsseminars. Das Gutshaus ist gut erhalten, muss aber renoviert werden. Der private Eigentümer hat große Pläne, wie die im Haus gelagerten Möbel zeigen, aber es fehlt ihm an finanziellen Mitteln. Dank der Ortsvorsteherin Janina Kosinska konnte aber seit ihrem Amtsantritt vor drei Jahren wenigstens der historische Friedhof bei der Gutskirche dank der Arbeit von etwa 40 Freiwilligen von Baum- und Strauchwerk befreit werden.

Ganz anders stellt sich die Situation beim Schloss der Familie von Lehndorff in Steinort dar. Hier kam es durch unachtsamen Umgang mit dem im Jahr 1945 komplett erhaltenen Gebäude und dem Einfluss der Witterung erst in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu den Schäden, die jetzt langwierig und kostspielig beseitigt werden müssen. Laut Piotr Wagner von der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, die sich um das Schloss kümmert, geht es zwar voran, aber es gibt noch sehr viel zu tun, bis das Gebäude wieder genutzt werden kann.

Fast komplett renoviert ist hingegen das Gutshaus Jäglack nach etwa fünf Jahren Sanierung. Dort sind eine Regional- und eine Fischereistube eingerichtet. Es wird unter anderem die Fischwelt von Masuren vorgestellt und die Geschichte der Renovierung dokumentiert. Zwar ist das Gebäude deutlich kleiner als das in Steinort, dennoch zeigt es deutlich, was möglich ist, wenn der Wille und finanzielle Mittel vorhanden sind.

Als letzten Punkt des Ausflugs steuerten die Teilnehmer in Prassen ein weiteres Herrenhaus der Familie zu Eulenburg an. Obwohl es nunmehr eine Ruine ist, die im Wald versteckt liegt, macht es mit seinen Dimensionen beeindruckend deutlich, welche Pracht dort in seinen besten Zeiten geherrscht haben muss.

Die Teilnehmer bedankten sich bei Gladkowska für die Organisation der Veranstaltung und bei der LO für die Finanzierung des Frühlingsseminars, *Uwe Hahnkamp*

Neuer Lieblingsort in Königsberg

Riesenmagnolie im Stadtzentrum lädt zum Verweilen und Fotografieren ein

Im Frühjahr erfreuen uns nach den langen Wintermonaten viele Blumen mit ihren bunten Farben, dank derer die Straßen und Parks besonders anziehend und verschiedenartig wirken. Unter ihnen gibt es Gewächse, die das besondere Augenmerk der Vorübergehenden auf sich ziehen. Jeder mag an den Königsberger Botanischen Garten denken, der Anfang des 20. Jahrhunderts eröffnet wurde und heute unter der Leitung der Baltischen Föderalen Kant-Universität steht. In diesem Garten wächst eine Vielzahl ungewöhnlich schöner und seltener Pflanzen.

Doch auch mitten in Königsberg gibt es einen sehr populären Baum, den man inzwischen ohne Übertreibung als Sehenswürdigkeit bezeichnen kann. Viele Touristen kennen die schneeweiße Magnolie, die auf dem Platz zwischen dem Marinestab und dem Dramentheater steht, denn jede touristische Route führt an ihm vorbei. Die Fremdenführer lenken ihre Gäste extra dorthin, damit sie seine Schönheit bewundern können. Er ist zu einem beliebten Treffpunkt geworden und dient als Hintergrund für Erinnerungsfotos.



Beliebtes Fotomotiv: Weiße Magnolie am Theater Bild: J.T..

Es handelt sich um einen Magnolienbaum, der, wie die Fremdenführer erzählen, schon vor dem Krieg dort stand. Den Königsbergern ist es sehr angenehm, solch eine Blütenpracht auf einem der zentralen Plätze der Stadt zu haben, denn in den meisten Neubau-Schlafbezirken gibt es kaum Grün, und eine solche Schönheit sucht man dort vergeblich.

Während ihrer Blüte, die meist in der Mitte des Frühlings erwacht, geht niemand an dieser Blütenpracht vorüber. Im ostpreußischen Klima erfolgt die nur kurze Blütezeit je nach Witterung zwischen Anfang und Ende April.

Die gewaltige Blüte der schneeweißen Magnolie zieht neben Touristen auch viele Fotografen, Jugendliche und Familien mit Kindern an. Magnolien kommen ursprünglich in China, Korea und Japan vor. Sie blühen, bevor sich Blätter an den Ästen entwickeln. Die Blüten riechen sehr angenehm.

In Russland werden Magnolien gern zur Landschaftsgestaltung an der Küste des Schwarzen Meeres eingesetzt, wo sich die subtropische Pflanze besonders wohlfühlt. Im Königsberger Gebiet trifft man gewöhnlich die Yulan-Magnolie (lat. Magnolia denudata) an sowie die Stern-Magnolie (lat. Magnolia Stellata). Der Schönheit dieser Gewächse sind viele Lieder und Gedichte gewidmet. Vielleicht wird auch die Königsberger Magnolie einmal in einem Werk zitiert. *Jurij Tschernyschew*

Die Stadt beugt sich

Königsberg hängt Wappen-Ausstellung ab

Im Königsberger Südbahnhof wurde Ende März eine Ausstellung mit dem russisch-deutschen Titel „Von Allenberg nach Zinten“ nach nur zwei Wochen vorzeitig abgebaut. Sie befasste sich mit den historischen Wappen Ostpreußens, und sollte eigentlich noch bis Ende Juni dauern . Die 15 Schautafeln stammten vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen und wurden vor Ort in Zusammenarbeit mit dem Museum Friedländer Tor präsentiert.

> 15 Tafeln des Kulturzentrums Ellingen betroffen

Ein Grund für die Maßnahme war offiziell nicht zu erfahren. Offenbar hatte man Sorgen wegen nationalistischer Umtriebe, die sich in Zeiten internationaler Spannungen in Zerstörungen von Schautafeln manifestieren könnten. Tatsächlich haben manche Kulturfeinde nach wie vor Probleme mit der Geschichte des Gebietes. Einer gewissen Klientel stieß es sauer auf, dass ein nennenswerter Teil der heutigen russischen Stadtverwaltungen die alten deutschen Wappen ihrer Orte für sich entdeckt und oft sogar offiziell übernommen hat. Für jedermann zu bemerken war dies unlängst anlässlich der russischen Präsidentenwahl, als Wahlurnen erstmals mit Hoheitszeichen geschmückt werden durften: In vielen nordostpreußischen Städten kamen dabei deren frühere Embleme zum Einsatz, die vor Ort niemanden störten, wohl aber ein paar einschlägig bekannte Figuren aus dem Internet. Diese schüren bereits seit Längerem die Angst vor einer schleichenden „Regermanisierung“ des Königsberger Gebiets unter der Bevölkerung, wie schon bei der Schließung des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg (die *PAZ* berichtete) geschehen. *T.W.W./PAZ*

»Aus tiefer Not schrei ich zu dir!«

Erinnerungen einer ostpreußischen Schülerin an ihre Flucht

Die 14-jährige ostpreußische Schülerin Hildegard Schulz, die mit ihrer 41-jährigen Mutter, ihrer 81-jährigen Großmutter und ihrer 8-jährigen Schwester mit der „Andros" nach Swinemünde gekommen war, überlebte nur knapp den Untergang des Schiffes. Sie hat das Erlebte in ihrem Tagebuch festgehalten. Ein Auszug daraus:

Unsere Flucht aus dem von den Russen bedrohten Löwenhagen im Kreis Königsberg begann am 25. Januar 1945. Bei minus 20 Grad verließen wir mit dem letzten Zug Löwenhagen und fuhren nach Königsberg. Kaum angekommen, wurde meine Mutter während des Beschusses durch Stalinorgeln schwer verwundet. Man wies uns eine Bleibe im Keller der Ponarth-Brauerei zu, in dem wir bis Anfang März blieben. Ich versuchte in dieser Zeit, meine Mutter wieder gesund zu pflegen. Die Wochen in der von den Russen belagerten Festung waren schrecklich. Jeden Tag gab es Fliegeralarm. Die Einschläge von Artilleriegranaten erfolgten immer häufiger. Sich tagsüber nach draußen auf die Straße zu begeben, war lebensgefährlich.

In den ersten Märztagen verließen wir unser Kellerquartier in Königsberg-Ponarth. Zu viert versuchten wir, nach Pillau zu kommen, zunächst zu Fuß, das letzte Stück mit der Bahn. In Pillau standen wir dann im Hafen und suchten ein Schiff, wie Hunderte anderer Flüchtlinge. Wir hatten Glück. Schon einen Tag später, am 5. März, durften wir an Bord des Frachtdampfers „Andros" gehen. Das Schiff war schon hoffnungslos überbelegt, trotzdem fanden wir noch einen Platz im Vorschiff. In der folgenden Nacht verließ der Frachter den Hafen von Pillau.

Wie wir hörten, sollte die „Andros" uns Flüchtlinge nach Swinemünde bringen, dort ausladen und wieder nach Pillau zurückkehren, um weitere Flüchtlinge zu holen. Man sagte uns, die Fahrt nach Swinemünde würde nur zwei Tage dauern.

Doch bereits vor der Halbinsel Hela musste die „Andros" ankern; der Wind hatte sich zum Sturm entwickelt und die Windstärke 10 erreicht. Der Kapitän wollte kein Risiko eingehen und wagte es nicht, mit dem mit etwa 2000 Menschen völlig überladenen Schiff die Fahrt fortzusetzen. In der Nacht gab es Fliegeralarm. Die Angreifer setzten „Christbäume" an den Himmel, um ihre Angriffsziele besser erkennen zu können. Doch der „Andros" passierte nichts. Wahrscheinlich lohnte sich ein Angriff auf ein so kleines Schiff nicht. Auch am nächsten Tag lagen wir noch vor der Halbinsel Hela.

Ich war jung, neugierig und wissensdurstig und streifte bald durch das ganze Schiff, über alles hinwegsteigend, was sich mir in den Weg stellte, denn auch die schmalen Gänge waren voller Flüchtlinge und deren Gepäck. Bei einem dieser Rundgänge folgte ich einer unerklärlichen Eingebung, mit der ich zu meiner Mutter zurückkam und sagte: „Mutti, hier im Vorschiff bleibe ich nicht, ich möchte ins Mittelschiff." Meine Mutter wollte erst nicht, ließ sich aber schließlich doch dazu überreden. So schleppte ich dann mühselig erst unsere Oma, dann unsere letzte Habe in das Mittelschiff, wo ich uns bereits einen Platz ausgesucht hatte.

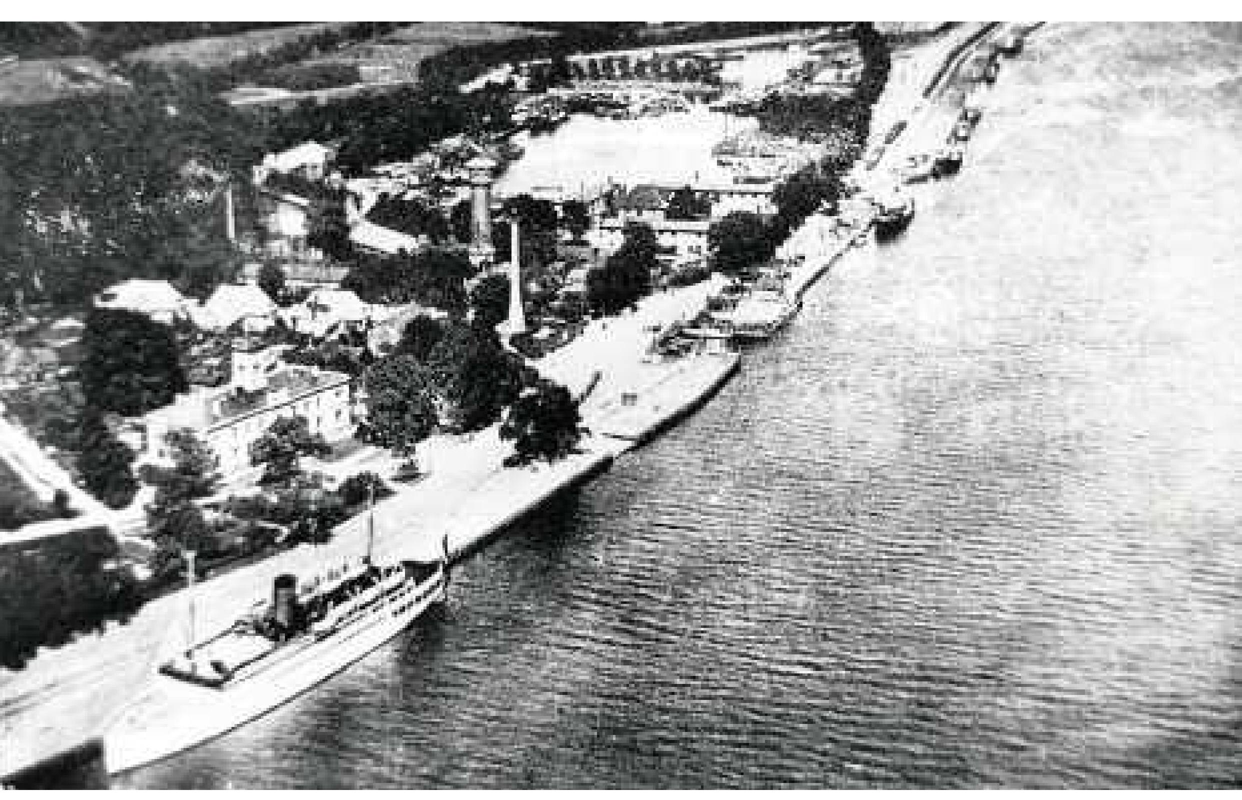
Nach zwei Tagen lagen wir immer noch vor Hela. Erst als sich das Wetter gebessert hatte, setzte die „Andros" ihre Fahrt fort. Häufig kam es zu Unterbrechungen durch Flieger- und U-Boot-Alarm. Doch es gab immer wieder Entwarnung, da glücklicherweise nichts geschah.

Unsere Fahrt von Pillau nach Swinemünde dauerte nicht zwei, sondern sechs Tage und Nächte. Nach dem zweiten Tag der Fahrt war die Verpflegung ausgegangen, es gab jetzt nichts mehr zu essen.

Am dritten Tag war auch das Trinkwasser verbraucht. Viele Flüchtlinge hatten etwas Verpflegung dabei. Man teilte, solange man konnte. Einer half dem anderen. Es bildete sich eine Art Notgemeinschaft an Bord.

Am vierten Tag hatte niemand mehr etwas Essbares, doch das Schlimmste war der Durst. Durchfall verbreitete sich. Die Zahl der Kranken wurde immer größer. Doch es gab weder einen Arzt noch einen Sanitäter oder eine Krankenschwester an Bord. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung griffen um sich. Jeder hoffte, dass die Fahrt bald zu Ende sei. Doch es dauerte und dauerte. Dann wurde es wieder Nacht.

Ich erinnere mich an laute Gebete der Flüchtlinge. Plötzlich stimmte irgend jemand unter uns das Lied an: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir!" Viele sangen mit. Der Gesang klang dumpf und verzweifelt – ich werde ihn in meinem ganzen Leben nicht vergessen können, so schauerlich, Herz und Seele durchdringend, erklang dieses Lied. Mir lief es dabei kalt über den Rücken, obwohl ich fast noch ein Kind war. Vielleicht hat sich mir deshalb dieses Lied so tief in die Erinnerung eingebrannt.



Flüchtlingsschiffe „Andros", „Hilde", „Tolina" und „Ravensberg" in Swinemünde

Wir dankten alle Gott, als wir am 12. März bei klarem Himmel und Sonnenschein gegen 11.00 Uhr in den Swinemünder Hafen einliefen. Der Kapitän hatte Mühe, einen freien Ankerplatz zu finden, denn der ganze Hafen lag voller Schiffe.

Der Frachter „Andros" legte hinter einem kleinen Passagierschiff am Kai an. Um 11.20 Uhr wurden die Seitenpforten geöffnet, die Gangway wurde hinausgeschoben – die Ausschiffung der Passagiere der „Andros" begann. Die ersten Flüchtlinge hatten gerade die Gangway betreten, da gab es Fliegeralarm. Ehe die Menschen überhaupt wussten, wo sie Schutz suchen sollten, fielen schon Bomben auf den Swinemünder Hafen, die Schiffe, die Stadt und die Menschen.

Eine der ersten Bomben fiel auf die Gangway des Dampfers „Andros". Die darauf stehenden Menschen wurden in Stücke gerissen und durch die Luft geschleudert. Kurz darauf traf eine zweite Bombe das Achterschiff; im Nu brannte es lichterloh.

Die Bomben trafen auch einen überfüllten Flüchtlingszug, der abfahrbereit auf dem Gleis an der Pier steht. Wir, die wir uns vor wenigen Augenblicken auf den Weg gemacht hatten, um von Bord zu gehen, erschraken fast zu Tode, als wir ein furchtbares Heulen, Krachen und Bersten hörten und ein Geschrei begann, als würde die ganze Welt untergehen. Da das Schiff sofort Schlagseite bekam, ahnten wir, dass es von einer Bombe getroffen worden war und sinken würde.

Wir spürten die große Gefahr, in der wir uns befanden. Meine Mutter und meine kleine Schwester waren vor mir oben auf dem Deck. Es gelang ihnen mit Hilfe anderer, auf das vor uns liegende Schiff überzusteigen. Währenddessen bemühte ich mich, mit meiner 81-jährigen Großmutter nach oben zu gelangen und meiner Mutter auf das andere Schiff nachzufolgen. Doch das schaffte ich mit meinen schwachen Kräften nicht. So musste ich schweren Herzens unsere alte Großmutter liegenlassen. Mit letzter Kraft gelang mir noch das Übersteigen auf das andere Schiff. Ich war wohl die Letzte, der das glückte, denn da der Abstand zwischen der „Andros" und dem davor liegenden Schiff immer größer wurde, fielen die mir folgenden Leute zwischen den Schiffen in das Hafenwasser. Immer mehr Bomben hagelten auf den Hafen. Wir liefen, so schnell wir konnten, in einen in unmittelbarer Nähe befindlichen großen Bunker. Unsere letzte Tasche mit allen Ausweispapieren hatten wir auf der „Andros" zurücklassen müssen. Jetzt besaßen wir nur noch das, was wir auf dem Leibe trugen.

Um 12.45 Uhr wurde Entwarnung gegeben. Die Bombardierung des Hafens und der Stadt Swinemünde war vorbei. Zurück blieben, wie wir später hörten, über 20000 Tote und viele tausend Verletzte.

Als wir den Bunker verlassen hatten, erlebten wir an diesem Trauertag eine freudige Überraschung. Unsere Oma war noch von der brennenden „Andros" gerettet worden. Matrosen hatten sie mit einem an einem Kran befestigten Netz von Bord der „Andros" auf den Kai gehievt. Oma war verletzt und nicht ansprechbar. Ein Sanitätsauto brachte sie nach Greifswald. Wir haben nie wieder etwas von ihr gehört und nie erfahren, wann, wie und wo sie gestorben ist und wo sie ihre letzte Ruhe fand.

In dem durch den Bombenangriff fast völlig zerstörten Swinemünde konnten wir nicht bleiben. Zu dritt setzten wir unsere Flucht fort. Sie endete nach einigen Wochen in Neustadt-Glewe in Meklenburg.

Dort aber wurden wir von den Russen eingeholt. Sie zwangen uns, dahin zurückzukehren, wo wir hergekommen waren und vor unserer Flucht gewohnt hatten – wir mussten zurück nach Löwenhagen in Ostpreußen.

Es war ein abenteuerlicher Weg zurück. All unsere Mühe, den Russen zu entkommen, war letztlich umsonst gewesen. In Löwenhagen angekommen, schickte man uns weiter nach Insterburg. Hier blieben wir bis zum Herbst 1948 und waren gezwungen, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Dann aber kam der „Tag der Vertreibung", für uns ein „Tag der Befreiung". Wir wurden in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands ausgewiesen. Dort, wieder unter den Russen, wollten wir aber nicht bleiben. Wir machten uns noch einmal auf die Flucht. Bei Helmstedt gingen wir über die Grenze in das westliche Besatzungsgebiet Deutschlands. Von dort fuhren wir weiter nach Hamburg, zu unserem Vater, der den Krieg überlebt hatte. Nach dreieinhalb Jahren war unsere Flucht endlich zu Ende.

Mit Genehmigung des Verlages entnommen dem Buch: „Pommern auf der Flucht. Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen", 2. Auflage 2016, Zeitgut Verlag, Berlin, 444 Seiten 19,90 Euro

Östlich von Oder und Neisse

Kreative Stadt ohne kreative Werbung

Die UNESCO-Kreativstädte tauschen sich in Kattowitz aus

Mitte Juni findet der „12. Internationale Kongress Kreativer UNESCO-Städte" statt. 450 Delegierte aus fast 200 Ländern der Welt finden sich in der oberschlesischen Metropole Kattowitz ein. „Das Programm der Kreativen Städte (Creative Cities Network) vernetzt weltweit Städte, die Erfahrungen, Strategien, Ideen und modellhafte Praxis im Bereich zeitgenössischer Kunst und Kultur, einschließlich der Kulturwirtschaft, austauschen wollen", heißt es seitens der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Das Netzwerk der Kreativen Städte wurde 2004 gegründet. Während in diesem globalen Netzwerk bereits vier deutsche Städte ihren Platz fanden, nämlich Hannover und Mannheim als Städte der Musik (2014), Heidelberg als Stadt der Literatur (2014) und Berlin als Stadt des Designs (2005), tragen in der Republik Polen erst drei Städte diesen Titel: Krakau als Stadt der Literatur (2013), Lodsch als Stadt des Films (2017) und Kattowitz als Stadt der Musik (2015). Kattowitz teilt sich den Titel der UNESCO-Städte der Musik mit 30 anderen Städten weltweit.

Dieser Titel soll Kattowitz zu einer neuen Wahrnehmung verhelfen, eben nicht mehr nur als Industriestadt. Kattowitz hat – was Musik betrifft – viel zu bieten: das 1945 gegründete Nationalsymphonieorchester des Polnischen Rundfunks, die Schlesischen Philharmonie, mehr als 20 Konzertsäle, 30 Musik-Klubs, mehreren Plattenfirmen und Aufnahmestudios und nicht zuletzt die 1929 gegründete Musikhochschule, die berühmte Komponisten ausgebildet hat wie Wojciech Kilar, Henryk Mikołaj Górecki oder Krystian Zimerman. Kattowitz ist Gastgeber des weltweit größten Hallen-Festivals „Rawa Blues" oder des internationalen Festivals für alternative Musikrichtungen „Off-Festival". Die Kattowitzer Sport- und Veranstaltungshalle „Spodek" (Untertasse) ist internationaler Treffpunkt für Rock- und Heavymetal-Fans.



Foto: Wagner

Rockgruppe „Oberschlesien"

Der Titel Musikstadt scheint jedoch die Bevölkerung und auch die Medien nicht wirklich erreicht zu haben. Vielleicht war die Wahl zur UNESCO-Musikstadt nicht ganz glücklich gewählt, denn ein Jahr später stahl eine andere schlesische Metropole den Oberschlesiern die Show – Breslau mit dem Titel der Europäische Kulturhauptstadt 2016.

„Der Titel ist wie eine Zugehörigkeit zu einem elitären Klub", so Tamara Kaminska, stellvertretende Leiterin der Kattowitzer „Bochenek-Kulturinstitution", die infolge der Titelvergabe 2015 an Kattowitz zur Vermarktung eben dieses Titels ein Jahr später 2016 gegründet wurde. Vielleicht ist es ein zu elitärer Klub, denn die Strahlkraft der Werbung für die UNESCO-Musikstadt ist bis heute kaum spürbar.

Eigentlich liegt das Musizieren vielen Kattowitzern im Blut. Hier gibt es, wie sonst in der Republik Polen nur in Posen, Chöre und Blasorchester, die auf eine kontinuierliche Geschichte von über 100 Jahren zurückblicken können. Doch um dies publik zu machen, müsste man sich eingestehen, dass die Laien-Musikbewegungen seinerzeit eben aus der deutschen Tradition entstanden. Viele Gospel-, Rap- oder Rockgruppen greifen auf die Tradition der Vorfahren zurück – die bekannteste ist die landesweit bekannte Rokkgruppe „Oberschlesien".

Der vom 12. bis zum 15. Juni stattfindende Weltkongress der UNESCO-Kreativstädte sei eine geschlossene Veranstaltung, heiß es auf der Internetseite der polnischen UNESCO-Kommission. Für die Öffentlichkeit werden vom 7. bis zum 17. Juni Begleitveranstaltungen angeboten, darunter ein Literaturfestival mit Autoren aus den USA, Litauen, Slowenien und Russland, ein Fest des Brotes, das Musikfestival der Gartenwelten, eine Veranstaltung, die seit 2013 in Kattowitz stattfindet, ein Elektro-Musik-Konzert und ein Handwerkermarkt. Dies alles sind keine neuen Veranstaltungen und sie werden dem Titel Kreative UNESCO-Stadt daher nicht wirklich gerecht.

Die Organisation des internationalen Kongresses führen die Musikstadt Kattowitz und die Literaturstadt Krakau gemeinsam durch. Beide Kreativstädte präsentierten sich in der Kulturhauptstadt Breslau 2016. Vielleicht hätten die Titelträger etwas in Sachen Werbung von den Breslauern lernen sollen.

Chris W. Wagner



ZUM 101. GEBURTSTAG

Blumreiter, Senta, geb. **Litty**, aus Seehuben, Kreis Schloßberg, am 9. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hohmann, Irma, geb. **Bondzio**, aus Lyck, am 4. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Seestädt, Franz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartelt, Horst, aus Treuburg, am 4. Mai
Theiß, Hedwig, geb. **Wisotzki**, aus Lyck, am 7. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Müller, Frieda, geb. **Freitag**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 8. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czerwonka, Gertrud, aus Lyck, am 9. Mai
Deimann, Hanna, geb. **Wiede**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Quassowsky, Ilse, geb. **Conrad**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartels, Anneliese, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Christian, Fritz, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. Mai
Heinze, Elfriede, geb. **Eckstein**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 5. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bublitz, Kurt, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Hofmann, Gisela, geb. **Wisniewski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Jeromin, Käthe, geb. **Riemenschneider**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 5. Mai
Kaczinski, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Müller, Elfriede, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai
Orlowski, Kurt-Friedrich, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. Mai
Parsczenski, Johanna, geb. **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Pörschke, Johannes, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. Mai
Ruttens, Ilse, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai
Skubich, Irene, geb. **Mörer**, aus Balow, Kreis Lyck, am 9. Mai
Staklies, Waltraut, geb. **Neumann**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai
Sundermann, Erna, geb. **Fedder**, aus Fischhausen, am 5. Mai
Wischnewski, Fritz, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bastek, Gertrud, geb. **Piotrowski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Burdina, Grete, geb. **Grzanna**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Fabritz, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 6. Mai
Genenz, Ruth, aus Lötzen, am 5. Mai
Grallert, Hildegard, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. Mai
Guddat, Erika, geb. **Czarnetta**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Küsener, Erna, geb. **Sotzek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Maguhn, Kurt, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Pankler, Ernst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Peters, Hildegard, geb. **Schneidereit**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Türke, Erna, geb. **Kruschewski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 5. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bierfreund, Heinz, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Gornecki, Gertrud, geb. **Botzkowski**, aus Osterschau, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Hartmann, Walter, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Kluth, Eleonore, geb. **Gasche**, aus Monken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Schmitz, Erna, geb. **Duchnitzki**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
Schrull, Martha, geb. **Roseneck**, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 4. Mai
Winter, Helga, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 4. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bloch, Edeltraud, geb. **Kensy**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Christochowitz, Max, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 5. Mai
Klönner, Ingeborg, geb. **Nitsch**, aus Wehlau, am 4. Mai
Kock, Gerda, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Kondoch, Dr. Hartmut, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 8. Mai
Krämer, Adelheid, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 5. Mai
Lau, Waltraut, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, am 7. Mai
Pasternak, Erika, geb. **Weisflog**, aus Wehlau, am 10. Mai
Soppa, Werner, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Waschulewski, Friedrich, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Wenzel, Gerhard, aus Lyck, Yorkplatz 5, am 5. Mai
Wojke, Elisabeth, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 7. Mai
Zielke, Ernst, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 5. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Chucholowski, Richard, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 10. Mai
Frank, Gisela, geb. **Killeit**, aus Weislacken, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Jelinski, Werner, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 8. Mai
John, Edeltraut, geb. **Duscha**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Klee, Käthe, geb. **Meyer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. Mai
Kuhn, Herbert, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 9. Mai
Lellek, Irmgard, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Liebergesell, Manfred, aus Soffen, Kreis Lyck, am 8. Mai
Milewski, Manfred, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Moser, Hildegard, geb. **Schwermer**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Müller, Anneliese, geb. **Gregel**, aus Borken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Podbielski, Reinhold, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 7. Mai
Puttnins, Gertrud, geb. **Waschnewski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 7. Mai
Quast, Martha, geb. **Sokolowski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 9. Mai
Rosteius, Ursel, geb. **Wiersbitzki**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Mai
Rudat, Diethelm, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Schollbach, Gerhard, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Sigwart, Brigitte, geb. **Achenbach**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 10. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bond, Elfriede, geb. **Schiffkowski**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Domnik, Günter, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Efing, Edeltraut, geb. **Chmielewski**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 7. Mai
Gottowik, Siegfried, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 10. Mai
Gunia, Elsbeth, geb. **Kossak**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 9. Mai
Hassenpflug-Reimer, Inge, geb. **Hassenpflug**, aus Ortelsburg, am 9. Mai
Hildebrandt, Harmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Kersten, Sieghard, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. Mai
Kositzki, Edith, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Krause, Ulrich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Kuster, Edith, geb. **Tuttas**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 1. Mai
Leidert, Erich, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Marwitz, Gerhard, geb. **Mlinartowitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Milewski, Irmgard, geb. **Glanert**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Morgenroth, Dietrich, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Mutschke, Gerda, geb. **Klingschat**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Nuding, Helga, geb. **Alexander**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 10. Mai
Olschewski, Gerhard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Olschewski, Hanni, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 6. Mai
Payk, Heinz, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Philipp, Hildegard, geb. **Krause**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Schönke, Ulrich, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Schwaß, Kurt, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 10. Mai
Sradnick, Rosemarie, geb. **Gruber**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Syplie, Ulrich, aus Wehlau, am 4. Mai
Unrau, Ingeburg, geb. **Murawski**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 4. Mai
van Buerck, Brigitte, geb. **Hensel**, aus Lyck, am 6. Mai
Waschkewitz, Brigitte, aus Lyck, am 7. Mai
Waschko, Horst, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Wielk, Rainer, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bohne, Edith, geb. **Gralla**, aus Friedrichshagen, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai
Gerken, Jutta, geb. **Marzein**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Hochleitner, Gerd, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 10. Mai
Mattern, Dietrich, aus Eisenberg, am 5. Mai
Schmischke, Gerlinde, geb. **Sterkau**, aus Ebenrode, am 6. Mai
Schönfelder, Astrid, geb. **Sinofzik**, aus Lötzen, am 3. Mai
Thiede, Dietrich, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Mai
Tkacz, Ingrid, geb. **Schindowski**, aus Mohrungen, am 5. Mai

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2018
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

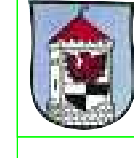


ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Kreistreffen

Handeloh – Sonntag, 5. Mai, 11 Uhr, Hotel Fuchs, Hauptstraße 35: Jahreshaupttreffen.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatreise

In der Zeit vom 14. Juni bis 22. Juni wollen wir von Rotenburg (Wümme) über Danzig (Stadtrundfahrt) und Zwischenübernachtung in Zoppot Angerburg und Masuren aufsuchen und im Hotel Wodnik in Lötzen übernachten. Über Marienburg (zirka 2,5 bis 3 Stunden Aufenthalt), Elbing, Frauenburg, Mehlsack, Landsberg, Liski werden wir am 16. Juni abends Lötzen erreichen. Auf der Rückfahrt von Lötzen am 21. Juni fahren wir über Allenstein nach Thorn und werden dort im Hotel „Mercure" Centrum übernachten. Es besteht die Möglichkeit, nachmittags die Stadt zu besichtigen. Am 22. Juni verlassen wir Thorn gegen 7.30 Uhr und werden Rotenburg (Wümme) gegen 20 Uhr erreichen. Es sind nur noch wenige Restplätze frei. Bei Interesse erhalten Sie weitere Auskünfte unter Telefon (040) 55 2222 1. *Kurt-Werner Sadowski*



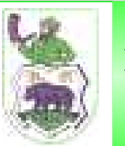
ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatgruppe

Hamburg – Dienstag, 15. Mai, 14 Uhr, Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen.

Dittchenbühne
Elmshorn – Pfingstsonntag, 20. Mai, 10 bis 16 Uhr: Flohmarkt. Stände können gemietet werden. E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimattreffen

Schmalkalden – Sonntag, 13., bis Mittwoch, 16. Mai, Hotel Jägerklause, Schmalkalden (Thüringen): Heimattreffen der Schwägerauer, Eichensteiner und Waldhausener. Information bei Siegfried Schulz, OT Braunsberg 6, 18276 Zehna oder Telefon (038458) 50552.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet www.preussische-allgemeine.de

KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Nachdruck

Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944–1945" vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Dieser liegt nun vor.

Das Werk ist bereits in den Jahren 2014 und 2015 von Bärbel Beutner in den einschlägigen Heimatbriefen eingehend und mit

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Zusendungen für Ausgabe 20

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 20/2018 (Erstverkaufstag: 18. Mai) bis spätestens Mittwoch, 9. Mai an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechungen zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.

In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewsli, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

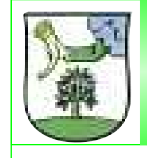
Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollten die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und so weiter geschildert. Jede militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln und Presseartikel aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Regionaltreffen

Leipzig – Sonnabend, 9. Juni, 9 Uhr, Kleingartenverein „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Die Landesgruppe Sachsen, die Kreisgemeinschaften Labiau und Wehlau und der Verein Samland laden zum Regionaltreffen. Ostpreußen aus allen Teilen sind herzlich willkommen. Anmeldung: Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

Wolfskinder

Ellingen – Das Kulturzentrum Ostpreußen zeigt noch bis Sonntag, 2. September, die Sonderausstellung „Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“. Kulturzentrum Ostpreußen, Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de.



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

2. Berliner Treffen

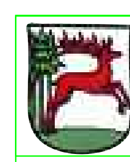
Berlin – Donnerstag, 17. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg: Treffen der neugegründeten Memellandgruppe mit aktuellem Bericht und Informationen vom Vertretertag und aus Memel. Gäste sind natürlich willkommen!

Fahrverbindung zum Rathaus Charlottenburg: U-Bahnhof Richard Wagner Platz. Nähere Informationen bei Hans-Jürgen Müller, Telefon (0171) 5483892.

Neue Gruppe

Berlin – Am 28. März war es endlich soweit: Sieben der neun Mitglieder umfassenden Memellandgruppe trafen sich im Restaurant „Nolle“ und folgten damit einer Einladung von Uwe Jurgsties und Hans-Jürgen Müller zu einer ersten Begegnung. Das Interesse an einer Berliner Gruppe war bei allen ausgesprochen groß. Alle Teilnehmerinnen wurden noch im Memelland geboren, die jüngste 1956. Nach einem ausgiebigen Plachandern und Kennenlernen waren sich alle einig, dass solche Treffen regelmäßig stattfinden sollten! Am Schluss der ersten Begegnung zeigten sich alle Teilnehmerinnen besonders begeistert, als ihnen Hans-Jürgen Müller einen zweisprachigen Kalender der „Alte Straßen Memel“ überreichte, der von der Simonaitytes Bibliothek produziert wurde auf der Grundlage von Bildkarten des AdM-Archivs.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Landesbezirketreffen

Sonnabend, 12. Mai: Treffen der Landbezirke Flammberg, Großalbrechtsort, Groß Dankheim, Grünlanden, Klein Dankheim, Montwitz, Neufließ, Rodefeld und Rohrdorf, Alt Werder, Borkenheide (Borken, Eckwald, Eschenwalde, Fröhlichshof, Fröhlichswalde, Glauch, Großheidenau, Hellengrund, Jakobswalde, Kahlfelde, Kannwiesen, Klein Heidenau, Neuenwalde, Neu Werder, Paterschobensee, Radegrund, Röblau, Schrötersau, Treudorf, Wacholderau, Wagenfeld und Waldpusch, Babanten, Bottau, Dimmern, Groß Borken, Haasenberg, Kobulten, Moithienen, Parlösen, Pfaffendorf, Rogenau, Rudau, Ruttkau, Saadau und Waldrode, Finsterdamerau, Freudengrund, Groß Schiemanen, Klein Schiemanen, Korpellen Forstamt, Kutzburg, Maldanen, Materschobensee, Schobendorf, Schobensee, Seedanzig, Wiesendorf, Worfengrund, Anhaltsberg, Geislingen, Malschöwen, Mensguth Dorf, Mensguth Vorwerk, Rummau Ost, Rummau, Samplatten, Stauchwitz, Wappendorf, Kirchspiel Willenberg.





Berlin: Das erste Treffen der Memellandgruppe Bild: privat



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Kulturnacht

Itzehoe – Sonnabend, 5. Mai, Haus der Heimat: 16. Itzehoer Kulturnacht.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Stinthengstwasserung

Remscheid – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Hindenburgstraße 133: 57. Traditionelle Stinthengstwasserung am Stadtparkteich beim Schützenplatz.



TILSIT-RAGNIT

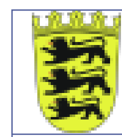
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit. Am Vorabend, also am Freitag, 25. Mai, findet ein gemeinsames Abendessen um 18.30 Uhr statt mit einem gemütlichen Beisammensein im Anschluss. Es erwartet Sie ein vielfältiges Programm bei freiem Eintritt (um eine Spende wird gebeten.) Festredner ist LO-Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Thüne. Hotelzimmer (DZ 94, EZ 64) können unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de gebucht werden.

Texte und Bilder bitte an rinser@preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 15. Mai, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 5. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Obligatorisches Frühlingsfest der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Reutlingen.

Wir laden alle Mitglieder und Freunde unserer verloren Heimat herzlich ein. Mit Kaffee und Kuchen wollen wir bei netter Unterhaltung das Fest einläuten. Anschließend begrüßte ich als 1. Vorsitzende die Anwesenden.

Die musikalische Unterhaltung liegt in den Händen der Professoren-Band der Uni Reutlingen. Mit Frühlingsliedern, Heimatliedern und weiteren bekannten Melodien auch zum Mitsingen werden wir bestimmt einige schöne Stunden beieinander erleben. Unterhaltsame Kurzvorträge werden wir auch zu hören bekommen.

So bitten wir um zahlreiches Erscheinen. Bringen Sie auch gerne Freunde und Bekannte mit.

Ilse Hunger

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Mai, 15 Uhr, Orangerie: „Schatzkästchen alte Dias“ – Bilder von Reisen aus den Jahren 1980 bis 1994 nach Ost- und Westpreußen.

Bamberg – Mittwoch, 16. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Muttertagsfeier.

Hof – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Treffen zum Thema „Muttertag“.

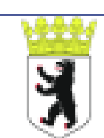
Landshut – Dienstag, 15. Mai, „Insel“: Zusammenkunft mit Essen nach Karte.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Sudeten mit Ostpreußen

Kärnten – Anmeldung zum 22. Ferientreffen in Seeboden am Millstätter See vom 24. bis 30. Juni an Tourismusverband, E-Mail: susanne.kuttin@ktn.-gde.at, Telefon (0043) 4762 8125512.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

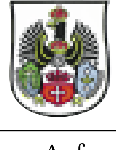
KREISGRUPPEN



Rastenburg – Sonnabend, 5. Mai, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24 B, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



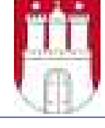
Frauengruppe – Mittwoch, 9. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 11. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

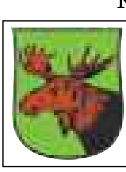


HAMBURG

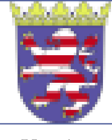
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Mittwoch, 9. Mai, ab 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Tag der offenen Tür. Das Haus der Heimat befindet sich nahe der Haltestelle S1, S3 „Stadthausbrücke“; U3 „Rödingsmarkt“ oder Buslinie 6 und 37 „Michaeliskirche“. Im Rahmen der Europawoche in Hamburg lädt der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg ein zu Vorträgen über Europa, die Integrationsarbeit und Karl Marx. Ein Imbiss wird gereicht. Der Eintritt ist frei. Ein Spendenbeitrag wird erbeten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Dienstag, 15. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, Hamburg-Niendorf: Treffen der Gruppe zum gemütlichen Nachmittag mit gemeinsamem Kaffeetrinken, Schabbern und mit fröhlichen Vorträgen über den Frühling in unserer Heimat sowie in Hamburg rundherum. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft erteilt Helga Bergner unter Telefon (040) 5226122.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Unser Treffen am 14. April hatte den Sinn die ostpreußische Mundart als Gedankengut wieder aufzugreifen und in das Gedächtnis zurückzurufen.

Die Veranstaltung begann mit einer Plachanderstunde bei einer guten Tasse Kaffee mit Kuchen. So wurde der offizielle Teil etwas später eröffnet. Gerhard Schröder und Christian Keller begrüßten die Anwesenden, darunter auch wieder einige Gastbesucher. Christian Keller übermittelte auch Grüße von seiner Frau, die aus gesundheitlichen Gründen an den letzten Veranstaltungen nicht teilnehmen konnte. Für den Blumenschmuck sorgte wie immer Waltraud Barth, und das geistliche Wort wurde wiederum durch Herrn Turowski übermittelt.

Nach den Glückwunschworten an die Geburtstagskinder der letzten vier Wochen durch Anni Oest bereitete sich Gerlinde Groß vor, mit ostpreußischem Sprachtum den Nachmittag zu gestalten.

Über allem steht und stand zum Plachandern, Schabbern und Weitererzählen ein seltsames Deutsch der wunderbaren breiten ostpreußischen Mundart mit ihren schönen sonderbaren Ausdrucksformen. Eine Klammer für das überlebenswichtige Zusammenhalten war und ist das Heimatgefühl und das Band der einzigartigen schönen ostpreußischen Mundart. Die ostpreußische Sprache ist ein so starkes Band. Sie bringt die Augen der Landsleute zum Leuchten, ganz egal aus welchem Heimatkreis man kommt. Einen Ostpreußen erkennt man gewöhnlich beim ersten Wort, wenn die Mundart in den Familien gepflegt wurde. Die Ausdrucksweise der Sprache mit ihrer unverwechselbaren Mixtur von Vokalen. Geradezu das „Eii“, „iii“ oder „che“ lassen die Worte zärtlicher klingen. „Eii Duche, Trautste wie jeit et di denn.“ Bei einem „Nein“ wird mit der Ausdrucksart wie „nei“ oder „neiche“ dem Wort die Schärfe genommen, und es klingt fast wie eine Entschuldigung. Den Abschluss der Worte von Gerlinde Groß bildete eine Geschichte über die zwei Bauern Schneidereit und Stepotat, die im Zug der Reichsbahn von Allenstein nach Königsberg fuhren, vorgetragen in unverfälschter ostpreußischer Mundart.

Mit sehr viel Beifall bedankten wir uns bei Gerlinde Groß für ihren gelungenen Beitrag und beendeten dann gemeinsam das Ostpreußen-Lied „Land der dunklen Wälder“ singend unsere heutige Veranstaltung.

Erinnern möchten wir jetzt schon an unser nächstes Treffen am 12. Mai. Mit musikalischer Unterstützung durch Walter Fischer, Gesang und Gedichten wollen wir den Nachmittag gestalten.

Wir wünschen allen Kranken eine gute Genesung und hoffen, dass sie bald wieder an unseren Veranstaltungen teilnehmen können. *Christian Keller*

Wetzlar – Montag, 14. Mai, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“: Treffen zum Thema „Königsberger Diakonissen“.

Die Abiturientin Julia Haas (Gießen), die sich mit der Lebensgeschichte der ostpreußischen Diakonissen auseinandergesetzt hat, spricht über das Leben der Oberin Charlotte Bamberg. Diese hat nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses auf dem Altenberg und in Wetzlar wesentlich geprägt. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Mai, Abfahrt 9 Uhr, Busbahnhof am Hauptbahnhof Wiesbaden: Busfahrt zum Dudenhofen bei Speyer. Im dortigen Spargelhof ist eine Führung durch die Spargelfelder; anschließend erwartet Sie ein reichhaltiges Spargelbuffet in der Hofschänke. Wer möchte: Einkauf im Hofladen. Der Fahrpreis beträgt 45 Euro pro Person einschließlich Fahrt, Besichtigung, Mittagessen. Anmeldung bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521. – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen zum Thema „Schiffe rollen über Berge“, Vortrag mit Bildern von Dittmar Langner. Er erzählt vom „Oberlandkanal – gestern und heute“ anhand von authentischem Bildmaterial und durch seine zahlreichen Reisen nach Ostpreußen. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 17. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Matscholle. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 11. Mai, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



Wiesbaden: Vorsitzender Dieter Schetat Bild: privat

BERICHT

Wiesbaden – Beim Monatstreffen, das zugleich satzungsgemäße Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) war, berichtete ich, Dieter Schetat, als Vorsitzender über die Tätigkeit des Vorstandes und die stattgefundenen Veranstaltungen des Geschäftsjahres 2017.

Zuvor hatte Helga Kukwa an die verstorbenen Mitglieder erinnert und schloss mit den Worten des Königsberger Philosophen Immanuel Kant: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird.“

Auf dem Programm des vergangenen Jahres standen zehn Monatstreffen mit Themen, die überwiegend Ost- und Westpreußen betrafen, so beispielsweise „Erinnerungen an Zuhause“, „Luthers Wirken in Ostpreußen“ und die Situation im Königsberger Gebiet. Unter dem Titel „Königsberg in neuem Gewand“ berichtete der Vorsitzende in einem Bildervortrag mit aktuellen Aufnahmen von seiner Reise in das Gebiet. Bei der befreundeten Landsmannschaft der Schlesier wurden schlesische Impressionen vom „Land des Rübezahl“ gezeigt.

Natürlich kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz wie beim Sommer-Gartenfest, Närrischen Kreppelkaffee und den Feiern zum Erntedankfest und zu Weihnachten.

Durch die monatlichen Stammtisch-Essen sollen die typischen ost- und westpreußischen Gerichte nicht in Vergessenheit geraten. Besonderen Zuspruch hat das „Grützwurst-Essen“ zweimal im Jahr. Den Abschluss der Stammtischreihe bildete das traditionelle „Festliche Wildessen“, an dem rund 60 Landsleute und Freunde der Landsmannschaft in Wiesbaden teilnahmen. Ihr waidmännisches Gepräge bekam die Festlichkeit durch das „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden“, das zwischen der Speisefolge mit althergebrachten Jagdsignalen und dem extra eingeübten Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ beitrug.

Die Leiterin der Frauengruppe, Helga Kukwa, lädt jeden Monat zum Heimatnachmittag ein, der meist von 20 bis 30 Teilnehmern besucht wird. Die Aktivitäten des Frauen-Singkreises lassen altersbedingt nach. Doch singt dieser immer noch zu unseren Veranstaltungen zum Erntedankfest und zur Weih-nachtsfeier.

Einstimmig wurde der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 entlastet. Besondere Anerkennung von den Rechnungsprüfern erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kassenführung.

Nach dem offiziellen Teil wurden Lichtbilder aus dem Vereinsleben gezeigt, die herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit im vergangenen Jahr in Erinnerung brachten. *Dieter Schetat*



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

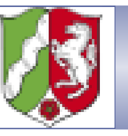
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Jahresrückblick. Auch wenn unsere kleine „ostpreußische Familie“ zahlenmäßig altersbedingt abnimmt, ist die 1. Vorsitzende Renate Bohn dankbar, dass wir noch jeden Monat ein Mal zum Kaffeetrinken, Plachandern, zu Referaten, Filmvorträgen und Tagesfahrten zusammenkommen. Besonders gut wird das Königsberger Klopsessen angenommen, da bleibt auch bei so manch einem Nicht-Ostpreußen daheim die Küche kalt. Auf der Jahreshauptversammlung hielt die Vorsitzende Rückblick auf all die Aktivitäten im vergangenen Jahr. Ein Referent aus Brevörde hielt einen Vortrag über den Verein „‚Runder Tisch Holzminden“ und dem Hilfstransport 2016 nach Minsk in Weißrussland. 34 Personen lauschten dem Bericht des 2. Vorsitzenden Pastor i.R. Günther Grigoleit zum Thema „Ostpreußen – aus seiner Geschichte und Landeskunde“. Eine 13-köpfige Gruppe machte sich auf den Weg nach Brenkhausen und wurde dort von Bischof Damian im Kloster zu einer Andacht empfangen. Nach einem Rundgang durch das Kloster lud der Bischof zum gemeinsamen Kaffeetrinken ein. Im August war der Revierförster aus Mühlenberg zu Gast. Er berichtete in Bild und Ton über die Entwicklung der Forstwirtschaft im Solling. Im September stand eine Tagesfahrt zur Rhumequelle in den Harz an. Nach einem gemeinsamen Mittagessen führte die Fahrt weiter über Duderstadt zum Grenzlandmuseum mit einfühlsamer Führung. Der 10. November war ein besonderer Tag. 70 Jahre Bestehen der Holzmindener Ostpreußengruppe. Das musste natürlich gefeiert werden. Die Verbundenheit zur Heimat ist es, die nach Flucht, Vertreibung und Gefangenschaft seit Gründung der Ostpreußengruppe Holzminden in der Landsmannschaft Ostpreußen 1947 zusammenhält. Der Vereinswirt gratulierte hierzu mit einem Glas Sekt. Ein gutes Datum, langjährigen Mitgliedern für ihre Treue zur Heimat mit einer Urkunde „Danke“ zu sagen. Die vorweihnachtliche Feier am 3. Advent beginnt jeweils mit einer besinnlichen Andacht von Pastor i. R. Günther Grigoleit. Spätestens jetzt ist es auch in allen Herzen wirklich weihnachtlich, wenn dann auch noch eine weihnachtliche Scherenschnittgeschichte der Vorsitzenden vorgetragen wird. Auch wenn die Mitgliederzahl im Laufe der Jahre sehr verschlankt, diese Holzmindener Gruppe ist rege und hofft auch in diesem Jahr auf interessante Themen. Im Mai ist ein Vortrag angekündigt über heimische Orchideen des Weserberglandes und im Juni ist ein Besuch nach Ebergötzen ins Wilhelm-Busch-Museum gebucht. Dass diese Veranstaltungen immer gerne besucht werden, liegt daran, dass die Ostpreußengruppe nach allen Seiten offen ist. So haben sich auch einige Schlesier und Pommern, aber auch Einheimische dazugesellt; den Vorstand freut's. *Renate Bohn*



Holzminden: Renate Bohn, 1. Vorsitzende, mit Pastor Grigoleit (l.) und Karl-Heinz Bohn, Kassenprüfer Bild: privat

Oldenburg – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Hotel Meiners, Hatterwüsting: Kaffeeplausch. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Näheres bei Gisela Borchers, Telefon (0441) 2047676.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Am 17. März fand die diesjährige Frühjahrstagung (Landesdelegierten-, Kultur- und Frauentagung) der Landesgruppe wie immer im Haus Union in Oberhausen statt.

Nachdem die Formalien einer derartigen Versammlung abgearbeitet waren, folgten gleich drei Vorträge, die deutlich machten, dass die Landesgruppe NRW ihre satzungsgemäße Aufgabe, das ostpreußische Kulturerbe zu wahren und zu pflegen, ernst nimmt.

Herausragend war der Vortrag „Vom Ordensland zum Herzogtum. Preußen als erstes protestantisches Fürstentum“ des aus Leitmeritz, Nordböhmen, stammenden Professor Udo Arnold, Bad Münstereifel. Er ist Ehrenvorsitzender der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und zudem Träger zahlreicher Orden und Ehrenzeichen verschiedener Länder (Belgien, Deutschland, Polen) wie auch des Deutschen Ordens und Inhaber vieler Ehrenämter. Sein Vortrag begeisterte die Zuhörer. Viele Fragen wurden gestellt, keine blieb offen. Dabei wurden nicht nur Fragen zum Inhalt seines Vortrags gestellt (und beantwortet), sondern darüber hinaus Themen behandelt wie „Stellschrauben“ der Geschichte, Fragen der Macht und des Machterhalts, Alternativlosigkeit im Allge-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

meinen und in der Politik im Besonderen, das Verhältnis von Religion und Politik und vieles mehr.

Der nachfolgende Vortrag von Dr. Bärbel Beutner, Unna, „Preußens Einwanderer in der Literatur am Beispiel der Erzählung ‚Der Geburtstag‘ von Agnes Miegel musste zwangsläufig etwas zu kurz kommen, obwohl schon im Vorfeld ein großes Interesse hieran bekundet worden war. Nach einer kurzen Einführung sagte Bärbel Beutner zu, allen Interessenten ihren Vortrag per E-Mail (bevorzugt) oder in Papierform zukommen zu lassen. Ihr Angebot wird an dieser Stelle wiederholt.

Anfragen sind an die Geschäftsstelle der Landesgruppe NRW zu richten. Zum Schluss des kulturellen Teils lud Paul Sobotta, Wesel, mit launigen Worten zu seiner 30. Preußischen Tafelrunde am 3. November nach Wesel ein. Im Rahmen dieser Jubiläumsveranstaltung hält er selbst ein Referat über „Trakehnen, ein Pferdeparadies in Ostpreußen“. Anmeldungen werden bis zum 20. Oktober bei Paul Sobotta erbeten. Kontakt über die Geschäftsstelle der Landesgruppe NRW. Im Anschluss an seinen Vortrag in Oberhausen wurde das Ostpreußische Reiterlied nach der Melodie: „Prinz Eugen, der edle Ritter“ gespielt.

Wilhelm Kreuer

Dortmund – Dienstag, 22. Mai, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

Düsseldorf – Montag, 7. Mai, 19 Uhr: Vortrag und Diskussion mit Stephen Löwenstein, Ungarn-Korrespondent der „FAZ“. – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 11. Mai, 18 Uhr, Restaurant „Lauren's“, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 17. Mai, 18 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Köln – Mittwoch, 9. Mai, 14 Uhr, „Café zum Königsforst“: Treffen. Zu erreichen mit der Linie 9, Endhaltestelle Königsforst. Hinweis: Wir haben mit der Pommern-Gruppe einen gemeinsamen Raum, was bei der schwindenden Zahl unserer Landsleute als Vorteil gesehen werden kann. Dadurch werden die Versammlungen nicht nur interessanter, sondern auch zahlenmäßig größer. Bringen Sie Erinnerungen an unsere Heimat mit.

Schwelm – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-von-Hövelsweg: Singen unter dem Maibaum.

Wuppertal – Sonnabend, 12. Mai, 14 Uhr, „Färberei“, Stennert 8 in Wuppertal-Oberbarmen: 8. Maifest. Mitwirkende sind die Tanzgruppe von Ursula Knocks, Chorfreunde Wuppertal, M. Kogan am Klavier und J. Schewalenko auf der Violine. Es folgen Wortbeiträge und zum Tanz spielt Christoph Marr auf. Auch für das leibliche Wohl mit Kaffee, Kuchen und Brötchen ist gesorgt sowie für kalte Getränke. Gäste sind immer herzlich willkommen.

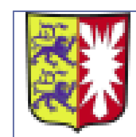
Hartmut Pfecht, 1. Vorsitzender



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 4. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 8. Mai, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: Treffen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ zu ihrem letzten Nachmittag vor der Sommerpause.

Der Heilpraktiker Gerhard Salzmann aus Lensahn wird einen Vortrag über das Thema „Schnell wieder frisch, vital und munter durch Salzmann's Energie und Kraftatmen“ halten. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag, 11. Mai, 11.30 Uhr Delfter Stuben, Flensburg-Mürwik: Spargelessen. – Freitag, 18. Mai, 12.30 Uhr: Halbtagesausflug der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. Abfahrten der Bustour ab ZOB Holmpassage: 12.40 Uhr, ab Markthalle auf der Exe: 12.30 Uhr. Die Rückkehr erfolgt gegen 18 Uhr. Kosten je Person 25 Euro. Unter der Reiseleitung von Hans Legies führt die Fahrt durch Angeln und Schwansen (nur auf unbekannten Wegen). Es gibt eine Kaffeetafel.



Wuppertal: Der gesamte Vorstand mit der Ehrenvorsitzenden Renate Winterhagen (1. Reihe, 2. v. r.) Bild: privat

Neumünster – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: großes Frühlingsliedersingen mit musikalischer Begleitung. Gäste sind herzlich willkommen.

Brigitte Profé

Uetersen – Freitag, 11. Mai: Frühling und Muttertag. Wir singen Frühlingslieder. Sabine Mennerich begleitet uns am Flügel. Dazwischen lesen Teilnehmer passende Texte vor.

Zehn-Tage-Reise

Mit der KG Tilsit-Ragnit per Bus und Schiff nach Ostpreußen

Bus- und Schiffsreise von Dienstag, 3., bis Donnerstag, 12. Juli.

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Danzig mit Zwischenübernachtung.

2. Tag: Nach einem geführten Spaziergang durch die Danziger Altstadt und der Weiterreise nach Elbingen unternehmen Sie eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal nach Heilsberg.

3. Tag: In Königsberg unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt mit Orgelkonzert im Königsberger Dom. Weiterreise nach Tilsit.

4. Tag: Ganztägige Rundfahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit und Stadtführung in Ragnit und Tilsit.

5. Tag: Ausflug in das Dorf Waldwinkel und in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes mit geführter Wanderung

6. Tag: Besichtigung in Trakehnen mit Besuch der Gestütsanlage. Erleben Sie die schönsten Plätze der Romintер Heide.

7. Tag: Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Schiffsfahrt über die Minge durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden.

8. Tag: Besichtigung in Nidden.

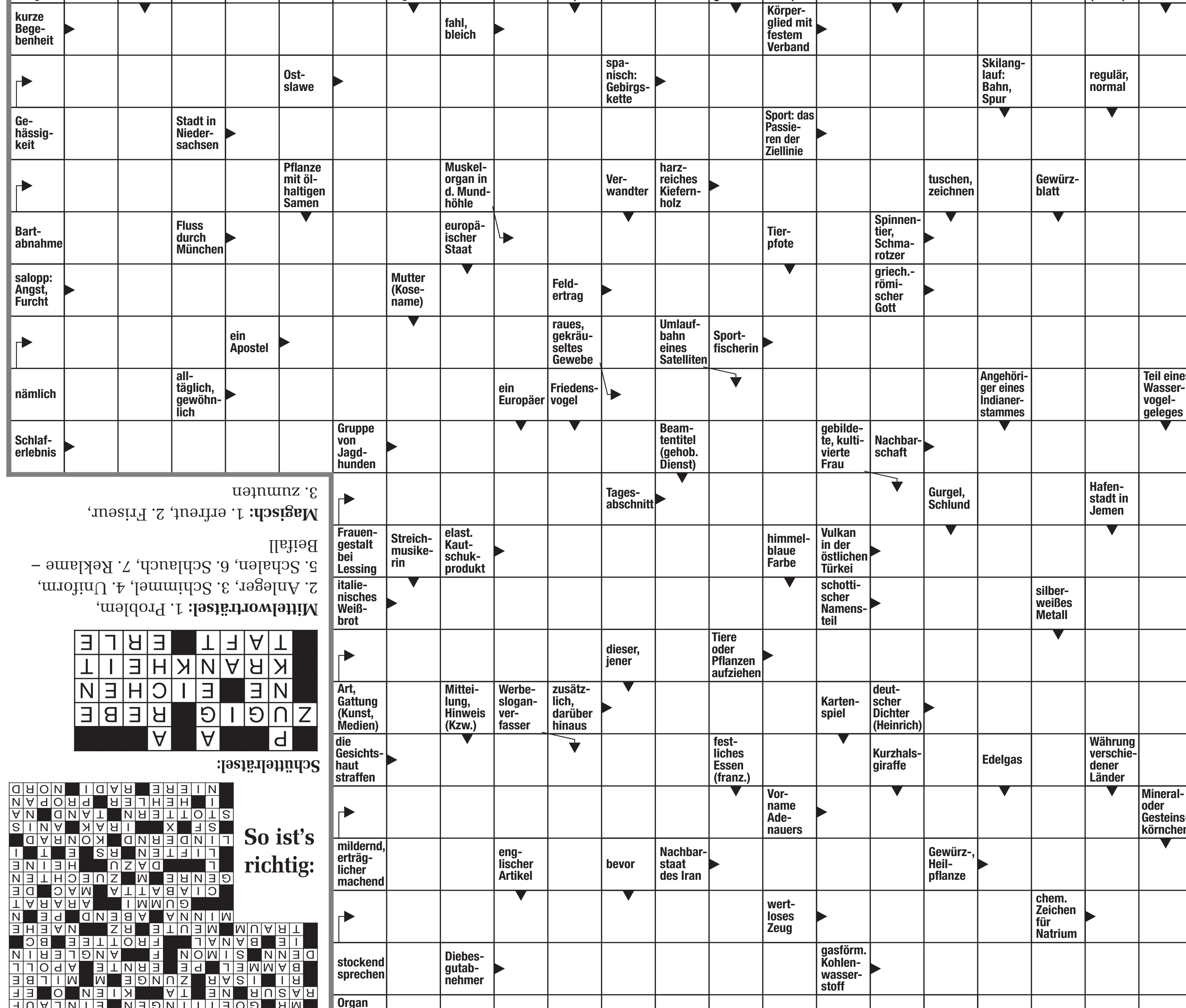
9. Tag: Fahrt über die Kurische Nehrung durch das benachbarte Schwarzort und über das Memeler Tief. Altstadtrundgang in Memel. Einschiffung auf das Fährschiff der Reederei DFDS Seaways von Memel nach Kiel.

10. Tag: Heute genießen Sie den Tag auf See, bevor Ihr Schiff am Nachmittag gegen 16 Uhr Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover.

Reiseleitung: Eva Lüders. Preis pro Person: 1285 Euro, Einzelzimmerzuschlag in den Hotels: 175 Euro, Aufpreise: Doppelkabine außen: 40 Euro, Einzelkabine innen: 100, außen: 130 Euro, Visagebühr: 85 Euro. Unsere Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC und Kaffeeküche; acht Übernachtungen mit Halbpension in Hotels; umfassendes Besichtigungsprogramm; alle Steuern und Gebühren sind im Preis enthalten; deutschsprachige Betreuung; Fährüberfahrt Memel-Kiel. Weitere Informationen und das vollständige Programm sowie die Anmeldung bei Eva Lüders, Telefon (04342) 5335 oder bei Partner-Reisen Grund-Touristik, Telefon (05132) 588940.



Foto: Hübner Reisen



Schüttelrätsel

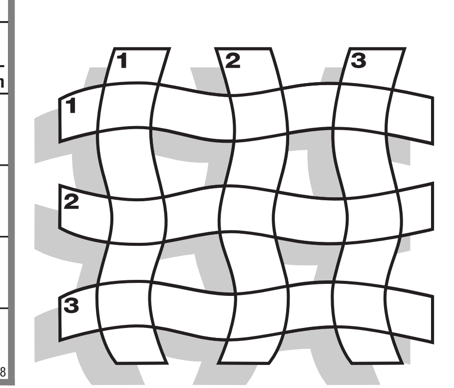
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

KNPTU		AEGR	AEGNT		ACEHR		EEHR	BEIL	EENT
					BEER				
GGIUZ			CEEH IN						
AEHIK KNRT									
AFTT					EELR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Applaus.

1	HAUPT		LOS
2	KLEIN		SCHUTZ
3	BLAU		PILZ
4	GALA		HOSE
5	APFEL		WILD
6	WASSER		BOOT
7	LICHT		TAFEL



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 sehr angetan, beglückt
2 Haarpfleger
3 aufbürden, abverlangen

25 Jahre Heimattreffen

Heimatvertriebene aus Schlesien und dem Sudentenland feiern in Anklam

Im Jahr 1946 kamen Tausende von vertriebenen Sudetendeutschen aus dem Adlergebirge nach Anklam und Umgebung. 1993 trafen sich Hunderte von ihnen unter dem Dach des Bundes der Vertriebenen zu einem ersten Heimattreffen im Restaurant „Peenegrund“. „25 Jahre später ist daraus dank der jährlichen Treffen eine große Familie der schlesischen und sudetendeutschen Landsleute geworden“, so der BdV-Vorsitzender Manfred Schukat in seiner Begrüßung. Er konnte zum Jubiläums-Treffen am 21. April wieder 140 Landsleute im traditionellen und festlich geschmückten Treffpunkt „Volkshaus“ Anklam willkommen heißen. Zum Auftakt sang die Stralsunder Organistin Heidrun Mestemacher am Klavier wunderschöne Lieder von Joseph von Eichendorff, Felix Mendelssohn-Bartholdy und Franz Schubert – alles bekannte Stücke aus der Heimat. Die Morgenandacht hielt der neue katholische Pfarrer Henryk Klein, der aus der Kaschubei bei Danzig stammt und seit Kurzem seinen Dienst in Anklam versieht. Im feierlichen Totengedenken mit gemeinsam gesprochenem Vaterunser wurde der sieben Landsleute gedacht, die seit dem letzten Treffen verstorben sind. Einen bunten Strauß von Volks- und Frühlingsliedern überbrachte der Anklamer Knabenchor unter der Leitung von Mike Hartmann.

Danach stießen alle Besucher mit einer Saalrunde schlesischem Stonsdorfer Kräuterlikör und böhmischem Karlsbader Becher auf das Jubiläum, die Gesundheit und das frohe Wiedersehen an. Nach der Mittagspause trat erstmals der Eisenbahner-Chor Stralsund mit Volks- und Heimatliedern auf.

Zum bekannten Riesengebirgslied „Hohe Tannen weisen die Sterne“ erschien plötzlich der Berggeist Rübezahl im Saal und zog seine Runden durch die Reihen der Besucher. Die braven unter ihnen wurden mit einer Wacholder-Rute gestreichelt, während „alte Rechnungen“ mit kräftigen Schlägen beglichen wurden. Danach verschwand Rübezahl unerkannt, wie er gekommen war.

Vermutlich fehlten dem Herrn der Berge in Anklam die Berge.

Es folgte das Verlesen der Anwesenheitslisten, wobei wieder Gäste begrüßt werden konnten, die erstmals dabei waren. Die älteste Teilnehmerin war mit 93 Jahren Anna Anders aus Kalkstein, die in Schwarzwasser im Adlergebirge zu Hause war. Der Kaffeepause schloss sich ein gemeinsames Singen der vertrauten Frühlings- und Volkslieder an, die schon in der Heimat gern gesungen wurden. Dazu waren reichlich Textzettel verteilt worden, sodass die Besucher sicher und fröhlich mitsingen konnten. So ging ein Heimattag zu Ende, der allen, die dabei waren, Gästen, Mitwirkenden und fleißigen ehrenamtlichen Helfern, viel zu geben hatte. *Friedhelm Schülke*



Anklam: Rübezahl begleicht „alte Rechnungen“.(oben) Als verkleidungsfreudig kann man Friedhelm Schülke wohl bezeichnen. Mal mimt er Immanuel Kant, dann Ernst Moritz Arndt. Das Geistige scheint zu dominieren, so liegt es nah, sich direkt als Geist zu verkleiden. Die Schlesier und Sudeten erleben ihn folglich als Berggeist Rübezahl. Blick in den festlich geschmückten Saal. Es singt der Eisenbahnerchor aus Stralsund Volks- und Heimatlieder (unten)

Fotos: privat

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonntag, **13. Mai**, 12 bis 17 Uhr: Internationaler Museumstag. Am Internationalen Museumstag erhalten Sie dort kostenlosen Eintritt in unser Brauereimuseum. Zudem erwartet Sie dort sowohl um 12 Uhr als auch um 15 Uhr eine öffentliche Führung.

Mittwoch, **16. Mai**, 18.30 Uhr, Eintritt 5 Euro: „Das Liebesleben der Philosophen – Hannah Arendt und Martin Heidegger“, Vortrag von Dr. Manfred Geier, Moderation von Dr. Uwe Naumann. Erstaunlich und noch immer irritierend ist die lebenslange Liebesbeziehung zwischen diesen beiden philosophisch denkenden Menschen. Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-lg.de.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12 bis 17 Uhr.

Wussten Sie’s?

Spielfragen aus „Reise durch Ostpreußen“



Richtige Antwort ist A: 45 kg. Immerhin wiegt ein Elch auch rund 800 Kilogramm. Also frisst das Wahrzeichen Ostpreußens jeden Tag knapp fünf Prozent seines eigenen Gewichtes.

Für die richtige Antwort kann der Spieler gleich fünf Felder mit seiner zweiten Spielfigur auf dem Zahlenumlauf vorziehen. Wer zum Schluss die meisten Punkte hat, der gewinnt das Spiel.

Bestellen können Sie dieses Gesellschaftsspiel für die ganze Familie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, per Telefon (040) 414008-0, Fax (040) 414008-51 oder per E-Mail: selke@ostpreussen.de.

Wo bleibt der Aufschrei der emanzipierten Frauen gegen Immigranten-Übergriffe?

Zu: Der andere Aufschrei der Frauen (Nr. 11)

Es fehlt noch immer ein wirklicher Aufschrei der Frauen. Solange sich Frauen auch untereinander nicht einig sind und nicht aufstehen, wird auch weiterhin nichts geschehen. Warum sehen sie nicht, dass die Politik nichts gegen die Angriffe von Migranten unternimmt? Die Verbrecher und Mörder unter unseren Gästen werden hofiert.

Fast 40 Prozent der Frauen haben CDU gewählt. Haben sie wirklich erwartet, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Damenriege in hohen politischen Ämtern diesbezüglich etwas unternimmt? Es sind immer politisch hochrangige Frauen gewesen, die erbärmliche, frauenfeindliche Äußerungen – wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der vorletzten Silvesterparty in Köln – gemacht haben. Da muss die Frau eben einmal „eine Armlänge Abstand“ halten, oder: „Vergewaltigungen hat es immer schon gegeben.“

Haben also die zirka 70 Frauen, welche Opfer von Sexualstraftaten während des Kölner Karnevals 2018 (nur dort?) wurden, wieder nicht die Armlänge eingehalten? Wo bleibt also der Aufschrei der vielen klugen, emanzipierten Frauen (nicht die „Emanzen“)? Sie sind eine nicht zu unterschätzende Macht. Sie sollten nicht die muslimischen Männer auf ihre Seite ziehen, sondern andere.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Kaltherziger Baron

Zu: Der Feind trauerte um den „roten Baron“ (Nr. 15)

Ob der Feind, also die Briten, tatsächlich um den abgeschossenen toten Feind, Baron von Richthofen, trauerte, wie die Überschrift des Artikels in der *Preußischen Allgemeinen* behauptet, wage ich zu bezweifeln. Zwar haben sie ihn „mit allen militärischen Ehren“ beerdigt, was wohl den Korpsgeist der Fliegeroffiziere ausdrückte. Doch eine mitleidende echte Trauer wird es kaum gewesen sein. Eher waren die Briten sehr erleichtert, diesen so gefährlichen Gegner nicht mehr bekämpfen zu müssen.

Seine Behauptung gegenüber Major Hawkins, er liebe „fair play“, ist wenig glaubwürdig, wenn er sich andererseits bei seiner „Menschenjagd“ rühmte, er schieße nie in die Maschine, sondern „immer gleich den Führer ab“. Denn damit gab er dem Gegner gar keine faire Chance, einen verlorenen Luftkampf vielleicht doch noch zu überleben.

Beim Lesen seiner Autobiografie „Der rote Kampfflieger“ war ich sehr entsetzt über Haltung und Ausdrucksweise dieses „Ritters der Lüfte“. Denn viele Male schreibt er, wie „sehr vergnügt“, ja „quietschvergnügt“ und mit welchem „Spaß“, ja sogar „wildem und unheimlichem Spaß“ er „die Brüder da unten mit Bomben bepflastert“ habe. Oder wie er „mit dem Maschinengewehr feste unter die Brüder geschossen“ habe, mit dem Ziel, „es soll immer englisches Pilotenblut regnen“, und mit der Befürchtung, „dass mir mein Braten entgehen würde“ und dadurch kein „Waidmannsheil zu haben“.

Wie hier kaltschnäuzig in schnodderigem Ton die „lustige Jägerei“ auf Wildtiere eines Jägers aus Kurpfalz (Volkslied) auf Menschenjagd übertragen wird, das stößt mich ab. Denn da kommen eigene schreckliche Erinnerungen an die Bombennächte in Königsberg und das Beschossenwerden durch ein sowjetisches Jagdflugzeug am Kriegsende 1945 bei mir hoch.

Klaus Plorin, Rückersdorf

Wir Kreuzträger

Zu: Prüfstein für die Abgeordneten (Nr. 11)

Walter Lippmann war ein US-Chefstratege des Zweiten Weltkriegs, der unter anderem sagte, dass ein Volk erst dann wirklich besiegt ist, wenn es die Kriegsgräuel-Propaganda der Siegermächte als historische Wahrheit in die Schulbücher der nächsten Generationen übernommen hat.

Nun, genau dies ist hier voll und ganz gelungen. Er hätte hinsichtlich der Kanzlerwahl sogar hinzufügen können: „... und einen/eine Kanzler(in) wählt, die das ihm/ihr anvertraute Land und Volk mit Millionen von Schwarzen und Muslimen fluten und seine eigene Zerstörung auch noch bezahlen lässt.“

Da Ostern noch nicht allzu lange her ist, darf ich hinzufügen: Auch Jesus Christus musste sein Kreuz auf dem Weg nach Golgatha selber tragen. Als Kind hat mich dies immer empört. Heute weiß ich, dass genau dieses gemeint ist, wenn bestimmte Politiker so gern von Menschenrechten reden.

Klaus Volk, Montalba/Frankreich



Halbwegs freier Mann: Der gewählte katalanische Regierungschef Carles Puigdemont bei der Haftentlassung aus der Justizvollzugsanstalt Neumünster. Dennoch darf er Deutschland vorerst nicht verlassen

Bild: Imago

Im Falle Puigdemonts reagiert Spanien wie zu Franco-Zeiten

Zu: Meinungen (Nr. 14)

Der gewählte katalanische Regierungschef Carles Puigdemont wurde ausgerechnet in Deutschland festgenommen. Er weilte zuvor in verschiedenen EU-Ländern, wo keine Festnahme vorgenommen wurde. Ist das nicht komisch? Auf Deutschland kam demzufolge eine große „Ehre“ zu, einen Politiker, dem eigentlich nichts vorgeworfen werden kann, an eine unberechenbare Rachejustiz zu übergeben. Nach einer fast bevorstehenden Auslieferung des Politikers drohte ihm in Spanien bis zu 30 Jahre Haft.

Allen Beteiligten unseres Landes aus Politik, Justiz und Polizei ist bekannt, dass diese spanischen Gesetze aus der Zeit des falangistischen Franco-Regimes stammen, das zeigt das hohe Strafmaß. Auch nach dem Tode des Diktators und der Demokratisierung Spaniens wurde keines jener Staatsterrorgesetze revidiert oder eine Aufarbeitung des Unrechts von 1939 bis 1975 vorgenommen.

Die Katalanen kämpfen schon viele Jahrhunderte um ihre wirkliche Autonomie. Noch bis vor Kurzem waren ihre Sprache, Kultur und Brauchtum verboten. Die spanische Zentralregierung hat in den letzten Jahren alles unternommen, um die Unruhen in Katalonien eskalieren zu lassen. Selbst der König wurde eingeschaltet, aber anstatt als gerechter Vermittler aufzutreten und als Landesvater aller Spanier zu wirken, verschlimmerte er die Lage.

Das, was Puigdemont aus Madrid vorgeworfen wird, ist absurd. In Deutschland wären keine seiner Handlungen strafbar. Er und seine Partei wurden von den Bürgern der Region gewählt. Im Auftrag des Parlamentes wurden zwei Volksabstimmungen abgehalten, beide mit dem klaren Ergebnis für eine Autonomie beziehungsweise Loslösung von Spanien. Jedesmal war die Reaktion der spanischen Regierung verheerend, anstatt mit den gewählten Politikern von Katalonien zu reden, wurden diese verhaftet.

Man stelle sich einmal vor, die Bundesregierung verhaftet eine nach Recht und Gesetz gewählte Landesregierung, weil ihr deren politische Ausrichtung nicht ins Konzept passt.

Seit Monaten versucht also die Zentralregierung in Madrid – bisher erfolglos – die Autonomiebewegung in Katalonien zu spalten, um dort eine Verwaltung zu installieren, die sich unterwirft. Ein Puigdemont auf freiem Fuß steht dem im Wege.

Für uns in Deutschland ist es spannend, wie sich Politik und Justiz entscheiden: Auslieferung auf Grundlage eines Gesetzes aus der Franco-Zeit oder den Schutz eines demokratischen Politikers. Alle verlogenen Begründungen, dass nach EU-Recht eine Auslieferung zwingend sei, sind doch Unsinn. In Spanien erwartet Herrn Puigdemont kein fairer Prozess.

Warum schweigen die EU-Gremien feige? Warum sind unserer Politik „die Hände gebunden“? Ich hoffe, dass sich die Bürger der EU in diesem Falle nicht auch kaufen lassen.

Werner Pfennig, Neubrandenburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Brust oder Keule?

Deutsche Schlösserstiftungen laden »Zu Tisch« – Ehrgeiziges Veranstaltungsprojekt im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres

„Essen und trinken müssen alle, egal ob Stallbursche oder König", postulierte Hartmut Dorgerloh, der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) in der Schlossküche zu Sanssouci in Potsdam. Im Küchentrakt des Ostflügels eröffnete der zukünftige Intendant des Humboldt-Forums mit „Zu Tisch! Genießen in Schlössern und Gärten" sein letztes Ausstellungsprojekt als SPSG-Chef.

Im Fokus dieses Beitrags zum „Europäischen Kulturerbejahr 2018" steht das Verbindende in der europäischen Kultur. Wobei Fragen wie „Wo erkennen wir das europäische Erbe in unseren Städten, Dörfern und Kulturlandschaften wieder?", „Was verbindet uns?" und „Was können wir lernen?" eine entscheidende Rolle spielen. Der deutsche Beitrag heißt Englisch „Sharing Heritage", was etwa mit „Teilung des kulturellen Erbes" zu übersetzen ist.

Allein in Deutschland finden über 1000 Veranstaltungen wie Ausstellungen, Projekttage, Foren und Führungen statt. Es gäbe viele kulturelle Themen, die Menschen interessierten und es wert wären, beleuchtet zu werden, so Dorgerloh, der auch den Vorsitz führt im Verein Schlösser und Gärten in Deutschland, dem Initiator der Veranstaltungsreihe.

Bei der Nahrungsaufnahme und allem, was damit verbunden ist, handelt es sich um ein tief mit unserer Existenz verwobenes, hoch emotionales Sujet, das zudem sowohl mit Heimatgefühlen als auch mit Urlaubserinnerungen verbunden sein kann. „So einen speziellen Fokus hat es so konzentriert noch nicht gegeben", sagte Dorgerloh, „das bringt eine Menge neuer Erkenntnisse, stärkt das historische Bewusstsein und macht uns im positiven Sinne satter und glücklicher."

Rund 100 Schlösser, Burgen, Herrenhäuser, Klöster und Gärten beteiligen sich an dieser außergewöhnlichen Aktion. Küchen, Speise- und Festsäle, Orangerien, Wein- und Eiskeller öffnen die Tore und Pforten. So wird sowohl in fürstlichen Anwesen von Mecklenburg-Vorpommern als auch in solchen von Rheinland-Pfalz, Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern gekocht, eingedeckt, getafelt und gespeist.

Auch die Partnerländer nehmen unter dem Motto „A Place at the Royal Table" fast gleichzeitig an königlichen Tischen Platz. Im übertragenen Sinne, versteht sich. Das Publikum wird eingeladen, die Ursprünge herrschaftlicher Genusskultur zu ergründen. Wie schlemmten die Herrschaften und mit welchem Geschirr? Was hatten Küche und Keller zu bieten? Wie waren die Tischsitten? Wer durfte mit wem am Tisch sitzen?

Quer durch Deutschland kann man so Einblicke ins „Eingemachte" gewinnen. Hierzu werden auch Silberkammern geöffnet, die Geschichte des Speiseeises erzählt, Modegetränke aus längst vergangenen Zeiten präsentiert und natürlich die oft dazu gehörende Tafelmusik nicht vergessen.

Einen zentralen Höhepunkt bildet das „Europäische Picknick" rund um den 23. Juni. Auf dem Gelände des traditionsreichen Schlosses Sanssouci wird es auf der Wiese unterhalb der Orangerie eine 270 Meter lange, weiß eingedeckte und von Gärtnern reich geschmückte Tafel geben, die zum Picknick unter freiem Himmel einlädt. Essen und Getränke müssen von den maximal 1000 Besuchern, die bei diesem Festgelage Platz finden können, selbst mitgebracht werden.



Kostprobe gefällig? Der Herr der Löffel und die Herrin der Töpfe mahnen in Sanssouci, bei Tisch alles aufzuessen

Bild: Friedrich

In Kooperation mit den Potsdamer Musikfestspielen wird das Picknick von fürstlicher Tafelmusik begleitet. So haben Besucher die Möglichkeit, einmal an einer fürstlichen Tafel barocken Ausmaßes Platz zu nehmen. Des Weiteren geben der „Hofkoch" König Friedrichs Wilhelms IV., Ferdinand Andrea Tamanti alias Michael Adam, und „Hofköchin" Charlotte Retzloff alias Astrid Heiland-Vondruska mittels Führungen Einblicke in die Welt royaler Gaumenfreuden.

Der „Romantiker auf dem Thron" nutzte Schloss Sanssouci ab 1840 zusammen mit seiner Gemahlin Elisabeth von Bayern als Sommerresidenz. Ihm ist es zu verdanken, dass im Ostflügel des Schlosses neben anderen Wirtschaftsräumen eine Schlossküche eingerichtet wurde. Die damals als hochmodern geltende Ausstattung mit Warmwasserbereitung, Wärmeschrank und vor allem einer Kochmaschine wurde bis 1873 genutzt. Sein Vorfahr Friedrich der Große ließ seine Menüs noch im Westflügel Sanssoucis zubereiten. Beide schätzten Austern, die hier reichlich auf die Teller kamen. „Bei Friedrich gab es alles, was Küche und Keller hergaben", so Dorgerloh, denn der König sei ein ganz großer Esser gewesen. Allerdings hätte er immer zu schwer und zu fett gegessen, was dann im Alter in Gichtattacken mündete. „Es ging auch darum, dass man neue Dinge ausprobierte", fügte der Schlösserdirektor hinzu.

Friedrich habe in Sanssouci versucht, außereuropäische Delikatessen, vor allem Obst wie Melonen, Bananen und Ananas mit einem unglaublichen personellen und technischen Aufwand zu kultivieren. Des Königs Lieblingsobst waren jedoch nachweislich Kirschen. Eine Ausstellung in den Römischen Bädern mit dem Titel „Tischlein deck dich" rundet das Programm in Potsdam ab.

Vom 5. Mai bis 15. Juli werden in der Schau ausgewähltes Porzellan und Bestecke verschiedener Epochen zu sehen sein. Das Besondere jedoch ist, dass Menschen hier einen persönlichen Gegenstand einem breiten Publikum zugänglich machen können. Sahnelöffel oder Großmutters Suppenkelle kann man den Ausstellungsmachern leihweise überlassen. Es wird auch die Möglichkeit geben, Besuchern die Geschichte rund um den persönlichen Gegenstand zu berichten.

„In Fürstenzeiten sind Köche Spitzenbeamte gewesen, die europaweit wanderten und an den Höfen unterwegs waren", sagte Dorgerloh. Vielleicht finden wir gerade auch deshalb in ganz Deutschland zentrale Elemente eines gemeinsamen europäischen Kulturerbes. *Silvia Friedrich*

Alle Termine unter www.sharing-heritage.de/veranstaltungen und www.sgd-zu-tisch.de

Alltag im All

Alexander Gerst fliegt zur ISS – Erster deutscher Kommandeur

Das Weltall kennt Alexander Gerst bald wie seine Westentasche. 2014 hielt er sich ein halbes Jahr dort auf. In sechs Wochen soll er im Rahmen der Mission „Horizons" erneut die Erde umkreisen. Im Astronautenzentrum der europäischen Raumfahrtagentur ESA in Köln-Porz schilderte er jetzt die Aufgaben und Pläne für seinen Alltag im All.

Am 6. Juni wird „Astro-Alex", wie der 41-jährige in Künzelsau in Baden-Württemberg geborene Astrophysiker seit seinen ersten Aufenthalt in der internationalen Raumstation ISS genannt wird, vom Weltraumbahnhof Baikonur mit einer russischen Sojus-Rakete zusammen mit der US-Astronautin Serena Auñón-Chancellor und dem russischen Kosmonauten Sergej Prokopjew zu seinem zweiten Weltraumaufenthalt starten.

Der kahlköpfige Gerst trug bei seinem Auftritt einen blauen Overall und wirkte darin wie ein Techniker, der sein Handwerk voll beherrscht. „Mir geht's bestens", teilte er freimütig mit, „je näher der Abflug rückt, desto weniger kann noch schiefgehen oder dazwischenkommen." Einige Übungen und Examen müsse er noch vor dem Abflug im russischen Trainingszentrum absolvieren. Vor seiner ersten Mission war er viel aufgeregter und auch unsicherer. Als erfahrener Astronaut kann er aber nun behaupten: „Jetzt weiß ich, ich kann's."

Das wissen auch die ESA-Experten und haben Astro-Alex deshalb zum „Commander" der Raumstation bestimmt. Ab August wird Gerst als erster deutscher Astronaut das Kommando in der ISS-Kapsel übernehmen.

Geplant sind in den sechs Monaten Weltraum-Aufenthalt rund 300 Experimente, die auf der Erde „für kein Geld der Welt" durchzuführen seien. Etwa das Verhalten von Pulver und Granulat in der Schwerelosigkeit oder die Funktionsweise der Lungen im luftleeren Raum.

Natürlich durften die Fragen nach den Souvenirs von der Erde nicht fehlen. Was Gerst denn ins All mitnimmt? Ein Stück Berliner Mauer? – Ja; oder vom Kölner Dom? – Nein, diesmal nicht; ein Mainzelmännchen? – Ja; die Maus und den Elefanten aus der Kinderserie „Sendung mit der Maus"? – Ja; und ein WM-Trikot? Im Juni, während Gersts Aufenthalts im Weltraum, läuft in Russland die Fußball-Weltmeisterschaft. Antwort des Astronauten: „Wir schauen mal."

Die irdischen, sehr politischen Schwierigkeiten der westlichen Welt mit Russland spielen im All keine Rolle. „Auf unserer Ebene arbeiten wir alle sehr, sehr gut zusammen, da gibt es überhaupt keine Probleme." Gerst betonte die völkerverbindende Funktion der Weltraumfahrt: „Die ISS bringt Menschen und Staaten zusammen, sie ist ein Stabilitätsfaktor in diesen politisch unruhigen Zeiten". *Siegfried Schmidtke*



Bild: ESA–I. Kapusniak

Warten auf die Reise: „Astro-Alex" bei der ESA in Köln-Porz

Royales Gemüse

Überall wird wieder Spargel aufgetischt – Anbau ist anspruchsvoll

Es ist schon wieder Spargelzeit. Wer meint, den Gästen etwas Gutes tun zu wollen, der serviert dieses Gemüses. Ob man weißen oder grünen Spargel lieber mag, ist Geschmackssache.

Schon bei den Chinesen, Ägyptern, Griechen und Römern war Spargel als Heilpflanze bekannt. Reiche Römer protzten damit auch bei Festmahlen, da sich die Köstlichkeit nicht jeder leisten konnte. Damals verwendete man aber nur den grünen Spargel. Die Römer waren es auch, die die Spargelpflanze in weiten Teilen Europas verbreiteten.

Zunächst wuchs die Pflanze bei uns nur in Klostergärten. Mönche nutzten die Wurzel des Spargels als Heilpflanze. Man vermutete, dass sie sehr viel Heilkraft habe und blutreinigend und harntreibend sei. Heute weiß man, dass Spargel gesund ist, weil er viele Vitamine und Mineralstoffe enthält. Bis zum 18. Jahrhundert war das Gemüse eher eine Luxusspeise für Könige und Fürsten.

Mit der Erfindung der Konservendose Mitte des 19. Jahrhunderts konnte man das Gemüse nun auch konservieren. Für weite Teile der Bevölkerung erschwinglich wurde Spargel dann aber erst in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts. Eher durch Zufall wurde aus dem grünen Spargel im 19. Jahrhundert der begehrte weiße Spargel.

Man hatte die Triebe aus Schutz vor Kälte und Ungeziefer mit Hauben abgedeckt. Darunter blieb der Trieb weiß. Den zarten Geschmack bevorzugten nun viele. Jetzt wurde Spargel fast nur noch unter der Erde angebaut.

Gemüsespargel wächst bevorzugt in wärmeren Gebieten, wie Nordafrika, Südeuropa und Vorderasien. Dass das Gemüse viel Wärme benötigt, macht den Anbau in unseren Breiten schwieriger. Überhaupt ist das Ganze eine sehr mühselige Angelegenheit. Leichter, sandiger Boden ist am besten geeignet. Ein Jahr bevor man pflanzt, muss der Boden mit organischem Dünger vorbereitet werden. Im zweiten Jahr werden die Spargelpflanzen 25 Zentimeter unter die Erde gepflanzt. Doch ernten kann man sie noch lange nicht. Es muss weiter gedüngt, gehegt, gepflegt, gegossen und der Boden gelokkert werden. Erst im dritten Jahr ist der Spargel reif zur Ernte.



Bild: Spargelhof Buschmann & Winkelmann

Handarbeit bei Spargelernte

Um weißen Spargel zu erhalten, muss der Bauer einen Erdhügel über der Spargelwurzel aufhäufen. In dieser Art Erddamm wächst der Spross heran. Solange die Triebe von Erde bedeckt sind, bildet sich kein Chlorophyll. Spargelstangen sind eigentlich die Stängelsprosse der Pflanze, die man früher zur Familie der Liliengewächse zählte. Nach neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen gehört die Nahrungspflanze zur Familie der Spargelgewächse (Asparagaceae).

Ernten kann man Spargel nur von Hand. Alle Versuche, es maschinell zu machen, sind bisher gescheitert. Mit einem speziellen Messer wird der Spargel gestochen, also der Trieb tief unter der Erde abgeschnitten, das Loch wieder mit Erde bedeckt. Weißer Spargel wird geerntet solange er noch unter der Erde ist. Grüner Spargel wächst normal oberhalb des Bodens. Violetter Spargel entsteht, wenn der Trieb die Erde leicht durchbrochen hat.

Die Spargelsaison endet am 24. Juni nach dem Motto „Kirschen rot, Spargel tot". Die Pflanzen brauchen Zeit, um sich zu erholen und neue Nährstoffe zu tanken, was zum Teil nur über Fotosynthese gelingt. Kurz nach Saisonende bilden die Sprossen bis zu zwei Meter hohe Stauden. *S.F.*

Mischung aus Lehrbuch und sarkastischer Polemik

Die Welt steht am Abgrund. Der Aufschwung seit der Krise von 2008 ist lediglich ein Aufschwung auf Pump. Das Euro-Experiment ist gescheitert, die krisengeschüttelten Staaten Südeuropas werden nie aus der Krise kommen, wenn sie im Euro-Raum verbleiben. Das allein von der Gier nach dem Geld getriebene Finanzkapital benötigt dringend wieder eine staatliche Regulierung, andernfalls wird die nächste Krise noch härter ausfallen als die von 2008. Und in der Dritten Welt gehören paradoxerweise einige der rohstoffreichsten Länder wie der Kongo oder Nigeria wegen der Gier ihrer Herrschenden und der sie stützenden internationalen Großkonzerne zu den ärmsten der Welt.

Das sind nur einige Thesen aus dem fulminanten Buch „Kapitalfehler. Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen“ von Marc Friedrich und Matthias Weik. Die beiden Wirtschaftswissenschaftler hatten schon in den vergangenen Jahren Bücher mit ähnlich zugespitzten Thesen veröffentlicht, die längere Zeit auf den Bestsellerlisten standen, wohl ein Zeichen, dass doch viele Menschen ein Unbehagen in Sachen Wirtschaft und Finanzen spüren. Auf YouTube sind Friedrich und Weik in mehreren Auftritten zu sehen, zwei sympathische junge Männer, die klug und genau argumentieren, und man nimmt ihnen ab, dass auch dieses Buch aus Sorge um unsere Zukunft geschrieben wurde.

Hier sehen beide in der Tat dunkle Wolken. Sie konzentrieren sich vor allem auf die Finanzwelt in den westlichen Industriestaaten. Der Finanzkapitalismus ist für sie geprägt durch eine „pathologisch übersteigerte Liebe zum Geld“, die jedes rationale wirtschaftliche Handeln nahezu ausschalte. Speziell auf Europas Finanzen eingehend, sagen sie dezidiert, das Experiment mit der gemeinsamen Euro-Währung sei gescheitert.

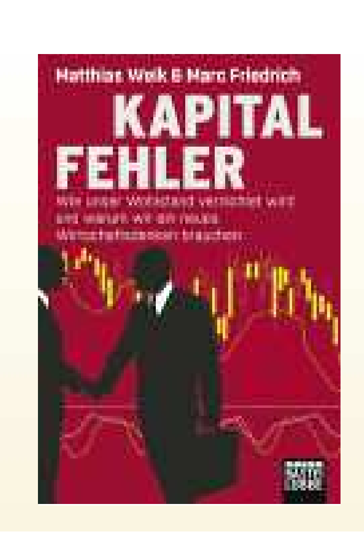
Autoren decken Gier von Politikern weltweit auf

Heftig kritisieren Friedrich und Weik auch die Politik der Europäischen Zentralbank und den „geldpolitischen Amoklauf des Mario Draghi“. Erinnert man sich an die Auslassungen des früheren IFO-Präsidenten Hans-Werner Sinn oder auch an manche kritischen Kommentare großer Zeitungen, dann liegen beide keineswegs daneben. Die Nullzinspolitik der EZB hat mittlerweile zu massiven Blasen an den Aktien- und Immobilienmärkten sowie zu erheblichen Krisen bei Lebensversicherern, Bausparkassen und in toto bei allen Sparern geführt. Wie eine Altersarmut heutiger Normal- oder gar Geringverdiener aufgefangen werden kann, weiß derzeit niemand.

Beide Autoren verfolgen in „ruhigeren“ Abschnitten den Verlauf wirtschaftlicher Krisen, analysieren die sogenannten Kondratjewschen Wellen, wonach alle sieben Jahre Abschwung auf Aufschwung folgt, der nur aufgefangen wird, indem immer wieder Neues aufgesattelt wird, prangern die Verschwendungssucht der „Superreichen“, Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft und, wie schon erwähnt, die paradoxe Lage rohstoffreicher Entwicklungsländer an.

In der Summe ist das Buch eine Mischung aus volkswirtschaftlichem Lehrbuch und sarkastischer Polemik gegen Spekulanten und „kriminelle Elemente“ im Geldwesen, gegen die Untätigkeit der Politik und gegen die obszöne Geldgier in der Finanz- und Wirtschaftswelt. Ein mehrseitiger Forderungskatalog fasst alles Gesagte noch einmal konzentriert zusammen, ihm folgt ein hilfreiches Glossar finanztechnischer Fachausdrücke.

Mitunter kann einem beim Lesen angst und bange werden. Aber das bezwecken Friedrich und Weik gerade nicht, im Gegenteil, sie wollen aufrütteln: „Von oben wird sich nichts verändern, der Wandel muss von unten kommen... Was wir brauchen, ist ein neues System, das wieder auf den ethischen Werten basiert, die seit Generationen die Säulen der Zivilisation sind: Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Vertrauen, Nächstenliebe, Zuverlässigkeit, Bescheidenheit und Demut. Das mag altmodisch und moralisierend anmuten, ist aber notwendig.“ Nur eine Utopie? *Dirk Klose*



Matthias Weik/ Marc Friedrich: „Kapitalfehler. Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen“, *Bastei Lübbe Verlag, Köln 2017, broschiert, 363 Seiten, 11 Euro*

Neue Forschungsergebnisse

In den letzten Jahren haben sich Neurowissenschaftler sehr intensiv darum bemüht herauszufinden, was in unseren Gehirnen eigentlich genau passiert, wenn wir etwas abspeichern oder uns an bestimmte Dinge erinnern. Die Ergebnisse dieser Forschung stellt nun der renommierte Braunschweiger Neurobiologe Martin Korte in seinem neuesten Buch „Wir sind Gedächtnis“ vor.

Wie der Titel schon sagt, konzentriert sich der Autor darin vor allem auf den Umstand, dass das Gedächtnis entscheidend für die Identität eines Menschen ist; Es stellt sozusagen den Mittelpunkt seines gesamten Ichs dar. Dabei behandelt Korte das ebenso komplexe wie komplizierte Thema erfreulich übersichtlich und systematisch – beginnend beim bewussten autobiografischen Gedächtnis über das unbewusste Gedächtnis, in dem beispielsweise unsere Gewohnheiten und Vorurteile abgespeichert sind, bis hin zum Lernen. Das Letztere geschieht übrigens wirklich im Schlaf.

Darüber hinaus zeigt Korte aber auch, wie wir unsere Kreativität fördern und die häufig als „Verdummungsinstrument“ verteufelten digitalen Medien optimal nutzen können. Ebenso widmet er sich dem Vergessen, welches Fluch und Segen zugleich ist: Es schützt uns unter anderem vor zu viel posttraumatischem Stress, kann aber leider ebenso zum kompletten Persönlichkeitsverlust führen wie im Falle einer Alzheimer-Erkrankung.

Das sehr informative und darüber hinaus flüssig geschriebene Buch schließt mit wertvollen Hinweisen, wie man seine Gedächtnisleistung trainieren beziehungsweise bis ins hohe Alter erhalten kann. Hilfreich sind hierbei nicht zuletzt das richtige Essen und – den einen oder anderen wird es freuen – maßvoller Alkoholgenuss! *Wolfgang Kaufmann*

Martin Korte: „Wir sind Gedächtnis. Wie unsere Erinnerungen bestimmen, wer wir sind“, *Deutsche Verlags-Anstalt, München 2017, 377 Seiten, gebunden, 20 Euro*

Brot wieder selber backen

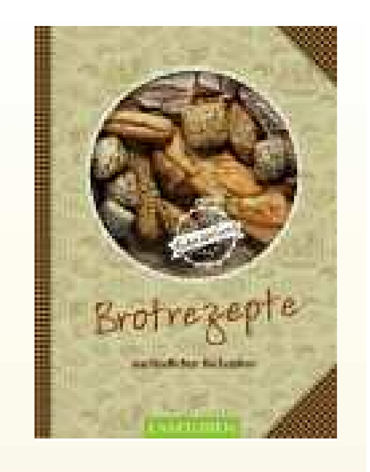
Wer sich Dokumentationen im Fernsehen über industrielle Brotherstellung ansieht, in denen gezeigt wird, dass Teig in großen Mengen in China hergestellt und oft monatelang dort gelagert wird, ehe er zu Brot oder Brötchen verarbeitet wird, der mag die Dis-counterware nicht mehr kaufen und sehnt sich nach frischem, duftendem Brot. Eine Möglichkeit, der Chemiekeule zu entgehen, ist, Brot selbst zu backen.

Der Cadmos-Verlag hat zwei Bücher herausgegeben, die Anleitungen geben zum Herstellen des Grundnahrungsmittels, das köstlich schmeckt, wenn es aus frischen Zutaten und nicht aus industriellen Backmischungen hergestellt wird.

Das Buch „Mein Brot“ von Eva Maria Lipp, die eine Kochschule im österreichischen Leoben leitet, und ihrer Schwester Ingrid Fröhwein enthält neben kreativen Brotrezepten Basiswissen über Getreide und Mehl, es informiert darüber, wie ein Teig „geführt“ wird und welcher Backofen überhaupt der richtige ist. In einem eigenen Kapitel werden Grundrezepte vorgestellt für Roggen-, Weizen-, Dinkel- oder Mischbrote, bevor in die hohe Kunst des Backens eingeführt wird. Die Vielfalt der Teigarten ist groß – süß oder pikant, abwechslungsreiche Füllungen, unterschiedliche Gestaltungen durch Flechten, Drehen und Bestreuen – der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt.

Während „Mein Brot“ auch zum Einsatz für den Unterricht gedacht ist, durch das die Kreativität angeregt werden soll, handelt es sich bei den „Brotrezepten aus ländlichen Backstuben“ eher um eine Sammlung traditioneller Rezepturen. Das Buch ist aus einem Wettbewerb der Wochenzeitung „Land & Forst“ des Landbuchverlags Hannover hervorgegangen anlässlich der landwirtschaftlichen Großveranstaltung „Heu, Hits und Happiness“. Die Leser sandten ihre Vorschläge ein und so entstand ein ansprechend aufgemachtes Rezeptbuch, das zum Nachbacken verschiedenster Roggen-, Weizen- oder Kartoffelbrote einlädt, versehen mit vielen nützlichen Tipps. Selbst der Lesespaß kommt nicht zu kurz: Die vorderen Kapitel erzählen etwas über die Geschichte des Brots, die Verarbeitung des Korns und geben praktische Tipps über Mehlsorten, Mengenangaben sowie eine Pannenhilfe. Das macht Lust, es selbst einmal zu probieren. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Eva Maria Lipp/Ingrid Fröhwein: „Mein Brot. Ursprünglich – Natürlich – Hausgemacht“, *Cadmos Verlag, München 2018, broschiert, 160 Seiten, 21,99 Euro*



„Brotrezepte aus ländlichen Backstuben“, *Rezepte aus einem Wettbewerb der Wochenzeitung „Land & Forst“, Cadmos Verlag, München 2018, broschiert, 160 Seiten, 16,95 Euro*

Phantasien mit makabrer Note

Es ist schon eine ungewöhnliche literarische Reminiszenz an Prag und Böhmen, die Rhea Krcmárová mit ihrem Erzählband „Böhmen ist der Ozean“ geschaffen hat. Einen Zusammenhang zwischen Böhmen und dem Meer herzustellen, überfordert erst einmal das Vorstellungsvermögen. Krcmárová hat jedoch konsequent ihr Konzept durchgezogen, in neun Erzählungen und Textkollagen, die zwischen Phantasie und Erinnerungen, Gegenwart und Vergangenheit changieren, dem Wasser eine zentrale Bedeutung zuzuweisen. Dazu braucht es viele Kunstgriffe und Brücken im übertragenen Sinne des Wortes, was aber der einfallsreichen Autorin, die sich als „Nixenkind“ geriert, offenbar aber keine Mühe gemacht hat.

1981 emigrierte die in Prag geborene Autorin als Kind mit ihrer Familie nach Österreich. Als Schriftstellerin experimentiert sie unter anderem mit transmedialen Kunstprojekten wie Videopoesie, Literaturperformance und Buchkunst. Sie erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen.

Seit jeher habe sie ein ausgeprägtes geografisches Interesse für Bäche, Flüsse und Meere gehegt, verrät Krcmárová und macht als Ich-Erzählerin mit Bekenntnissen wie diesen ihre eigene Erzählperspektive kenntlich. Daneben nimmt sie wechselnde Identitäten an. Ihre Geschichten – Geschichten im weitesten Sinne des Wortes – sind überwiegend in Prag und Südböhmen angesiedelt. Häufig wird auf Geschehnisse in der Tschechoslowakei bis zur Samtrevolution angespielt. In der Erzählung „Übergänge“ bilden die schauderhaften Ereignisse während der Fackelbewegung um Jan Palach den Hintergrund. Mit diesen Erzählungen und anderen, in denen Selbsterfahrenes anklingt, kann sie aufgrund ihrer sprachlichen Raffinesse überzeugen, auch wenn sich inhaltlich manches erst nach zweimaligem Lesen erschließt.

Einen zwiespältigen bis befremdlichen Eindruck hinterlassen dagegen die Texte, in denen sich überwiegend oder ausschließlich die Vodniks und Rusalkas tummeln, oder wie die Wassergeister sonst noch heißen. „Ich bin elf oder zwölf, als ich an die Moldau zurückgespült werde, besuchsweise. Nichts hat sich verändert, an jeder Ecke Golems und Geister, überall glaube ich den Vodnik zu sehen. Du erkennst den Wassermann, Kind, sagen meine Märchenbücher, an seinen nassen Rockschößen.“

Allem Anschein nach misst die Autorin diesen mystischen Gestalten und Fabelwesen nach wie vor ernsthafte Bedeutung zu. Nach altböhmischer Überlieferung helfen oder schaden sie mit ihren Irrlichtern von Fall zu Fall den Menschen, das ist ihre Bestimmung.

Derartige, weidlich ausgeschmückte Phantastereien haben teils eine makabre Note, strahlen gar eisige Kälte aus. Über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten, deswegen sei an dieser Stelle immerhin eine Warnung ausgesprochen. *D. Jestrzemski*



Rhea Krcmárová: „Böhmen ist der Ozean. Erzählungen“, *Kremayr und Scheriau Verlag, Wien 2018, gebunden, 208 Seiten, 19,90 Euro*

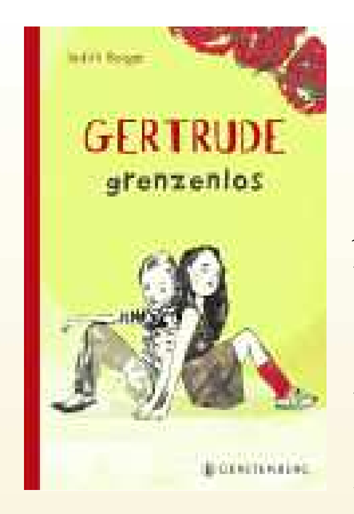
Freundschaft mit dem Klassenfeind

Die DDR in den späten 70er Jahren: Eines Tages kommt ein neues Mädchen in Inas Klasse. Sie trägt Westkleidung und wird von der Lehrerin sehr ungerecht behandelt. Dann hat sie auch noch so einen merkwürdigen Namen: Gertrude. Gertrudes Vater ist Dichter, und ihre Familie hat einen Ausreiseantrag gestellt. Was das damals in der DDR bedeutete, erfahren Kinder auf eindrucksvolle Weise in dem Buch von Judith Burger „Gertrude grenzenlos“.

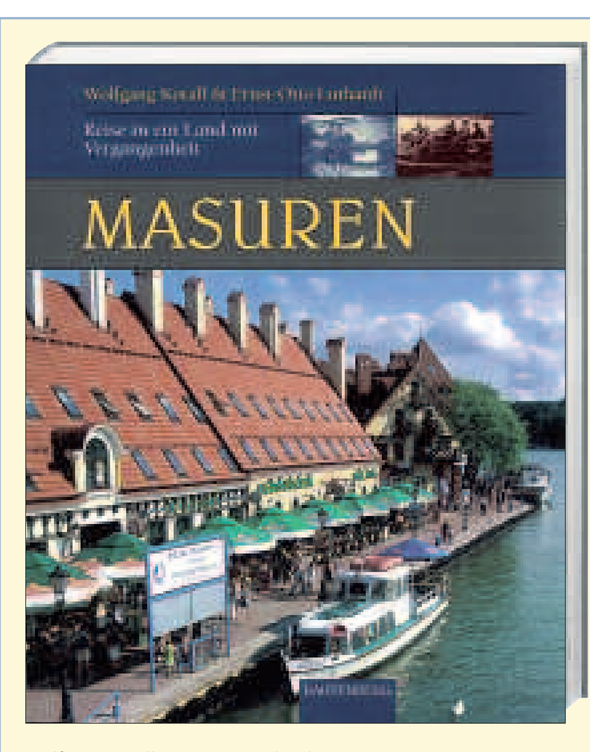
Ina und Gertrude freunden sich an, was Inas Mutter und auch Gertrudes Eltern nicht gern sehen. Auch die Lehrerin ist gegen diese Freundschaft, was aber die beiden Mädchen noch fester zusammenschmiedet. Erst nach und nach erfährt Ina, dass Gertrudes Familie in der Kirche ist, dass sie sich eingeschränkt und bevormundet fühlt und daher die DDR verlassen will. Leider geht das nicht so einfach. Und was würde die Ausreise für die beiden Freundinnen bedeuten? Sähen sie sich jemals wieder? Ina und Gertrude wollen ihre Freundschaft gegen alle Widerstände schützen und rufen das „Kommando Rose“ ins Leben.

Einfühlsam von der Wahlleipzigerin Burger erzählt, kann jedes Kind sicher die Gefühle der beiden nachvollziehen. Es geht um Zuneigung, Liebe, Freundschaft und Eifersucht. Hier aber kommen noch die Umstände eines heute für junge Menschen fast unbekannten politischen Systems mit ins Spiel, das genau vorschrieb, wen man gern haben durfte und wen nicht. Die aus Halberstadt stammende Autorin kann beim Thema DDR aus ihrer Kindheit schöpfen. Endlich hat es einmal jemand gewagt, sich dieses historischen Abschnittes der deutschen Geschichte anzunehmen und Kindern von heute eine Welt nahezubringen, die beinahe schon vergessen ist. In einer freien Welt zu leben, reisen, wohin man möchte, an geheimen Wahlen teilnehmen zu dürfen sind alles Dinge, die nicht selbstverständlich sind.

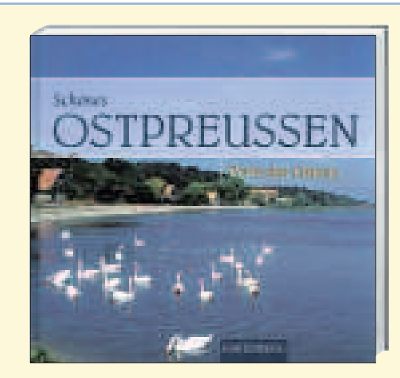
Das Buch regt zu tiefgehenden Diskussionen an und hilft, Kindern demokratische Grundwerte wertzuschätzen. Ein Glossar am Ende des Buches erklärt aufschlussreich alle unbekannten Begriffe. *S. Friedrich*



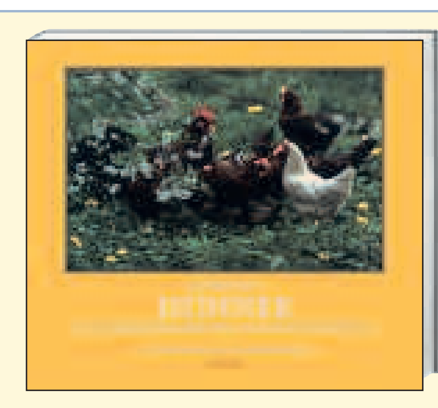
Judith Burger/Ulrike Möltken (Illustrationen): „Gertrude grenzenlos“, *Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 240 Seiten, 12,95 Euro*



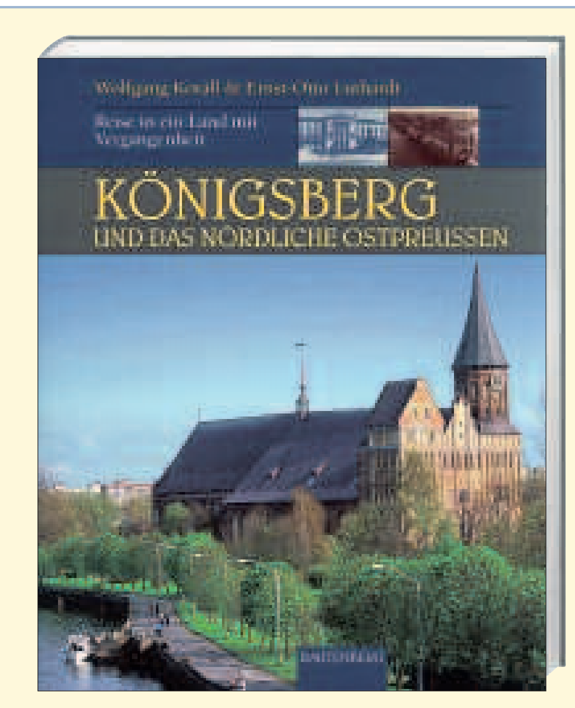
Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Masuren
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Masuren im Nordosten Polens lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein.
Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Masuren zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend.
Inmitten einer herrlichen Natur erzählen steinerne Baudenkmäler von jahrhundertealter Geschichte. Masuren zusammen mit Ermland und dem Oberland wird mit seinen einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, sowie gemütlichen Städten und Dörfern beschrieben.
Von Frombork (Frauenburg) am Frischen Haff über Elblag (Elbing) und Olsztyn (Allenstein) bis nach Elk (Lyck) führt die Bilderreise durch das einzigartige Naturparadies. 226 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533082 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



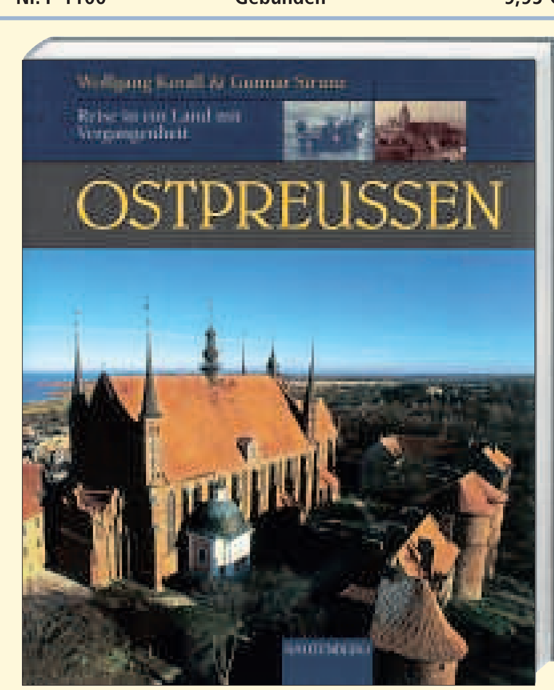
Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 **Gebunden** **9,95 €**



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Glückliche Hühner
Eine Liebeserklärung an das Federvieh
In meisterhaften Fotografien und Texten erinnern das Autorenehepaar an glückliche Hühnertage, an das Hühnerleben im Großelternland. 96 S.
Nr. P 575271 **Gebunden** **7,95 €**



Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Königsberg und das nördliche Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Königsberg – die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens, fasziniert mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel und an der alten Bernsteinstraße ein. In der Umgebung der Stadt lockt das nördliche Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und der weiten Küste. Über 180 Bilder porträtieren Königsberg und das nördliche Ostpreußen in all seinen Facetten. Ein zusätzlicher Bildteil mit historischen Aufnahmen führt in die alte Hauptstadt und ihre Umgebung. Der Band eignet sich für jeden Liebhaber Ostpreußens, insbesondere für denjenigen, der in der Region historische Wurzeln hat." 253 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533109 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Ostpreußen lädt dieser aufwendig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Über zwei Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Wolfgang Korall die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch das Memelland nicht vergessen. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Ostpreußen zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Besonders im polnischen Teil sind die alten Stadtbilder erhalten geblieben oder wieder hergestellt worden. Von Nimmersatt nach Königsberg, von Elbing nach Nikolaiken wird eine einzigartige Landschaft beschrieben: Masuren mit seinen dunklen Wäldern und kristallklaren Seen, der einzigartige Oberländische Kanal, die Kurische Nehrung mit dem Naturschauspiel der Wanderdünen. Großbildbandformat. 224 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533070 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Ulrich Jakubzik
Sensburg
Stadt unseres Herzens
Mit 400 zum Teil farbigen Abb.
392 Seiten/Gebunden
Nr. P 1089 **9,95 €**

Ulrich Jakubzik hat in diesem Band ein Fülle von Bildern, Texten und Dokumenten zu Sensburg zusammengestellt. Neben der Chronik der Stadt sind ein Stadtplan, das Fernsprechverzeichnis aus dem Jahr 1940, Informationen aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt, Heimatdokumente und viele, viele Erzählungen, in Prosa und Reimform rund um Sensburg und Masuren in diesem Buch enthalten. Ein masurisches Tanzliedchen, Abbildungen aus 33 Ortschaften aus dem Kreis Sensburg und „Große Mutter Masuren" – eine Heimathymne in 24 Bildern, runden das Werk ab. Ein Muss für jeden der sich gerne an die Heimat erinnert.

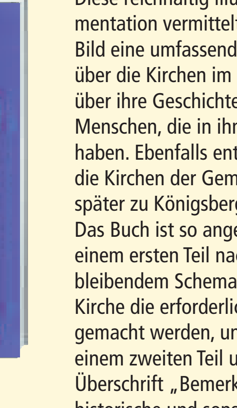


Lorenz Grimoni u. Walter Daugsch
Museum Stadt Königsberg in Königsberg
Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Kartoniert/192 Seiten
Nr. P 1016 **9,95 €**

Das ehemalige „Museum Stadt Königsberg" war ein höchsten Ansprüchen genügendes Schaufenster in die Geschichte und Kultur der alten ostpreußischen Provinzhauptstadt, und es wurde zu einem Ort der Begegnung zwischen Königsbergern, Duisburgern und Kaliningradern, an dem gemeinsam gelernt, gesprochen und aus der reichen Vergangenheit Königsbergs für das heutige Kaliningrad die geistigen Fundamente bewusst gemacht wurden. Der vorliegende Band informiert ausführlich über die Geschichte der Stadt, seine Architektur und städtebauliche Entwicklung, das Kunsthandwerk, die Wissenschaft, die Wirtschaft und den Verkehr und zeigt viele Exponate, zum Teil in Farbe.

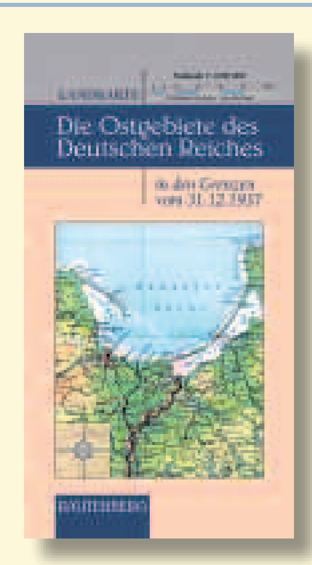
Ralf Freyer & Ernst-Otto Luthardt
Pommern
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Pommern, die heute sowohl auf deutschem wie auch auf polnischem Staatsgebiet gelegene alte Kulturlandschaft, ist ein Land am Meer: Die Ostsee umspült auf 515 Kilometern Länge die reizvolle Küste. Und zu Pommern gehört auch Land im Meer: Hidensee, Usedom, Rügen und Wollin locken mit ihren altehrwürdigen Seebädern und Naturschönheiten. Über 200 Bilder portraitieren Pommern in der landschaftlichen Schönheit, mit seinen alten geschichtsträchtigen Städten und herausragenden Kunstdenkmälern. Ein zusätzlicher Bildteil mit historischen Aufnahmen führt in die Welt des alten Pommern. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Pommern zu. 227 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533071 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**

Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575584 **Gebunden** **7,95 €**

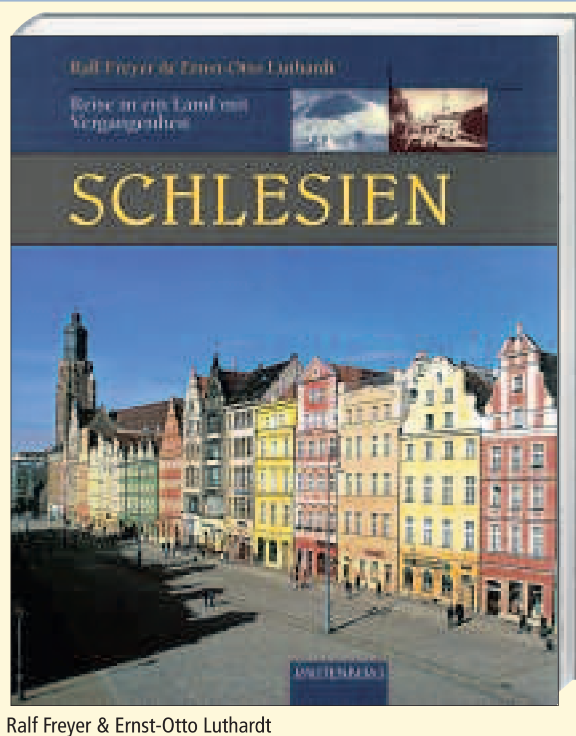



Walter Dignath/
Herbert Ziesmann
Die Kirchen im Samland
Mit 156 S/W-Abbildungen.
232 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1046 **6,95 €**

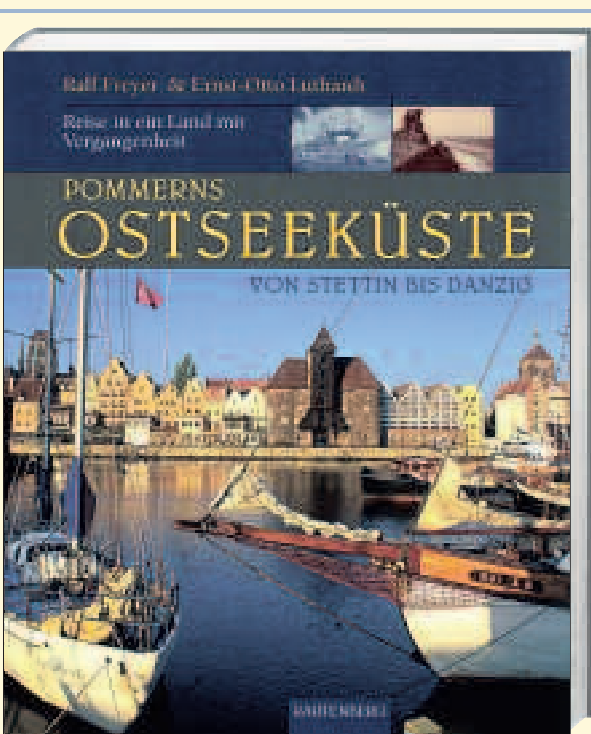
Diese reichhaltig illustrierte Dokumentation vermittelt in Wort und Bild eine umfassende Übersicht über die Kirchen im Samland, über ihre Geschichte und über die Menschen, die in ihnen gewirkt haben. Ebenfalls enthalten sind die Kirchen der Gemeinden, die später zu Königsberg gehörten. Das Buch ist so angelegt, dass in einem ersten Teil nach gleichbleibendem Schema zu jeder Kirche die erforderlichen Angaben gemacht werden, und dann in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Bemerkungen" historische und sonstige Besonderheiten der jeweiligen Kirchengemeinde wiedergegeben werden. Viele historische Abbildungen runden das Werk ab.



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 **9,95 €**



Ralf Freyer & Ernst-Otto Luthardt
Schlesien
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Schlesien lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Schlesien zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Von der Schneegrubenbaude zum Schmuckstück der Hauptstadt Breslau, von Grünberg über Glogau, Liegnitz und Hirschberg nach Krummhübel, von Waldenburg über Oppeln nach Kattowitz führen die professionellen Fotografien. Das Riesengebirge ist auch heute noch sagenumwoben und bietet Naturschauspiele ganz besonderer Art. Schlesien wird mit seinen einzigartigen Landschaften und bedeutenden Städten, seinen Burgen, Kirchen und Schlössern beschrieben. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Schlesien zu. 225 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533081 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Pommerns Ostseeküste – Von Stettin bis Danzig
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Die Reise entlang der pommerschen Ostseeküste beginnt in Stettin, der ehemaligen Hauptstadt Pommerns. Stettin, obwohl weit im Hinterland gelegen und über die Oder und das Stettiner Haff mit der Ostsee verbunden, ist eine einzigartige Hafenstadt, die in den letzten Jahren neuen Glanz erhalten hat. Die Küste selbst zeigt viele Gesichter: Steilküste, flachen Sandstrand und viele küstennahe Binnenseen mit weiten Moor- und Schilfgürteln. Wie bei einer Perlenkette reihen sich Seebäder und schmucke Orte aneinander: Mistroy, Kolberg, Rügenwalde, Leba bis nach Danzig, der alten Hansestadt. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Pommern zu. 210 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533121 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 **CD** **12,95 €**

Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575691 **Gebunden** **7,95 €**



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 **CD** **12,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Islam-Geistliche sollen handeln

Paris – Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, Sänger Charles Aznavour und Schauspieler Gerard Dépardieu haben ein Manifest unterzeichnet, das geistliche Führer des Islam auffordert, sich von antijüdischen und antichristlichen Passagen des Koran als „veraltet" zu distanzieren. Dann wäre es Attentätern nicht mehr möglich, sich auf Zitate des Buches zu beziehen. *H.H.*

Es gibt keinen Echo mehr

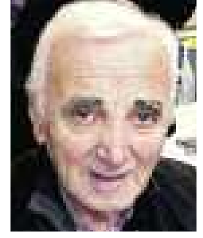
Berlin – Zwei Rapper haben den Echo-Musikpreis zu Fall gebracht. Die Aufregung um antisemitische Lied-Inhalte bei den beiden Preisträgern hat zur Abschaffung des Preises geführt. „Die Marke Echo sei so stark beschädigt worden, dass ein vollständiger Neuanfang notwendig sei", teilte der Bundesverband Musikindustrie mit. Viel Schaden wird mit der Abschaffung nicht entstehen, diente der Preis doch bloß der Selbstbeweihräucherung der Szene, der später im neuen Gewand ohnehin einen Nachfolger finden wird. *tws*

ZUR PERSON

Energiebündel mit 93 Jahren

Auf seine alten Tage hin sieht sich **Charles Aznavour** überraschend genötigt, politisch etwas zu unternehmen. Der 93-jährige Chansonnier gehört mit 300 anderen Künstlern, Politikern und Kirchenvertretern zu den Unterzeichnern eines Manifests, das den „neuen Antisemitismus" in Frankreich anprangert (siehe Meldung auf dieser Seite). Darin wird erinnert, dass in der jüngeren Geschichte Frankreichs elf Juden „von radikalen Islamisten getötet und zum Teil gefoltert" wurden, so zuletzt in Paris die Holocaust-Überlebende Mireille Knoll. Staat und Medien hätten zu dieser importierten Judenfeindlichkeit lange Zeit nur geschwiegen.

„Bevor Frankreich nicht mehr Frankreich ist", engagiert sich mit Aznavour ein Künstler gegen den Islamismus, der sich in seinem Leben immer sehr verhalten zu politischen Themen geäußert hat. Als Sohn zweier Armenier, die 1915 vor dem Völkermord in ihrem Land nach Paris geflohen sind, hat er sich sonst nur dafür eingesetzt, dass der Genozid gegen die Armenier mit über einer Millionen Toten nicht in Vergessenheit gerät. Davon abgesehen hat er sich auf seine Stärken konzentriert. Und das sind Gesang – er komponierte über 1000 Chansons – und Schauspielerei. So spielte er in Schlöndorffs Verfilmung von „Die Blechtrommel" den jüdischen Spielwarenverkäufer Sigismund Markus.



Obwohl selbst kein Jude, nahm der 1,60 Meter kleine Mann im vergangenen Jahr in Israel die Raoul-Wallenberg-Medaille dafür an, dass seine Eltern im Krieg in ihrer Pariser Wohnung Juden vor der Gestapo versteckt hielten. Aznavour selbst lebt inzwischen in der Schweiz, wo er als armenischer Botschafter repräsentative Aufgaben übernimmt. Dieses Energiebündel bleibt trotz seines hohen Alters unentwegt um die Zukunft der Welt besorgt. *H. Tews*



Küsschen, Küsschen

Von Kreuzen, Kopftüchern, Kippa, hausgemachter Hetze, und warum angeblich alles in Ordnung ist / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Als könnten sie den Beginn des Wonnemonats Mai nicht abwarten, begann bereits im April allüberall ein großes Herzen und Küssen. Schmatz hier, Schmatz dort, alle hatten sich ganz furchtbar lieb.

Das macht man so, wenn man mit Küsschen mal eben die Welt ein bisschen retten möchte. Da ziert sich auch nicht, wer von Küsserei unter testosterongesteuerten Staatsmännern nichts hält. Jedenfalls sah Donald Trump aus, als wolle er sich umgehend bei der #metoo-Bewegung beschweren, als der Emmanuel Macron ihn zärtlich anging. Dafür hat Trump le petit Emmanuel dann so heftig abgeschleppt, dass er kaum mehr die Füße auf den Roten Teppich bekam.

Dagegen ging es beim historischen Treffen in Panmunjom geradezu gesittet zu. Den Arm wie eine Lanze weit ausgestreckt, schritt der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un an der Demarkationslinie auf den südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in zu, auch der hatte den Arm wie eine Lanze ausgefahren: Komm mir nicht zu nahe. Aber dann wurden diese beiden Staatsmänner ebenfalls von frühlingshafter Liebe überwältig. Hand in Hand schritten Kim und Moon eindrucksvoll über jene Betonschwelle, die beide Länder trennt. Und am Ende drückte der Kim den Moon an seine volle Leibesfülle. So nett kann er sein, der kleine Raketenmann.

Wen wundert es da, wenn bei einem spröden Arbeitsbesuch unserer Kanzlerin im Weißen Haus nichts rauskommt? Wenn sie in ihrem Reisegepäck neben einem alten Kupferstich und einem Döschen aus Meißner Porzellan versehentlich eine Streicheleinheit für Donald Trump gehabt haben sollte, dann hätte der US-Präsident trotzdem keinen Anlass zu einer #metoo-Klage gehabt. Ein Bützchen links, ein Bützchen rechts, das muss genügen. Eine Demarkationslinie überschreitet die Kanzlerin allenfalls bei charming Emmanuel. Sonst bleibt sie lieber ungeküsst. Genutzt hätte es so und so nichts. Macron hatte bei seiner Heimkehr eben so viel in den Händen wie Merkel: nichts.

Da schaffen die Bayern doch wenigstens Fakten. Fortan soll im Eingangsbereich jeder Behörde ein Kreuz hängen. Das sei die bayerische Antwort auf die Behauptung, der Islam gehöre zu Deutschland. Zu Bayern jedenfalls gehört er nicht. Das muss gar nicht erst gesagt werden, das wird auch so verstanden. Das allgemeine Aufjaulen nach diesem Kabinettsbeschluss könnte nicht grauslicher sein, wenn sich der Höllenschlund öffnete.

Quer durch die Parteien ging das, die CSU selbstverständlich ausgenommen. Der „Missbrauch kirchlicher Symbole" wurde bejammert, die Neutralitätspflicht des Staates sei in Gefahr, die Religionsfreiheit werde eingeschränkt, Markus Söder sei nicht besser als Erdogan, Politfolklore gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt (dieser Spaltpilz wuchert augenblicklich mächtig und überall). Der bayerische Landesbischof und Vorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, kommentierte sauertöpfisch: „Entscheidend ist, dass das Kreuz nicht nur an der Wand hängt, sondern auch vom Inhalt mit Leben gefüllt wird."

> Bischof Marx und Kollege Bedford-Strohm nehmen Kreuze lieber ab, als sie aufzuhängen

Wohl wahr, Herr Bischof. Deshalb schob er auch sogleich die Forderung nach einer humanen Flüchtlingspolitik nach. Was nicht vorhanden ist, das muss man fordern. Oder wie war das mit der humanen Flüchtlingspolitik sonst gemeint? Muss die in Bayern angemahnt werden? Nun sollte man fairerweise feststellen, dass der Bischof und Ratsvorsitzende eine etwas lockerere Beziehung zu eher altertümlichen, vordergründigen Symbolen und Zeichen zu haben scheint.

Vor nicht allzu langer Zeit machte er mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, dem katholischen Amtsbruder Kardinal Reinhard Marx, eine Pilgerreise durch das Heilige Land. Dabei besuchten die Brüder im Geiste auch den Felsendom in Jerusalem. Begleitet und geführt wurden sie von Scheich Omar Awadallah Kiswani. Der islamische Würdenträger hatte sie gebeten, für diesen Besuch das Amtskreuz abzulegen. Was die Besucher denn auch prompt taten. Und weil das so problemlos war, tat man das noch einmal beim Besuch der jüdischen Klagemauer.

So beliebig wie mit dem Kreuz, frei verfügbar nach Ort und Situation, geht der evangelische Chef-Hirte keineswegs mit jedem Glaubenssymbol um. Als das Bundesverfassungsgericht 2015 urteilte, Lehrerinnen an allgemeinbildenden Schulen dürften sehr wohl ein Kopftuch tragen, die religiöse Neutralität des Staates verlange keine strikte Trennung von Staat und Kirche, da versprach Heinrich Bedford-Strohm eine gründliche Prüfung, ob das Kopftuch tatsächlich für die Unterdrückung der Frau stehe oder ob es zum Selbstbestimmungsrecht der Frau gehöre. Ja, das ist eine Frage, über der Bischof schon länger grübelt. Bei den Kreuzen in bayerischen Ämtern war er mit seiner Antwort deutlich fixer.

Aber manche Antworten liegen ja auch förmlich auf der Hand. Das ist ganz angenehm, weil man nicht lange nachdenken muss. Leider aber stimmt nicht immer, was bisher als unumstößlich angenommen wurde. Die begrüßenswerte Kundgebung „Berlin trägt Kippa" litt darunter. Wer mit alten Antworten auf neue Probleme reagiert, der gewinnt nicht an Glaubwürdigkeit.

Antisemitische Übergriffe haben einen rechtsradikalen Hintergrund, das war amtlich. Bei der Kundgebung jetzt vor der Synagoge in der Fasanenstraße waren es wieder die Neonazis, die als Haupttäter erkannt wurden. Dann allerdings auch Islamisten. Aber die erst an zweiter Stelle. Dabei gaben aktuell deren Übergriffe Anlass zu dieser und anderen Kundgebungen. Verständlicherweise fällt das Eingeständnis schwer, dass zu einem latenten Antisemitismus einer Randgruppe ein neuer Judenhass hinzugekommen ist.

Es ist der erlernte, anerzogene Antisemitismus, der mit Asylsuchern nach Deutschland kam. Was hierzulande geächtet wird, gehört in den Ländern, aus denen viele zu uns kamen, zum politisch-korrekten Ton. Darauf hinzuweisen ist nun wiederum hierzulande politisch nicht korrekt. Und so rät der Zentralrat der Juden davon ab, die Kippa öffentlich im Alltag zu tragen, und wenn es sich gar nicht vermeiden lässt, zur Tarnung ein Basecap darüber zu setzen.

Mit der Verleihung des Preises „Echo" war der Bundesverband Musikindustrie drauf und dran, den „homemade" Antisemitismus auszuzeichnen. Wir haben darüber berichtet. Nachzureichen ist, dass der obskure Preis anschließend in die Tonne gestampft wurde, wo er hingehört. Der Rapper Farid Bang erhielt den Preis auch für einen antisemitischen Text. Der war typisch hausgemacht. Farid Bang ist ein deutscher Rapper marokkanischer Abstammung, mit spanischer Staatsbürgerschaft und dem bürgerlichen Namen Farid Hamed El Abdellaoui.

Drei seiner Alben wurden als jugendgefährdend indiziert. In seinem Label produziert der Rapper KC Rebell, bürgerlich Hüsein Köksecen, kurdischer Abstammung. Ebenfalls dabei der Rapper Majoe, bürgerlich Mayjuran Ragunathan, tamalisch-srilankischer Abstammung. Auch unter Vertrag der Rapper Jasko, bürgerlich Jasmin Nuradinovic, bosnischer Abstammung. Und schließlich ist Summer Cem mit von der Partie. Bürgerlich heißt er Cem Toraman, türkischer Abstammung.

Nicht bei dem Label sind die Rapper Bushido, bürgerlich Anis Mohamed Youssef Ferchichi und „Haftbefehl", bürgerlich Aykut Anhan. Dagegen nimmt sich der zweite Preisträger des Rapper-Echos geradezu exotisch aus. „Kollegah" heißt bürgerlich Felix Blume. Sein Stiefvater war Algerier. Mit 15 Jahren trat Felix Blume zum Islam über. Eindeutig alles „homemade".

Abgesehen von der wohl doch etwas zu großzügig ausgelegten Willkommenskultur durch Mitarbeiter des BAMF in Bremen und anderswo, die Asyl nach Herzenslust gewährten, bleibt dies ein Land von Recht und Ordnung. Ein Land, das einen ehemaligen Leibwächter Osama Bin Ladens trotz Einstufung als ausreisepflichtiger Gefährder nicht loswird, weil ihm in seiner Heimat Tunesien „Repressalien" drohen könnten. Seit vielen Jahren schon. Abgesichert mit Bezügen von 1167 Euro pro Monat darf er bleiben. Nach Recht und Ordnung.

MEINUNGEN

*In der Schweizer „Weltwoche" (11. April) analysiert **Thilo Sarrazin** den Umgang von Kanzlerin **Angela Merkel** mit Bundesinnenminister **Horst Seehofer** (CSU):*

„Angela Merkel wird alles tun, damit Horst Seehofer im Innenministerium über die eigenen Füße stolpert. Sie will ihn in seiner Ohnmacht vorführen. Für die einen wird er dann lächerlich wirken – als kläffender Hofhund, der seine Kette nicht abschütteln kann. Für die anderen wird er eine tragische Figur sein – als gefesselter Prometheus. Gescheitert wäre er in beiden Rollen."

***Sina Lorenz** sieht eine zunehmende **Brutalisierung linker Gewalt**, etwa der Antifa, die sie an die Anfänge der RAF erinnert. Im Portal „freiewelt.net" (26. April) warnt Lorenz:*

„Darauf vertrauen, dass es bei solch ‚sanftem Terror' bleibt, würde ich eher nicht. Wer mit Sprengstoff herumbastelt, ist über diesen Punkt gedanklich und praktisch schon weit hinaus. Dass es bisher keine Todesopfer zu beklagen gab, war bei zurückliegenden Angriffen oftmals nur eine Frage von Zufall, Glück oder vielleicht auch Unfähigkeit. In Kauf genommen wurde es dabei fast immer wieder."

***Thomas Weber** wähnt in der „Welt" (25. April) unsere **Demokratie in ernster Gefahr**:*

„Wie der liberale Vordenker Michael Ignatieff ... argumentiert, ist es fünf vor zwölf für liberale, demokratische politische Ordnungen, wenn der politische Gegner zum Feind gemacht wird, dem ... das Recht auf politisches Gehör abgesprochen wird. Und die amerikanischen Politologen Steven Levisky und Daniel Ziblatt zeigen in ‚Wie Demokratien sterben', dass Demokratien immer dann kollabierten, wenn der politische Gegner nicht mehr toleriert wurde. Doch genau das können wir seit geraumer Zeit in historischen und politischen Debatten beobachten."

***Thomas Punzmann** kritisiert im Debattenmagazin „The European" (27. April) den **Weg der Europäischen Union**:*

„Die von Macron, der europäischen Kommission und Merkel vorgeschlagenen Reformen der EU-Verträge, die Vertiefung der EU, die „Ever Closer Union", die Bankenunion mit Einlagensicherung, die europäische Arbeitslosenversicherung, ein von der Kommission kontrollierter EWF, die Aufgabe der letzten Reste nationaler Souveränität würden, frei nach Hayek, den sicheren Weg in die Knechtschaft bedeuten."

*Lange wurde behauptet, die **Politik** werde **„menschlicher"**, wenn **Frauen** mehr Einfluss ausüben. Diese Erwartung sei von der Wirklichkeit widerlegt worden, meint **Hugo Müller-Vogg** auf „Focus online" (26. April) und belegt seine These mit zwei prominenten Beispielen:*

„Die Gnadenlosigkeit, mit der Angela Merkel in der CDU all ihre Widersacher beiseitegeräumt hat, unterschied sich allenfalls in Nuancen von den Machtdemonstrationen eines Helmut Kohl. Andrea Nahles ließ ebenfalls kein weibliches Mitgefühl aufblitzen, als sie mithalf gleich zwei Konkurrenten rüde beiseitezuräumen: Martin Schulz und Sigmar Gabriel."